

Senatsverwaltung für Finanzen
Fin IV A - HB 3500 - 75/2023

Berlin, den 18. Oktober 2023
Tel.: 9020 (920) 4103
E-Mail: michael.moeller@senfin.berlin.de

1184

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Personalaufwüchse, Umstrukturierungen sowie Stellenbesetzungen und unbesetzte Stellen in der Berliner Verwaltung

rote Nummer/n: -

Vorgang: 40. Sitzung des Hauptausschusses am 13. September 2023

Ansätze: entfällt

Gesamtausgaben: entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner 40. Sitzung vom 13. September 2023 Folgendes Beschlossen:

„SenFin
wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung

a) eine Übersicht über die Personalaufwüchse der einzelnen Verwaltungen seit 2012 aufzuliefern. Welche Stellen wurden geschaffen und wie viel Personal eingestellt? Wie viele

freie Stellen gibt es aktuell im Land Berlin in den einzelnen Verwaltungen, wie ist die Altersfluktuation?

b) Welche Umstrukturierungen gab es aufgrund von Ablauf- oder Organisationsänderungen in den Verwaltungen? Konnte das Personal aufgrund von solchen Änderungen besser organisiert werden? Wenn ja, in welchen Bereichen und mit welchen Ergebnissen?“

Es wird gebeten, den Beschluss aufgrund der nachfolgenden Ausführungen als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Zum ersten Fragenkomplex a) wird auf die beigefügten Anlagen 1-4 verwiesen.

Zum zweiten Fragenkomplex b) wurden die Senats- und Bezirksverwaltungen gebeten, die entsprechenden Angaben für ihren Zuständigkeitsbereich an die Senatsverwaltung für Finanzen zu übermitteln. Die entsprechenden Zulieferungen werden nachfolgend dargestellt.

Einzelplan 03 – Regierender Bürgermeister

Die von einer Senatskanzlei (Staatskanzlei) eines Landes wahrzunehmenden Aufgaben als Verwaltungsstab der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeisterin/Regierenden Bürgermeister sind im Wesentlichen fest umschrieben.

Die Senatskanzlei unterstützt den Regierenden Bürgermeister bei der Planung und Steuerung der Berliner Landespolitik.

Zu ihren Aufgaben gehören die politische Koordination der Senatsarbeit, die Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern, die Presse- und Informationsarbeit, die “Internet-Präsentation Berlins”, die Medienpolitik, die Vertretung Berlins nach außen einschließlich der Beziehungen zu den Partnerstädten in aller Welt sowie die Protokollangelegenheiten. Organisatorische Anpassungen können sich z.B. aus Themenschwerpunkten im jeweiligen Koalitionsvertrag ergeben.

Durch Neuressortierungen im Rahmen von Senatsumbildungen wurden bisher bei anderen Senatsverwaltungen befindliche Aufgabenbereiche zusätzlich dem Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters zugeordnet. Dies waren z.B. der Bereich Kultur und Europa (bis 2016), von 2017 bis 2021 die Bereiche Wissenschaft und Forschung (einschl. des Sekretariats der Kultusministerkonferenz – KMK) und seit Ende April 2023 der Bereich Europa sowie die Stabsstelle Chief Digital Officer mit den Abteilungen Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung (Abt. V und VI).

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Aufgabenstellung und -wahrnehmung in der Senatskanzlei durch stetig anhand aktuell politischer Ereignisse anzupassen ist (z.B. in 2015 die Ansiedlung des Beauftragten für das Flüchtlingsmanagement, ab 2022 steuernde und koordinierende Unterstützung in den Themen Integration/Migration und Ukraine-Krise).

Stetes Ziel der Senatskanzlei ist es, durch interne Umorganisationen das vorhandene Personal optimal einzusetzen und zu organisieren.

Einzelplan 05 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport

In der SenInnSport wird bei einem Wechsel oder Ausscheiden von Beschäftigten in der Regel geprüft, ob das freiwerdende Aufgabengebiet zwingend neu besetzt werden muss oder die Aufgaben ggf. durch eine Neuordnung der Prozesse und Abläufe anderweitig wahrgenommen werden können. In den überwiegenden Fällen ist jedoch erkennbar, dass eine Stellennachbesetzung erforderlich ist. Die Fachabteilungen evaluieren die Organisationsabläufe, standardisieren Prozesse und Synergieeffekte werden weitestgehend genutzt. Den Personaleinsatz durch Umstrukturierungen besser planen und nutzen zu können ist in Bereichen mit Solitärarbeitsgebieten oder Aufgabengebieten die spezielles Fachwissen erfordern, schwer realisierbar. Eine Organisationsuntersuchung in der SenInnSport wurde in den letzten Jahren für die Gesamtorganisation nicht durchgeführt. Es wurden jedoch Aufgabenbereiche zentralisiert und das erforderliche Wissen wird nunmehr zentral für die gesamte Behörde zur Verfügung gestellt (z.B. Zentrale Vergabestelle, Personalbetreuung, Zentrales Bewerbungsbüro). Durch die Zentralisierung ist es gelungen, die Prozesse für alle Abteilungen standardisiert und in kürzeren Zeitabläufen durchzuführen. Durch die Aufgabenbündelung an zentraler Stelle konnte in Einzelfällen Personal in den Fachabteilungen zur Wahrnehmung anderer Aufgaben eingesetzt werden. Eine Verlagerung von Aufgaben aus der SenInnSport in die Bezirke ist nicht erfolgt.

Polizei Berlin:

In der Polizei Berlin werden kontinuierlich organisatorische und strategische Betrachtungen sowie Prozessanalysen durchgeführt. Aus diesen Untersuchungen resultieren regelmäßig Umstrukturierungen und Organisationsänderungen, die das gesamte Spektrum von gesamtbehördlichen Auswirkungen bis hin zu Auswirkungen auf die kleinsten Gliederungseinheiten umfassen. Gemeinsames Ziel aller organisatorischen Änderungen war und ist die jeweils zeitgerechte Anpassung polizeilicher Strukturen für eine Effizienzsteigerung beim Einsatz von Personal, um den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen Berlins als Sicherheitsbehörde mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen gerecht zu werden.

Zum Beispiel wurde das sogenannte „Berliner Modell“ als neue Abschnittsstruktur beginnend im Jahr 1998 sukzessive eingeführt und bis heute regelmäßig evaluiert und Anpassungen unterzogen.

Im Jahr 2003 wurden im Ergebnis des Projekts zur „Neuordnung der Führungsstrukturen“ neben der Erstreckung der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung auf alle Organisationseinheiten der Polizei Berlin u. a. das Landesschutzpolizeiamt aufgelöst und die von sieben auf sechs reduzierten örtlichen Direktionen sowie die damalige Direktion ÖS/SV direkt der Behördenleitung unterstellt.

Seit 2013/14 befasst sich die Polizei Berlin im besonderen Maße durch strukturiertes Vorgehen mit Organisationsuntersuchungen und Prozessanalysen, um sich auf die gesellschaftliche Entwicklung sowie die damit einhergehenden quantitativ aber auch qualitativ steigenden Aufgaben auszurichten sowie die zuvor benannten Strukturreformen regelmäßig zu evaluieren.

Auch in der jüngeren Vergangenheit wurden größere Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt, wie bspw.:

- die Projektgruppe zur Untersuchung der Einsatzeinheiten und Stäbe (PG EES) sowie deren Umsetzung (PG EES II 2013 - 2016)
 - Hauptziele waren die Schaffung
 - × eines angemessenen (Personal)Ressourceneinsatzes sowie
 - × einheitlicher Qualitätsstandards,
um auch künftig den Anforderungen an die Einsatzbewältigung durch die Polizei Berlin gerecht zu werden.
 - Ergebnisse waren u. a. die
 - × Gründung einer zentralen Einsatzdirektion mit einer dritten Bereitschaftspolizeiabteilung und der Zentralisierung der Verkehrskräfte (mit dem Ziel der Effizienzsteigerung durch Bündelung von Personal) und
 - × Zentralisierung von (Verwaltungs) Aufgaben, die bislang in verschiedenen Bereichen wahrgenommen wurden, außerhalb von Stabsstrukturen.
- die Projektgruppe zur Analyse der Führungs- und Stabsstrukturen (PG Struktur 2018/2019)
 - Hauptziele waren die
 - × Stärkung der sichtbaren polizeilichen Präsenz in der Stadt,
 - × gezielte Bündelung der Strafverfolgung und
 - × Straffung der Führungsstrukturen sowie Bündelung von Führungsverantwortung,
um die durch die PG EES geplanten und umgesetzten Änderungen an aktuellen Erfordernissen auszurichten und weiterzuentwickeln.
 - Ergebnisse waren u. a. die Bündelung der
 - × nunmehr auf fünf reduzierten örtlichen Direktionen sowie der Direktion Einsatz in einer neu gegründeten Landespolizeidirektion und
 - × verschiedenen für hauptsächlich Verwaltungsaufgaben zuständigen Serviceeinheiten in einer neu gegründeten Direktion Zentraler Service (Dir ZS).

Darüber hinaus wurden und werden Organisationsänderungen auch in tieferen Gliederungsebenen wie in Abteilungen der Dir ZS, Dienstbereichen der örtlichen Direktionen oder Kommissariaten des LKA umgesetzt.

Diese Prozesse orientieren sich an veränderten Aufgabenzuschnitten oder Phänomenen und wirken sich, wenngleich organisatorisch nur ein einzelner Dienstbereich betroffen sein kann, in Form von Synergieeffekten bei der Aufgabenwahrnehmung und damit durch einen effizienteren Personaleinsatz häufig auch auf andere Bereiche der Polizei Berlin aus.

Im Rahmen der damit jeweils zusammenhängenden, erforderlichen Aufgabenkritik und mit dem Ziel der Rückführung auf die polizeilichen Kernaufgaben werden auch regelmäßig die durch Dienstkräfte der Polizei Berlin in subsidiärer Zuständigkeit z.B. Aufgaben der Ordnungsämter, der Straßenverkehrsbehörde, Natur- und Umweltschutzbehörde, Tiefbauamt, Veterinäramt zu erbringenden ordnungsbehördlichen Tätigkeiten betrachtet. Hier steht die Polizei Berlin jedoch in Abhängigkeit zu politischen Schwerpunktsetzungen und „in Konkurrenz“ zu den Ressourcen anderer Behörden und hat bestenfalls nur bedingt Einfluss.

Derzeit wird z. B. im Projekt Neuordnung der Gewerbeüberwachung im Land Berlin der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ein entsprechender Organisationsvorschlag entwickelt. Die Zuständigkeit für die Gewerbeüberwachung liegt derzeit vornehmlich bei der Polizei Berlin; zumindest diese nahezu alleinige Zuständigkeit soll mit der in Erarbeitung befindlichen Neuordnung aufgelöst werden.

Sowohl hinsichtlich der Stellenanmeldungen der Polizei Berlin als auch der Personalgewinnung und Besetzung freier Stellen findet ein Abgleich mit den jeweiligen organisatorischen Strukturen statt. Sie sind damit immer auch Resultate kontinuierlicher Veränderungsprozesse, die sich wiederum aus politischen Vorgaben und strategischen Zielsetzungen ableiten.

Für Stellen des Polizeivollzugs gilt, dass bei den Überlegungen hinsichtlich der Umstrukturierungen zugunsten einer Effizienzsteigerung beim Einsatz von Personal zusätzlich der gestiegene Aufgabenzuwachs miteinbezogen werden muss.

Bei der Besetzung von Spezialisten-/Verwaltungsstellen ist es sinnvoll, für eine Reduzierung von erforderlichen neuen Stellen alternative Möglichkeiten zu suchen. Deshalb wird besonders in diesem Bereich aufgabenkritisch betrachtet, welche Tätigkeitsfelder nicht oder nicht mehr in diesem Umfang wahrzunehmen sind und ob die vorhandenen Stellen/Personalmittel für priorisierte, zunehmend wachsende Aufgaben genutzt werden können.

Die Dienstkräfteammeldungen zur Deklarierung von Stellenmehrbedarf erfolgen regelmäßig unter Beachtung der strategischen und politischen Schwerpunktsetzungen, organisatorischer Erforderlichkeiten und werden mehrfachen Priorisierungsprozessen innerhalb der Behörde unterzogen.

Berliner Feuerwehr:

Seit dem Jahre 2012 fanden bis zum Jahre 2020 bei der Berliner Feuerwehr diverse Änderungen der Organisationsstruktur auf Referatsebene und die Etablierung einer Organisationseinheit Rettungsdienst und eines Zentralen Services statt. Erst mit dem Projekt Struktur 2020 wurde 2021 eine ganzheitliche neue Aufbau- und Ablauforganisation für die Berliner Feuerwehr etabliert. Die vormalige Aufbauorganisation der Berliner Feuerwehr basierte auf den Zielen der Berliner Verwaltungsreform des Jahres 1999.

Die veränderte Aufbauorganisation der Struktur 2020 reagierte auf aktuelle rechtliche, gesellschaftliche und sicherheitspolitische Rahmenbedingungen, wie

- Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes und des novellierten Berliner Rettungsdienstgesetzes,
- dynamische Stadtentwicklung mit entsprechendem Bevölkerungswachstum, demografischer Entwicklung und baulicher Verdichtung,
- effektive Struktur der Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der veränderten Bedrohungslage aufgrund des internationalen Terrorismus.
- (Neu)Organisation der Notfallrettung sowie eine ganzheitlich abgestimmte taktische Einsatzplanung – insbesondere auch für Sonderlagen und Großveranstaltungen.

Der Kernprozess des Einsatzes wird fortan strukturell durch vier neue Abteilungen abgebildet: Zwei für Einsatzvorbereitung (Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung, sowie Rettungsdienst) sowie jeweils eine für Einsatzsteuerung und Einsatzbetrieb. Sie werden ergänzt durch die bestehenden Abteilungen Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie und Zentraler Service. Im Ergebnis entstand eine schlankere und ressourcenoptimierte Aufbauorganisation, welche durch optimierte Prozesse und Schnittstellen die Effizienz der eingesetzten Personal-Stellen deutlich erhöht.“

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten:

Im Zeitraum 2012 bis heute erfolgten drei größere Umstrukturierungen, in deren Folge auch ein besserer Personaleinsatz erreicht worden ist.

Im Jahr 2014 erfolgte die Zentralisierung der Querschnittsaufgaben in einer Zentralabteilung. Infolgedessen konnten Aufgaben, die vormals in allen Abteilungen einzeln wahrgenommen wurden, durch Zusammenfassung deutlich effizienter organisiert werden. Die dadurch frei gewordenen Arbeitskapazitäten wurden in die Fachabteilungen zugunsten der regulären Fachaufgaben umgesteuert.

Weiterhin erfolgte im Jahr 2019 eine Organisationsuntersuchung in der Kfz-Zulassungsbehörde, bei der eine Analyse und Optimierung der Prozesse in der Kraftfahrzeugzulassung

des LABO unter Beachtung der Digitalisierungschancen stattgefunden hat. Die Empfehlungen zu den Prozessen und Strukturen der Lenkungsgruppe wurden in weiten Teilen umgesetzt und tragen seitdem zu effizienteren Prozessen und einem besseren Personaleinsatz bei.

Als laufendes Projekt findet im Rahmen von OneIT@berlin die Übertragung der verfahrens-unabhängigen Infrastruktur des LABO zum ITDZ statt. Damit ist die Zielsetzung verbunden, dass das zunehmend schwieriger zu gewinnende professionelle IT-Personal im LABO Kapazitäten gewinnt und für die Betreuung von IT-Fachverfahren eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus prüft das LABO regelmäßig den Bedarf und die Möglichkeiten, durch strukturelle und organisatorische Maßnahmen Prozesse effizienter und den Personaleinsatz besser zu gestalten. Beispielhaft zu erwähnen ist die neu eingeführte Online-Übertragung von Anträgen zum Führerschein (FUSCH), welche seit Kurzem elektronisch von den Bürgerämtern an das LABO übermittelt werden können, wodurch eine schnellere Bearbeitung in der Führerscheinbehörde ermöglicht wird.

Landesamt für Einwanderung:

Als eigene Behörde existiert das Landesamt für Einwanderung seit dem 01.01.2020 und hat sich zu diesem Zeitpunkt neu organisiert. Für den Aufbau des Querschnittsbereichs (Personal, Finanzen, IKT, Facility Management und Postverteilung) wurden Stellen aus dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten übernommen. Weitere Umorganisationen in den folgenden Jahren dienten einem effektiven Personaleinsatz für die Bewältigung von umfangreichen Rechtsänderungen sowie humanitären Katastrophen (u.a. Brexit, Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Erdbeben in Syrien und Türkei, erhöhte Flüchtlingszahlen). Ein verbesserter Personaleinsatz, der zur Einsparung von Personal geführt hätte, ließ sich damit in keinem Fall erreichen.

Einzelplan 06 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Im Bereich der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ergaben sich durch die besondere Aufbaustuktur im Bereich Justiz keine Umstrukturierungen bzw. Aufgabenverlagerungen von der Hauptverwaltung in die nachgeordneten Behörden und Gerichte oder umgekehrt mit dem Ziel eines besseren Personaleinsatzes.

Veränderungen in der Geschäftsverteilung und somit der Organisationsstruktur des Hauses ergaben sich als Ergebnis des Ressortzuschnittes des Senats von Berlin für die 19. Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses als die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung gebildet wurde.

In diesem Zusammenhang wurden folgende Veränderungen vorgenommen:

Die ehemalige Abt. V (Verbraucherschutz) ressortiert nunmehr in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Verbraucherschutz und Klima.

Die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung setzt sich mit Wirkung vom 15.03.2022 aus folgenden Abteilungen zusammen:

- Abt. I (Personal, Haushalt, Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Grundsatzangelegenheiten des zentralen Facility Management, Steuerungsdienst, Personal- und Organisationsentwicklung, Innere Dienste (IT-Angelegenheiten des Stammhauses inkl. IT-Stelle, Geschäftsprozessmanagement, Zentrale Dienste), Sozialberatung – vgl. Ziff.4)
- Abt. II (Zivilrecht, öffentliches Recht, Angelegenheiten der Informations- und Kommunikationstechnik der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden)
- Abt. III (Justizvollzug, Gnadenwesen, Soziale Dienste der Justiz – Gerichts- und Bewährungshilfe, Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Strafvollstreckung)
- Abt. IV (Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg, Juristische Prüfungen, Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege)
- Abt. V (Vielfalt in Justiz und Gesellschaft, Stiftungsaufsicht, Justizielle Opferhilfe und Zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörigen, Sozialberatung – vgl. Ziff.4)
- Abt. VI (Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung/ Landesantidiskriminierungsstelle)

Für die Geschäftsverteilung ergaben sich folgende Änderungen:

Mit der Errichtung der Abt. V (Vielfalt in Justiz und Gesellschaft) ergeben sich folgende Veränderungen in den Zuständigkeiten für einzelner Referate:

Referat Opferschutz und Opferhilfe, zugleich Zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen und deren Angehörige

Das Referat Opferschutz (ehem. II C) wird mit dem Aufgabenbestand in die neue Abt. V (Vielfalt in Justiz und Gesellschaft) verlagert. Es trägt künftig die Bezeichnung „Justizielle Opferhilfe und Zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörige“

Referat Stiftungsrecht

Das Referat Stiftungsrecht (ehem. II D) wurde mit dem Aufgabenbestand in die neue Abt. V (Vielfalt in Justiz und Gesellschaft) verlagert.

Sozialberatung der Berliner Justiz

Die Sozialberatung der Berliner Justiz bleibt organisatorisch mit der Abteilung I verbunden. Die fachlich-inhaltliche Zuständigkeit wird in die neue Abt. V verlagert.

Referat I D – Abt. II

Das Referat I D wurde in die Abt. II verlagert. Hiervon ausgenommen ist die Zuständigkeit für die IT-Stelle, die IT-Angelegenheiten des Stammhauses und der Arbeitsbereich des Geschäftsprozessmanagements (GPM). Beide Bereiche werden Teil eines neu zu bildenden Bereiches Innere Dienste in der Abt. I.

Bereich Innere Dienste – Abt. I

In der Abteilung wurde ein neuer Bereich Innere Dienste gebildet. Hierin enthalten sind die Bereiche ZD, IT-Angelegenheiten des Stammhauses, IT-Stelle und Geschäftsprozessmanagement.

Einzelplan 07 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt ist eine junge Verwaltung. Die 2016 gegründete, damalige Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, befand sich in den folgenden Jahren im Aufbau zentraler Strukturen.

In den letzten vier Jahren gab es bedingt durch Aufgabenänderungen und Aufgabenzuwächse mehrere organisatorische Änderungen. Grundsätzliches Ziel der organisatorischen Maßnahmen ist Synergieeffekte zu schaffen und dadurch Ablaufprozesse zu optimieren. Da das Erfordernis organisatorischer Maßnahmen in der Regel mit Aufgabenänderungen bzw. -zuwachsen z. B. aufgrund erweiterter Rechtsvorschriften einhergeht, die zu Mehraufwand bei den Beschäftigten führt, wird mit den Maßnahmen versucht dem zusätzlichen Personalbedarf entgegenzuwirken. Dadurch lassen sich in der Regel jedoch keine vorhandenen Stellen einsparen. Beispielhaft sind hier die Neugründungen der Referate IV F - Förderung des Rad- und Fußverkehrs sowie des Referates VI D - Oberste Straßenverkehrsbehörde, Grundsatzangelegenheiten der Straßenverkehrsbehörden, Berliner Straßenrecht zu nennen. Diese Umstrukturierungen sind zur Bündelung gleichartiger Aufgaben und somit zur Steigerung der Effizienz erfolgt. Im Ergebnis konnte mit gleicher Anzahl an Arbeitskräften die wachsende Zahl der Aufgaben besser bewältigt werden.

Im Jahr 2019 fand eine Neustrukturierung der Abteilung V - Tiefbau - aufgrund der erfolgten Änderung des Grundgesetzes und dem damit gemäß Fernstraßen-Überleitungsgesetz anstehenden Übergang der Auftragsverwaltung der Fernstraßen für den Bund auf die Autobahn GmbH des Bundes bzw. auf das Fernstraßenbundesamt statt. Zunächst erfolgte die Vorbereitung auf den Übergang, um den Anforderungen, die sich daraus ergaben, gerecht zu werden. Hier war entgegen des ursprünglichen Ziels organisatorischer Maßnahmen die Auflösung von Synergieeffekten erforderlich, da die Trennung der Aufgaben Bund / Land erfolgte.

Im Jahr 2021 erfolgte die Fortschreibung der Organisation, nachdem die Aufgaben, die im Rahmen der Auftragsverwaltung durch die Abteilung V - Tiefbau - wahrgenommen wurden, an die Autobahn GmbH des Bundes und das Fernstraßenbundesamt übergingen. Im Zuge dessen wurden Organisationsstrukturen für die Übernahme neuer Aufgaben (Ausbau Radinfrastruktur) und Anpassungen für das Erreichen von Synergieeffekten insbesondere im Rahmen von Querschnittsaufgaben geschaffen.

In 2023 wurden weitere organisatorische Maßnahmen aufgrund zusätzlicher Aufgabenänderungen, Aufgabenverlagerungen und Aufgabenzuwächse erforderlich. Insbesondere

aufgrund steigender rechtlicher Anforderungen an Vergaben und dem damit verbundenen Aufwand bedarf es zusätzlichen Personals. Um den zusätzlichen Bedarf auf ein Minimum zu beschränken wurde in der Abteilung V - Tiefbau -, in der aufgrund ihrer Tätigkeiten bereits eine Organisationseinheit „Einkauf/Vergabe“ besteht, die zentrale Stelle für elektronische Vergaben organisatorisch zugeordnet. So kann die Fachexpertise gebündelt abteilungsübergreifend angeboten und ein einheitliches rechtskonformes Verfahren sichergestellt werden.

Die Verkehrslenkung Berlin (VLB) wurde 2018 organisatorisch untersucht. Im Ergebnis der Untersuchung wurde u.a. festgestellt, dass die Integration der VLB in eine neu zu gründende Abteilung der Senatsverwaltung sowie die Zusammenführung mit der bisherigen Fachaufsicht durch die Oberste Straßenverkehrsbehörde (OSVB) Vorteile bringt. Damit sollen Schnittstellen abgebaut und Verwaltungsabläufe effizienter gestaltet werden. Das Projekt „Aufbau einer neuen Abteilung VI - Umstrukturierung der VLB auf Grundlage der Organisationsuntersuchung 2018“ wurde beschlossen und zu Beginn des Jahres 2020 abgeschlossen.

Einzelplan 08 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bis zur 18. Legislaturperiode war der Bereich der kulturellen Angelegenheiten als Abteilung in der Senatskanzlei angebunden. Mit dem Neuzuschnitt der Ressorts waren die sich daran anschließenden Haushaltsplanaufstellungen und Organisationsveränderungen im Wesentlichen von dem als eigenständige Senatsverwaltung erforderlichen Strukturaufbau geprägt. Die kontinuierliche Erhöhung des Fördervolumens zum Ausbau und Erhalt des vielfältigen Kulturangebots und die damit einhergehende gestiegene Anzahl an zu betreuenden Zuwendungsempfängern erforderten es, dass das neu eingestellte Personal in die nach der Landeshaushaltsordnung normierten Pflichtaufgaben einzuarbeiten war und sich in die bestehende Ablauforganisation integrieren konnte.

Mit Beginn der Coronapandemie sah sich die Verwaltung vor der Herausforderung, zusätzlich zu dem vorhandenen Kerngeschäft die zahlreichen Sonderprogramme zu bewältigen und zudem auch noch digitale Formate zu finden, die die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes sicherstellten.

Im Rahmen der in diesem Herbst gestarteten Pilotphase für die Einführung der E-Akte werden die im Haus bestehenden Prozessabläufe untersucht und bei Bedarf auch weiter optimiert. Die während der Coronapandemie gemachten Erfahrungen werden bei dieser Organisationsuntersuchung mit einfließen.

Einzelplan 09 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Als Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin vom 18.09.2011 waren die heutigen Politikfelder

- „Gesundheit“ auf die ehemalige Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (SenGes-Soz),

- „Forschung“ auf die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (SenWiTechForsch) sowie
- „Wissenschaft“ auf die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBildJugWiss) verteilt.

Ein eigenes Politikfeld bzw. ein Geschäftsbereich unter der Bezeichnung „Pflege“ existierte zu diesem Zeitpunkt nicht.

Diese Geschäftsverteilung des Senats hielt bis zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 08.12.2016 Bestand. Danach waren die Politikfelder

- „Gesundheit“ und „Pflege“, Letztere als neues Politikfeld der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gesundheit (SenGPG) sowie
- „Wissenschaft“ und „Forschung“ als Abteilungen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei - (Skzl) zugeordnet.

Die Zusammenfassung der vorgenannten Politikfelder zur Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenWGPG) erfolgte erst mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 21.12.2021.

Die (Wiederholungs)Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 12.02.2023 führte dann zur heutigen Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenWGP).

Das bis dahin dem Ressort zugeordnete Politikfeld Gleichstellung bzw. die Abteilung „Frauen und Gleichstellung“ ging in diesem Zusammenhang in die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (ASGIVA) über. Diese Abteilung gehörte von 2011 bis 2016 zur Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen (AIF), sodann bis 2023 zur SenGPG bzw. zuletzt zur SenWGPG.

Die im Kontext beschriebenen, vom parlamentarischen Raum jeweils an die verschiedenen Ressorts herangetragenen organisatorischen Änderungsnotwendigkeiten bildeten keine Grundlage für erkennbare Verbesserungen des Personaleinsatzes. Vielmehr sahen sich die betroffenen Senatsverwaltungen vor die Herausforderung gestellt, verschiedene Verwaltungskulturen aus inhaltlich verschiedenen Senatsverwaltungen in dann sinnvolle neue Organisationsstrukturen zu überführen. Für die heutige SenWGP bedeutete das seit 2012 eine viermalige Anpassung an die politischen Forderungen. In Anbetracht der „Findungszeit“ blieben überdies nur geringfügige Zeiten für eine Konsolidierung der gefundenen Organisationsformen bzw. deren Validierung übrig.

Insofern in den vergangenen Haushaltsjahren zusätzliche Stellen zugingen, so wurden diese für die angemeldeten Bedarfe in den Fachdisziplinen bzw. oder, so wie im Fall des Geschäftsbereichs „Pflege“, zum Aufbau neuer Strukturen sachgerecht eingesetzt.

Aus dem Grund der Hauptbetroffenheit im Zusammenhang mit der Bekämpfung der sog. „Corona-Pandemie“ wird für die SenWGP festgestellt, dass es ihr in der Zeit von Januar 2020 bis in das Frühjahr 2023 nicht möglich war, auch nur ansatzweise organisatorische Überlegungen für einen besseren Personaleinsatz in Betracht zu ziehen.

Einzelplan 10- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

In der für Bildung, Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung gab es seit 2012 größere Organisationsveränderungen, die hauptsächlich mit den Zielen

- Verbesserung der Nutzung von personellen Ressourcen in Anpassung an die aktuelle Aufgabenbearbeitung,
 - Nutzung von Synergieeffekten,
 - Optimierung von Schnittstellen,
 - Realisierung von Personal-Einsparmaßnahmen (Neuverteilung der Aufgaben)
 - Aufarbeitung von Rückständen,
 - Optimierung der Ressourcenverteilung zur Verbesserung der Qualität, der Zusammenarbeit und der Leistungserbringung
- verbunden waren:

2012:

- Einrichtung der Arbeitsgruppe Personalkostenbudgetierung (PKB) in der Personalstelle
- Verlagerung des Referates II G „Berufliche und zentralverwaltete Schulen“ in die neue Abt. I „Operatives Schulwesen der allgemeinbildenden, beruflichen und zentralverwalteten Schulen“,

2013:

- Umsetzung des Bereiches eGovernment@school (eGov) von der Abt. ZS zur damaligen Abt. II (Grundsatzangelegenheiten der Schularten, Schulentwicklung, Schulrecht, Privatschulangelegenheiten, Schulträgerschaft der beruflichen und zentralverwalteten Schulen),

2015:

- Neuorganisation der Bildungsabteilungen einschließlich der Fusion der Abteilungen II und VI.

2016:

- Einrichtung des Referates „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“,

2017:

- Organisationsverfügung zur Einrichtung einer ressortübergreifenden Taskforce und Projektgruppe Schulbau/-sanierung bei dem für Bildung zuständigen Staatssekretär der Sen-BildJugFam,

2018:

- Bildung der neuen Abteilung IV „Schulische Berufliche Bildung“,
- Aufschichtung des Berliner Notdienst Kinderschutz und der Jugendgerichtshilfe von Bezirksämtern,

2019:

- Teilung der Abteilung III in die neuen Abteilungen III „Jugend und Kinderschutz“ und V „Familie und frühkindliche Bildung“,

2020:

- Bildung der Arbeitsgruppe „Einstellungen in der Personalstelle (ZS P) der SenBildJugFam“
- Einrichtung der Zentralen Vergabestelle für die SenBildJugFam.

2021:

- Gründung Referat V E „ISBJ“
- Bildung des Referates „Schule in der digitalen Welt“

2022:

- Verlagerung des Referats „Schule in der digitalen Welt“ als Stabsstelle in den Leitungsbereich der SenBJF

Viele der aufgeführten und auch der nicht aufgeführten Organisationsveränderungen haben sich bewährt und bestehen bis heute (z. B. Einführung Zentrale Vergabestelle, Gründung des Referates „Schule in der digitalen Welt“ und Bildung der Arbeitsgruppe „Einstellungen“ in der ZS P). In diesen Fällen wurden z. B. Aufgaben gebündelt. Dadurch wurde erreicht, dass die Kompetenzen der Beschäftigten zusammengeführt, die Zusammenarbeit intensiviert und die Qualität der Arbeitsergebnisse verbessert wurden.

Andere Organisationsveränderungen wurden aufgrund der qualitativen und quantitativen Ausweitung der Aufgabengebiete durchgeführt, um die belasteten Strukturen zu entzerren und dadurch wieder arbeitsfähig zu machen.

Einzelplan 11 -Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung-

Der Geschäftsbereich der SenASGIVA ist mit den Politikfeldern Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung in besonderem Maße von den rasanten Veränderungen, der Weiterentwicklung und dem Wachstum Berlins betroffen. Aus dieser Entwicklung resultieren veränderte politische Rahmenbedingungen mit sowohl veränderten Aufgabenschwerpunkten als auch neue Aufgaben. Die Herausforderungen sind vielfältig, denn mit den daraus resultierenden Anforderungen geht in vielen Bereichen ein objektiv gestiegenes und weiter steigendes Aufgabenvolumen einher. Stetes Ziel der Senatsverwaltung einschließlich ihrer nachgeordneten Einrichtungen ist es daher, die Aufgabenorganisationen mit Blick auf die stetig den wachsenden Anforderungen zu optimieren und

durch interne Umstrukturierungen und die Optimierung von Geschäftsprozessen das vorhandene Personal optimal einzusetzen und zu organisieren.

Da die Benennung sämtliche in den vergangenen Jahren erfolgten Umstrukturierungen nicht leistbar ist (auch weil der Geschäftsbereich seit 2012 von mehreren Umstrukturierungen betroffen war), werden nachfolgend einzelne Umstrukturierungen beispielhaft aufgeführt.

Abteilung Integration und Migration

Die Abteilung Integration und Migration hat sich insbesondere seit 2015 infolge der stetig wachsenden Aufgaben in diesem Politikfeld stark vergrößert. Hinzugekommen sind zahlreiche Stellen und Beschäftigungspositionen u.a. im Kontext der Flüchtlingszuwanderung, der Gründung des Willkommenszentrums in 2016, der sukzessiven erheblichen Erhöhung der Haushaltssmittel für Projektförderung, der Novelle des PartMigG sowie für weitere neue fach-lachen Aufgabenfelder und Leuchtturmprojekte. In dem Zusammenhang erfolgte ebenso ein Stellenaufwuchs in den Bereichen Personal/ Büroleitung und Haushalt. Im Ergebnis erforderte der Personalzuwachs eine fortlaufende Neustrukturierung des Zuschnitts der Fachreferate und des Stabs. Folgende zentralen Organisationsveränderungen infolge des Personalzuwachses und im Sinne einer besseren Aufgabenerfüllung sind zu nennen:

1. Neustrukturierung der Fachreferate in 2021

Mit Wirkung zum 1.4.2021 erfolgte ein Neuzuschnitt der vier Fachreferate. Zentrale damit verfolgten Ziele waren

- die Zusammenführung der beiden Beratungsstellen (Willkommenszentrum und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten) zum „Willkommenszentrum- Die Beratungsstelle der Integrationsbeauftragten“, Referat I A,
- klare Bündelung der von rechtlichen Aspekten bestimmten Ministerialvorgänge Bundesrat, Integrationsministerkonferenz und Justizariat in einem Referat (Referat I A),
- Bündelung der ressortübergreifenden zielgruppenspezifischen Integrationskonzepte und deren Umsetzung sowie Monitoring Prozesse (Gesamtkonzept Geflüchteter, Aktionsplan Roma) in einem Referat (Referat I D),
- Bündelung der Programme zur Stärkung von Ankommens Strukturen für neu Zuwanderte (Beratungsinfrastruktur, Förderprogramm Migrationsrechts- und Verfahrensberatung) und damit zusammenhängend die flüchtlingspezifischen Programme bzw. Förderungen und Politikfelder (Berliner Netzwerk besonders Schutzbedürftige, Förderung psychosozialer Behandlungszentren, Drittmittelprojekt Bridge), ebenso Referat I D,
- Bündelung der Programme zur strukturellen Integration mit u.a. den zentralen integrationspolitischen Handlungsfeldern Bildung, Soziales, Jugend, Stadtentwicklung und Sprache und den dazugehörigen Programmen (Deutschkurse, Audio-Videodolmetschen, Rahmenprogramm Integrationslotsen) in einem Referat (Referat I B)

- Bündelung der Politikfelder, Gremien und Programme zur Stärkung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft: PartMigG/ Fachstelle, Partizipations- und Integrationsprogramm, Landesbeirat, Islamforum, Migrationsgesellschaftliche Öffnung), Referat I C.

2. Organisationsveränderung im Stab der Abteilung Integration

Im Zuge der zunehmenden Herausforderungen im Bereich Büroleitung, Haushalt und Facilitymanagement, die dem erheblichen Mittelzuwachs im Einzelplan 1120 und dem fortschreitenden Anwachsen des Personalkörpers ebenso geschuldet sind wie der Zunahme der zu betreuenden Gebäudeteile in der Potsdamer Str., wurde mit Wirkung zum 1.6.2023 entschieden, diese Bereiche zusammenzufassen und einer Leitungskraft I BL, die direkt der Abteilungsleitung zugeordnet ist, zu unterstellen.

Für den Bereich der Abt. Arbeit und Berufliche Bildung haben wir uns aufs Wesentliche beschränkt. Nachfolgend die Zulieferung für den Berichtsauftrag.

Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung

Zum 01.05.2023 wurde als „Leuchtturmprojekt“ in der Abt. Arbeit und Berufliche Bildung die Stärkung des dezentralen Haushaltsbereichs der Abteilung vorgenommen. Mit der Nachbesetzung des Aufgabengebiets nach dem pensionsbedingten Ausscheiden des langjährigen Stelleninhabers wurde zugleich eine Umstrukturierung in der Abteilung vorgenommen. Durch die Verlagerung von zwei – im Stellenbestand der Abteilung vorhandenen – nicht besetzten Stellen wurden zum einen bisher dezentral in den Referaten ausgeführte Haushaltaufgaben für eine einheitliche Umsetzung in der gesamten Abteilung erreicht und zum anderen kann so eine bessere Qualität der Aufgabenerfüllung in der gesamten Abteilung auch vor dem Hintergrund von mehr Fluktuation und Schwierigkeiten der Nachbesetzung der offenen Positionen durch Personen mit bereits vorhandenen Qualifikationen erreicht werden.

Schon jetzt nach kurzer Zeit ist zu erkennen, dass mittlerweile eine verbesserte Aufgabenwahrnehmung sichtbar wird, indem an zentraler Stelle einmal für die ganze Abteilung gearbeitet und die bislang „zersplitterte“ Bearbeitung in allen Referaten der Abteilung vermieden wird. Allerdings war auch hier die Besetzung für eine der beiden Stellen nicht durch Stellenauswahlverfahren zu erreichen, weil kein geeignetes Personal auf dem freien Stellenmarkt zur Verfügung stand bzw. gefunden werden konnte. Es gelang aber aus dem vorhandenen Personalbestand, eigenes Personal der Abteilung für diese Haushaltaufgaben zu rekrutieren und nur die Nachbesetzung dieser Position aus dem freien Stellenmarkt leisten zu müssen.

Die Umstrukturierung für den dezentralen Haushaltsbereich war auch vor dem Hintergrund immer stärkerer und vermehrter Aufgabenverlagerungen von anderen Organisationseinheiten in die Fachabteilungen erforderlich. Dieses trifft auch auf die Büroleitungsaufgaben der Fachabteilungen zu.

Alle Ressourcen der Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung sind im vorab beschriebenen Sinne aufgebraucht, sodass weitere Aufgabenzuwächse für die Abteilung künftig voraussichtlich nur noch durch Personalaufwuchs abgedeckt werden können. Zudem sind schon bisher Vakanzeiten bei der Besetzung offener Stellen durch temporäre Aufgabenumverteilungen zu überbrücken.

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi)

Mit dem altersbedingten Ausscheiden der damaligen Abteilungsleitenden im Jahr 2014 wurde mit Blick auf die damalige Personalstärke und dem Trend zu möglichst flachen und effizienten Verwaltungsstrukturen beschlossen, diese Hierarchieebene nicht wieder neu zu besetzen. Zentrale Steuerungs- und Grundsatzaufgaben wurden in zwei Stabsstellen zusammengefasst, diese Stellen wurden im Jahr 2015 etabliert.

Eingedenk der sich Ende der Dekade bereits abzeichnenden Mindestkontrollquote im Arbeitsschutz und dem damit verbundenen erheblichen erforderlichen personellen Aufwuchs (der für das Sachgebiet Arbeitsschutz mehr als eine Verdopplung der personellen Ressource darstellt) war jedoch absehbar, dass eine Wiedereinführung der Ebene Abteilungsleitung erforderlich werden wird. In einem extern begleiteten Organisationsentwicklungsprozess wurden unter Beteiligung zahlreicher Mitarbeitenden im Rahmen des Projektes „Zukunftswerkstatt Starke Arbeitsschutzbehörde“ Eckpunkte einer revidierten Aufbau- und Ablauforganisation entwickelt, die ab 2020 sukzessive umgesetzt wurde und in die heutige Struktur des LAGetSi mündete. Eckpunkte sind u.a.:

- Wiedereinführung der Hierarchieebene Abteilungsleitung zu heute vier Fachabteilungen und einer Abteilung Zentrale Dienste (ZS)
- Aufstellung eines Leitungsstabes für zentrale strategische und fachliche Grundsatzaufgaben sowie zur Steuerung der „Taskforce“ (als Projektstruktur für ad-hoc zukommende Aufsichtsaufgaben)
- Stärkung der Qualifikation für die Laufbahn Technischer Dienst Arbeitsschutz durch Schaffung einer zentralen Ausbildungskoordination
- Aufstellung der Abteilung I für Arbeitsschutzsystemkontrollen sowie Baustellensicherheit
- Aufstellung der Abteilungen II, III und IV für die Wahrnehmung von Fachaufgaben außerhalb des Arbeitsschutzes in Verbindung mit der Kontrolle von Grundelementen des Arbeitsschutzes

Mit dieser Organisation ist das LAGeSi nicht nur für den zwischenzeitlich eingeleiteten Personalaufwuchs zukunftsfest gut aufgestellt, sie hat sich bereits bei der aktuellen Umsetzung der quantitativ sehr herausfordernden Vorgaben der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) bewährt. Die Mitarbeitenden, die der Laufbahn Technischer Dienst Arbeitsschutz angehören, nehmen auch dann Aufsichtsaufgaben des Arbeitsschutzes wahr, wenn sie in der Hauptlast mit Aufsichtsaufgaben aus anderen Rechtsgebieten (z.B. Arbeitszeitrecht, Strahlenschutz, Chemikaliensicherheit, Immissionsschutz, Produktsicherheit, Energieeffizienz, Sprengstoffrecht, Ausgangsstoffe für Explosivstoffe) betraut sind und stärken somit eine umfassende Aufsichtskompetenz. Und für das inzwischen in Kraft getretene Arbeitsschutzkontrollgesetz mit seinen verpflichteten Outputvorgaben (Kontrollquoten) und der verpflichtenden Aufsichtstiefe hat das LAGeSi die strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine sachgerechte und die anderen Ordnungsaufgaben des Amtes nicht nachteilig beeinflussende Aufgabendurchführung geschaffen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales

1. Maßnahme: Einführung des einstufigen Widerspruchsverfahrens im Schwerbehinderten-recht.

- Jahr der Maßnahme: 2014
- Ziel der Maßnahme:

Verbesserte und verschlankte Aufgabenwahrnehmung sowie Qualitätssteigerung aufgrund von gesamter Widerspruchsbearbeitung in einer Hand.

- Bewertung der Zielerreichung:

Ein besserer Ablauf und eine einheitliche Bearbeitung wurden erreicht, da nun Abhilfeprüfungen, Stattgaben und Widerspruchsbescheide in einem Referat bearbeitet und die gleichen rechtlichen Standards beachtet werden.

2. Maßnahme: Verlagerung der Aufgabe der Unterbringung von Flüchtlingen vom LA-GeSo in das LAF

- Jahr der Maßnahme: 2016
- Ziel der Maßnahme:

Die Aufgabe zur Bewältigung der Flüchtlingskrise sollte in einem neu gegründeten Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten effektiver erledigt werden.

3. Maßnahme: Verfahrensverkürzungen Antragsverfahren im Bereich Schwerbehinderung, Drucksache 18/0958

- Jahr der Maßnahme: 2018
- Ziel der Maßnahme:

Reorganisation des Referats mit der Zielsetzung einer

- besseren Nutzung des bestehenden Beschäftigungspotenzials
- Erhöhung der Attraktivität des Referats III D für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- Zukunftssicherheit und Personalentwicklungsmöglichkeiten- eine dem Aufgabenkreis entsprechende tarifliche Vergütung
 - Wissenstransfer
 - bessere Verzahnung der Akteure sowie nach außen mit der Zielsetzung eine
 - Verbesserung der Kundenfreundlichkeit
 - Angebotsverbesserung bzw. -ausweitung
 - Beschleunigung der Antragsbearbeitung
 - Stärkung der interkulturellen Kompetenz vor dem Hintergrund eines Wachstums des Kundenstamms mit Migrationshintergrund.
- Bewertung der Zielerreichung:

Die Maßnahme war teilweise erfolgreich, da sich die bei der Reorganisation – bis heute – angespannte personelle Situation als problematisch erwies. So konnte sie dem personellen Abwanderungstrend nicht entgegenwirken. Immer wieder sind Stellenvakanzen zu verzeichnen, sei es durch reguläre Abgänge infolge von Renteneintritt, beruflicher Fortentwicklung oder aus gesundheitlichen Gründen. Nur durch einen beispiellosen Krafteinsatz der vorhandenen Mitarbeiterschaft können diese Vakanzen aufgefangen werden, wobei sich zunehmend eine gewisse Frustration aufgrund der enormen Arbeitsbelastung einstellt. Die Neugewinnung von Personal gestaltet sich äußerst schwierig, vor allem aufgrund der eher geringen tarifrechtlichen Vergütung (EG 6 bis EG 9b für die Gruppenleitungen).

4. Maßnahme: Aufteilung von Abteilung I in Abteilung I und Abteilung IV

- Jahr der Maßnahme: 2020
- Ziel der Maßnahme:

Art und Umfang der Aufgaben in der ursprünglichen Abteilung wurden zu vielfältig und komplex. Der Schwerpunkt der Abteilung I ergibt sich aus den Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) und der der Abteilung IV aus Aufsichts-, Ordnungs- und Überwachungsaufgaben.

- Bewertung der Zielerreichung:

Die Aufteilung wurde erfolgreich durchgeführt und beide Abteilungen haben nun einen klaren Fokus.

5. Maßnahme: Aufgabenverlagerung der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege außerhalb Berlins und persönliche Assistenz von Bezirken zum LAGeSo

- Jahr der Maßnahme: 2020
- Ziel der Maßnahme:

Die Notwendigkeit einer Aufgabenverlagerung ergab sich im Zuge des BTHG. Ziel war die Bündelung der Aufgabenwahrnehmung sowie die Intention einer verbesserten Aufgabenwahrnehmung durch Spezialisierung insbes. im Bereich Persönliche Assistenz. Die Aufgabenverlagerung erfolgte von BA Lichtenberg für den Bereich Hilfe zur Pflege und von allen Bezirken für den Bereich Persönliche Assistenz zum LAGeSo

- Bewertung der Zielerreichung:

Eine Verbesserung durch die Vereinheitlichung der Aufgabenwahrnehmung ist erkennbar und wird weiterverfolgt. Eine spezifischere Bewertung durch das LAGeSo ist aufgrund des noch übersichtlichen Zeitraums noch nicht möglich.

6. Maßnahme: Aufgabenverlagerung der Zuwendungsangelegenheiten IntMic

- Jahr der Maßnahme: 2021
- Ziel der Maßnahme:

Das LAGeSo betreut seit 2010 als zentralisierte Service- und Bewilligungsstelle verschiedene Förderprogramme für SenASGIVA Abt. III – u. a. Integriertes Sozialprogramm (ISP), Infrastrukturförderprogramm-Stadtteilzentren (IFP/STZ) – sowie das Integrierte Gesundheitsprogramm (IGPP) für die Senatsverwaltung Gesundheit und Pflege.

Aufgrund von Steuerungsproblemen und Bearbeitungsrückständen im Zuwendungsverfahren wurde der Zuwendungsbereich der Abt. I (IntMic) und die zuwendungsrechtliche Bearbeitung von migrations- und flüchtlingspolitischen Projekten zum 01.07.2021 einschließlich des verfügbaren Personals an das LAGeSo überführt. Damit war die Erwartung verbunden, die Gewährung von Zuwendungen durch die Bündelung von Personalressourcen und somit auch Know-how zu bündeln.

- Bewertung der Zielerreichung:

Durch die Umstrukturierung konnte die frist- und ordnungsgemäße Bearbeitung verbessert sowie die Arbeitsprozesse im Bewilligungsverfahren vereinheitlicht werden. Aufgrund einer strukturellen Personalunterausstattung konnten jedoch der Rückstau der vergangenen Jahre bisher nicht vollständig abgearbeitet werden. Durch die kontinuierliche Erhöhung an Zuwendungen in Zahl und Umfang für das zuständige Referat ist die Arbeitsbelastung unverhältnismäßig gestiegen.

7. Maßnahme: Anpassung des Organisationskonzeptes III D – Schwerbehindertenrecht

- Jahr der Maßnahme: 2021
- Ziel der Maßnahme:

Aufgrund der Personal- und Arbeitssituation sowie Fluktuation war eine Anpassung der Organisationsstruktur des Referats III D erforderlich, um ein zukunftsfähiges Referat III D zu gewährleisten. Arbeitsgruppen wurden „verdichtet“, um etwaige Ausfälle in den Arbeitsgruppen besser kompensieren zu können und auf Synergieeffekte im Falle von Vakanzen zurückgreifen zu können. Im Ergebnis wurde die Anzahl der (regulären) Arbeitsgruppen von bisher 10 AG wird auf neun reduziert werden und gleichzeitig eine sog. „Flex-Gruppe“ geschaffen: Hierdurch wurde Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aus persönlichen/gesundheitlichen Gründen mit der Verantwortung für eine eigenständige Arbeitsrate überlassen waren, die Möglichkeit einer Wiedereingliederung gegeben, indem sie arbeitsgruppenübergreifend als eine Art „Taskforce“ in den AG eingesetzt werden – ohne den Druck einer eigenverantwortlichen Bearbeitungsrate.

- Bewertung der Zielerreichung:

Die Anpassung, insbesondere die Schaffung der „Flex-Gruppe“ hat sich bewährt. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese Möglichkeit genutzt und konnten, nachdem sich ihr gesundheitlicher Zustand stabilisiert hat, wieder in die regulären Arbeitsgruppen versetzt werden, wo sie sich bis heute als wieder voll leistungsfähig beweisen.

8. Maßnahme: Errichtung des Justiziariats im Versorgungsamt

- Jahr der Maßnahme: 2022
- Ziel der Maßnahme:

Verbesserte Aufgabenwahrnehmung aufgrund Spezialisierung der juristischen Tätigkeit auf die Rechtsangelegenheiten des Versorgungsamts sowie leichteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit aller Referate des Versorgungsamtes.

- Bewertung der Zielerreichung:

Die Spezialisierung und die eingerichteten Mechanismen zur besseren Zusammenarbeit/Rückkopplung unter den Referaten führten zur Qualitätsverbesserung.

Abschließend ist auch darauf hinzuweisen, dass die SenASGIVA (vorher SenIAS, davor SenGesSoz, davor SenGesUmV) zu den Fachressortverwaltungen gehört, die nach jeder Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin sehr stark von Neuressortierungen im Rahmen von Senatsumbildungen betroffen ist. Durch die Abgabe bzw. das Hinzukommen von fachlichen Zuständigkeiten (Politikfelder) ergeben sich daraus umfangreiche personelle und organisatorische Auswirkungen in den Querschnittsbereichen der Senatsverwaltung. Diese Umstrukturierungen binden erfahrungsgemäß über einen längeren Zeitraum viele personelle Kapazitäten.

Einzelplan 12 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat sich in den zurückliegenden Jahren mit dem Projekt SenStadt-Wohn 2016 einem umfassenden Organisationsentwicklungsprozess unterzogen. Dabei wurden die Aufgaben aufgabenkritisch betrachtet und mit Blick auf mögliche Externalisierungen analysiert. Die Ergebnisse dieses Prozesses wurden dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse und unter dem Aspekt, dass die Stadt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels und sich gleichzeitig den neuen Herausforderungen einer wachsenden Stadt stellen muss, begann ab 2018 ein Umsteuerungsprozess. Bereits mit dem Handlungsprogramm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus, erfolgte eine Analyse hinsichtlich der Handlungs- und Entscheidungsbedarfe für eine Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Entwicklung neuer Stadtquartiere. Für die Umsetzung der Maßnahmen wurden insbesondere für Themenfelder Entwicklung der Stadtquartiere, Qualifizierung von Planungsprozessen, Zusammenarbeit mit den Bezirken sowie Digitalisierung Stellenmehrbedarfe verifiziert. Diese konnten auch durch weitere aufgabenkritische Betrachtungen nicht mehr kompensiert werden. Vorübergehend werden dafür Stellen, die aufgrund von Fachkräftemangel langfristig

nicht besetzt werden konnten, für die Finanzierung von Beschäftigungspositionen genutzt. Dies kann jedoch nur eine temporäre Finanzierung darstellen, zum Beispiel bei der Unterstützung bei der Entwicklung der Neuen Stadtquartiere.

Arbeitsabläufe verändern sich vor allem durch die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren. Dabei zeigt sich jedoch, dass die Einführung von komplexen Fachverfahren eine erhebliche Finanzierungsnotwendigkeit und zusätzliche Personalressourcen für die Entwicklung aber auch den Betrieb der Fachverfahren erfordern. Interne Veränderungsprozesse in der Organisationstruktur können dabei nur einen Teil der entstehenden Bedarfe decken.

Durch die Bündelung der digitalen Fachinformationen und die Verknüpfung mit einem Wissensmanagement kann die Rechtsicherheit von Bauleitplänen erhöht werden. Durch Vorgaben in der Vorgangsbearbeitung des IT-Verfahrens sind Beschleunigungen bei der Bauungsplanaufstellung möglich. Hier wurden Fachkenntnisse und Dienstkräfte unterschiedlicher Abteilungen in diesem Projekt zusammengezogen, um den Stellenmehrbedarf nicht allein durch zusätzliche Stellen zu decken.

In 2021 fand eine weitere wesentliche Organisationsveränderung mit dem Ziel einer grundlegenden Optimierung der Organisationsstruktur statt.

Es ging insbesondere um die Zusammenführung aller ministeriellen Bereiche in einer neuen ministeriellen Abteilung. Insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen der nächsten Jahre ist die strategische Ausrichtung der Organisation unserer öffentlichen Verwaltung von besonderer Bedeutung. Unterschiedliche Kompetenzen, aktuell verschiedener Bereiche, wurden in einer neuen leistungsfähigen Ministerialabteilung zusammengeführt. Hierdurch wird eine gemeinsame Basis zur zielgerichteten Unterstützung unseres Hauses und seiner einzelnen Abteilungen und Fachbereiche geschaffen. Der Zusammenschluss der Bereiche von Grundsatz und Recht, Oberster Bauaufsicht und technischer Prüfinstanz bildet dabei den wesentlichen Baustein für eine neue und moderne Struktur, um entscheidende Synergien und Stärken zu nutzen.

Die Organisationsveränderung beabsichtigte, diejenigen Bereiche, die bedeutende Stadtentwicklungsprojekte betreuen und steuern, in einer Abteilung zusammenzufassen. Dadurch konnten die Kompetenzen im Bereich des Managements städtebaulicher Projekte besser gebündelt werden. Dazu gehört auch der Umgang mit der bereichs- und ebenenübergreifenden Zusammenarbeit, die bei diesen Projekten eine besondere Herausforderung darstellt. Zum anderen sind Synergien bei der Entwicklung von gesamtstädtischen Strategien und Planungen und deren Steuerung und Controlling zu berücksichtigen und auch nach außen besser von der konkreten Projektbearbeitung abzugrenzen.

Mit der Zusammenführung der Referate Innere Stadt und Hauptstadtangelegenheiten, Bauungsplanverfahren außerhalb des Berliner S-Bahnringes, Projekte Tegel und Tempelhof,

Sonderreferat Wohnen, Referat Architektur, Stadtgestaltung und Wettbewerbe in einer Abteilung kamen wir der von unseren Fachkräften lange diskutierten und teilweise geforderten Zusammenführung der Bereiche nach, die mit der konkreten Planung und dem Projektmanagement bedeutender Stadtentwicklungsprojekte befasst sind.

Mit der Zusammenführung der Abteilung Stadtplanung mit dem Referat Bauplanungsrecht erfolgte eine noch klarere Abgrenzung der Entwicklung von gesamtstädtischen Strategien und Planungen und der dazu erforderliche (Daten-) Grundlage.

Einzelplan 13 - Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe werden die Organisationsstrukturen kontinuierlich an sich verändernde Rahmenbedingungen und Anforderungen angepasst. Daher fanden seit 2012 folgende Umstrukturierungsmaßnahmen statt:

4 x Umorganisationsmaßnahmen nach Wechsel der politischen Hausleitung

9 x Neueinrichtung einer Organisationseinheit

(u.a. Einrichtung des Referates IV B - Unternehmensbeteiligungen, Einrichtung der Arbeitsgruppen Geldwäsche, Regulierungsbehörde, Widerspruchsbearbeitung Corona-Soforthilfen, Einrichtung des Krisenstabs)

6 x Auflösung einer Organisationseinheit

(u.a. Arbeitsgruppe Ausschuss für Räumungsbetroffene, Notfallvorsorge, Börsenwesen, EU-Bescheinigungsbehörde)

5 x abteilungsübergreifende Umstrukturierungsmaßnahmen

(u.a. Zusammenfassung von Aufgaben des Standortmarketings, Verlagerung der Zuständigkeit für die IBB in das Referat Unternehmensbeteiligungen, Wechsel der Zuständigkeit für die BBB Management GmbH Campus Buch in das Liegenschaftsreferat)

23 x abteilungsinterne Umstrukturierungsmaßnahmen

(u.a. Zusammenfassung der Arbeitsgruppen Tourismus und Citytax, EU-fondsübergreifende Bündelung der Aufgaben der EU-Finanzkontrolle und Technischen Hilfe, Anpassung der Aufgabenverteilung im Haushaltsreferats und in der Personalwirtschaft nach Ausscheiden der langjährigen Gruppenleitungen).

Ziele dieser Maßnahmen war die Anpassung von Organisationsstrukturen

- zur Umsetzung der Verwaltungsstrukturen an die jeweils neue Geschäftsverteilung des Senats
- zur Umsetzung politischer Schwerpunkte sowie Zusammenfassung kooperierender Arbeitsbereiche in einer Organisationseinheit, um Synergieeffekte zu erzielen
- zur Umsetzung von Erkenntnissen aus Organisationsuntersuchungen
- zur Bearbeitung zeitlich befristeter Arbeitsaufgaben (z.B. Corona-Pandemie, Energiekrise)

- zur Einbindung bewilligter Personalmehrbedarfe
- zur Kompensation von Personalabgängen.

Aufgabenabschichtungen an die Bezirke haben in diesem Zeitraum nicht stattgefunden.

Einzelplan 15 - Senatsverwaltung für Finanzen

In der Senatsverwaltung für Finanzen werden regelmäßig Änderungen und Anpassungen hinsichtlich der Organisation vorgenommen. Neben der in allen Bereichen stattfindenden Aufgabenkritik unterscheiden sich die Gründe und Ursachen anderer organisatorischer Änderungen zwischen den Abteilungen.

Abteilung I

Änderungen innerhalb der Abteilung I ergeben sich normalerweise aus der Zielsetzung der Berliner Landespolitik. So finden regelmäßige Neuausrichtungen in den Referaten statt, die neue Aufgaben sowie bereits vorhandene Aufgaben organisatorisch in der Abteilung einbinden, um sie den politischen Zielsetzungen anzupassen.

Abteilung II

Organisatorische Änderungen in der Abteilung II erfolgen i. d. R. im Rahmen der Senatsneubildungen. So werden in den Revisionsreferaten regelmäßig die organisatorischen Änderungen der Senatsverwaltungen abgebildet. Zudem werden auch in der Abteilung II regelmäßig finanzpolitische Themen organisatorisch verstetigt, deren Bearbeitung durch die Berliner Landespolitik dem Ressort Finanzen zugeordnet wurden.

Abteilung III - Steuerverwaltung

Die Arbeit der Abteilung III unterliegt im Schwerpunkt dem Bundesrecht, so dass Änderungen in den rechtlichen Vorschriften regelmäßig zu Anpassungen in der organisatorischen Struktur der Abteilung III führen. Hierzu finden zudem auch bundesweite Abstimmungen statt, deren Auswirkungen entsprechend abzubilden sind.

Abteilung IV - Landespersonal

Die Abteilung IV wurde aufgrund eines Aufgabenübergangs von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Senatsverwaltung für Finanzen zum 01.01.2014 gegründet. Ebenfalls sind organisatorische Änderungen innerhalb der Abteilung IV von Entscheidungen und Zielsetzungen innerhalb der Berliner Landespolitik geprägt.

Abteilung ZS - Zentraler Service

Die Abteilung ZS agiert u. a. als Dienstleister innerhalb der Senatsverwaltung für Finanzen. Dies beinhaltet neben den Regelaufgaben wie der Bearbeitung des Personal- und Sachhaushalts des Einzelplans 15, Gewährleistung des Inneren Dienstbetriebs für die Senatsverwaltung, auch Aufgaben wie die Einführung und Betreuung der E-Akte, die Bearbeitung

von Erbschaften und Selbstversicherungsfällen des Landes Berlin, darunter auch die Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz. Hier stehen bei organisatorischen Änderungen vielfach digitale Problemstellungen, die sich im landesweiten Kontext ergeben, Anforderungen aufgrund normativer Vorgaben oder tatsächlicher Notwendigkeiten im Vordergrund. Zudem sind die mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels die Anforderungen am Prozess der Gewinnung von insbesondere qualifiziertem Personal gestiegen, was den Verwaltungsaufwand erhöht und regelmäßige Anpassungen an die Entwicklungen erfordert.

Neben den oben genannten Gründen für organisatorische Änderungen hat die Senatsverwaltung für Finanzen, wie die übrigen Behörden auch, hohe altersbedingte Abgänge zu kompensieren. Diese altersbedingten Abgänge führen ebenfalls zu organisatorischen Anpassungen innerhalb aller Bereiche, um den notwendigen Wissenstransfer zu gewährleisten und dem Wissensverlust entgegenzuwirken. So können in diesen Fällen organisatorische Änderungen auch mit Personalentwicklungsmaßnahmen einhergehen, u. a. auch zur Bindung des vorhandenen Personals.

Zudem stehen die Behörden des Landes Berlins als auch die Bundesbehörden untereinander in starker Konkurrenz bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal. So können Stellen im Rahmen von Stellenausschreibungen mitunter nicht besetzt werden, da kein adäquates Personal zu finden ist. Dieses wiederum kann auch zu organisatorischen Änderungen innerhalb der betroffenen Bereiche führen, um die Erledigung der Aufgaben gleichwohl auch ohne zusätzliches Personal gewährleisten zu können.

Die Führungskräfte und Büroleitungen der von organisatorischen Änderungen betroffenen Bereiche prüfen regelmäßig den Nutzen und die Ergebnisse dieser. Bei negativen Effekten werden häufig erneute organisatorische Änderungen angestrebt, um diesen entgegen zu wirken. Bei positiven Effekten wird i. d. R. strukturell erst bei erneuten Problemstellungen eingegriffen.

Verwaltungsakademie Berlin (VAK)

Mit Wirkung zum 01.08.2017 sind nach der Senatsneubildung 2016 weitere Aufgaben des Landespersonals von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Senatsverwaltung für Finanzen übergegangen. Dies umfasste ebenfalls den Übergang der Verwaltungsakademie Berlin als der Abteilung IV im Rahmen der Staatsaufsicht zugeordnete Anstalt des öffentlichen Rechts.

Seit dem Stichtag 01.11.2020 nimmt die Senatsverwaltung für Finanzen die personal- und stellenwirtschaftliche sowie die organisatorische Verantwortung wahr. Im Zuge der Über-

nahme dieser Aufgaben wurde die VAk organisatorisch betrachtet und der Status Quo festgelegt. Auf Basis dieser Festlegungen erfolgen nunmehr regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen der Organisation an die vorhandenen Anforderungen und politischen Entscheidungen statt, wie z. B. Einrichtung der Internen Beratung des Landes Berlin.

Landesfinanzservice (LFS)

Der Landesfinanzservice wurde als nachgeordnete Behörde zum 01.01.2021 organisatorisch eingerichtet. Es wurden die nachgeordnete Behörde Landeshauptkasse und der bisher in der Abteilung II verankerte Bereich HKR - IT-Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes Berlin - zusammengeführt.

Im Rahmen der Einrichtung wurden die organisatorischen Strukturen vereinheitlicht und an die Führungsstrukturanforderungen einer nachgeordneten Einrichtung angepasst.

Im Landesfinanzservice werden regelmäßig Anpassungen an die aktuellen Entwicklungen vorgenommen, auch mit Blick auf Nachfolgeplanungen und Nachwuchskräftegewinnung. Zudem ist insbesondere der Tätigkeitsbereich in der Abteilung HKR dynamisch, da hier die Einführung des neuen IT-Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes Berlin vorbereitet wird und daher bisher vorhandene Aufgaben perspektivisch entfallen, während neue Aufgaben hinzukommen werden.

Landesverwaltungsamt Berlin (LVwA)

Die fortlaufende Identifikation von Potentialen zur Optimierung ist Standardaufgabe einer jeden Führungskraft im LVwA.

Als Leuchttürme größerer Maßnahmen haben sich in den letzten Jahren die vollständige Digitalisierung der Beihilfebearbeitung und der Pensionsbearbeitung (Versorgung) erwiesen - weitere Prozesse werden kontinuierlich optimiert, sollen weiterführend standardisiert und flächendeckend digitalisiert werden, einschließlich der Analyse der jeweiligen Auswirkungen auf die Ablauforganisation. Damit einhergehend ist die Optimierung des Personaleinsatzes unter schwieriger werdenden Gewinnungsaspekten.

Darüber hinaus hat sich das LVwA in enger Abstimmung mit der SenFin eine neue Zielstruktur gegeben, die seit 2022 sukzessive eingeführt und umgesetzt wird. 2023 hat der Senat beschlossen, das LVwA hin zu einem modernen Landespersonalservice mit der weiteren Bündelung von Personaldienstleistungen vom Eintritt bis zum Austritt weiterzuentwickeln - erste Schritte der Transformation hierhin wurden im September 2023 begonnen und weitere Verhandlungen mit dem Senat dazu bleiben abzuwarten.

Bezirksamt Mitte

Eine systematische und/oder standardisierte Erfassung von Daten zu allen Ablauf- und Organisationsänderungen mit dem allgemeinen Ziel der Optimierung des Verwaltungshandels o- der speziell mit dem Ziel, (veränderte) Aufgaben mit dem vorhandenen (oder weniger) Personal zu realisieren, findet nicht statt. Ein einheitliches und übergreifendes System für die Analyse und die Bewertung der Wirksamkeit solcher Organisationsveränderungen besteht ebenfalls nicht. In der Regel gehen Ablauf- und Organisationsveränderungen auf konkrete fachliche bzw. fachpolitische Zielsetzungen und/oder soziale Herausforderungen zurück. Bezirksinterne Organisationsuntersuchungen, ergriffene Maßnahmen zur Organisationsentwicklung sowie die Evaluation von Organisationsveränderungen orientieren sich i.d.R. an der konkreten Zielsetzung, die nicht notwendigerweise in erster Linie auf einen geringen oder geringeren Personaleinsatz gerichtet ist.

Grundsätzlich bestehen im Land Berlin Instrumente, die stärker systematisch genutzt werden könnten, um einerseits Handlungsbedarfe für Ablauf- und Organisationsveränderungen zu identifizieren und andererseits die Wirksamkeit solcher Veränderungen zu evaluieren. Dazu gehören insb.

- die Kosten-Leistungs-Rechnung, die einen bezirksübergreifenden Leistungsvergleich ermöglicht und bei starken Abweichungen einzelner Bezirke vom Median Handlungsbedarfe impliziert sowie das Monitoring der Effekte von Gegenmaßnahmen erlaubt;
- eine effektive Steuerung inkl. Wirksamkeitsmessung von Geschäftsprozessoptimierungen durch ein stärkeres gesamtstädtisches Monitoring der GPM-Aktivitäten durch die für Digitalisierung zuständige Senatsverwaltung;
- die Vereinbarung von bezirksübergreifenden Leistungsstandards einschließlich eines kennzahlenbasierten Steuerungssystems im Rahmen von gesamtstädtischen Zielvereinbarungen gem. § 6a AZG, die i.d.R. mit Prozess- oder Organisationsoptimierungen verbunden sind (bspw. mit der Einrichtung von Fachstellen für Soziale Wohnhilfen in den Ämtern für Soziales, Ablauf-/Organisationsoptimierungen zur Umsetzung der gesamtstädtischen Zielvereinbarung Bürgerämter);
- regionalisierte Aufgabenwahrnehmung: Es ist zu prüfen, welche bezirklichen Aufgaben wirtschaftlicher und effektiver erbracht werden können, wenn sie nicht von allen Bezirken, sondern regionalisiert erbracht werden. Dies kann zu erheblichen bezirksübergreifenden Effizienzsteigerungen in der Leistungserbringung führen.

Es können exemplarisch folgende Ablauf- und Organisationsveränderungen genannt werden, die mit einer Re-Organisation von Personal bzw. einer Personalreduktion verbunden waren:

- Im Zuge der Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2009 bis 2016 hat das Bezirksamt Mitte entsprechend seines Konsolidierungskonzepts (vgl. Hauptausschuss, 16. LP, Rote Nummer 2039) die Vorgaben der SenFin zur Personaleinsparung u. a. durch Ämterfusionen (etwa Zusammenführung der Bereiche Weiterbildung und Bibliotheken/Kultur, der

beiden Service-Einheiten Personal und Finanzen sowie der Bereiche Ordnung und Gewerbe mit der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht) realisiert.

- Einen weiteren Beitrag zur Erfüllung der Vorgaben zur (Personal-)Einsparung leistete die (Teil-)Übertragung von Aufgaben an externe Dienstleister, so etwa im Bereich der Pförtnerdienstleistungen, bei Sportplatzwarten oder etwa bei Garten- und Friedhofsarbeiten (vgl. HA des AGH, 17. LP, Rote Nummern 0541 K, 0541 K-1). Diese Maßnahmen haben sich nicht immer bewährt und wurden daher teilweise wieder rückgängig gemacht. Zur Umsetzung des Konsolidierungskonzepts inkl. Maßnahmen zur Personaleinsparung wurde dem Hauptausschuss sowie seinen Unterausschüssen regelmäßig berichtet (vgl. Rote Nummern 0082, 0082 A-N).
- Als weitere Ablauf- und Organisationsveränderungen, die mit einem effizienteren Einsatz vorhandenen Personals bei der Aufgabenerfüllung einhergegangen sind, können die nachfolgenden Beispiele benannt werden. Diese stehen jedoch nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen, sondern gehen in erster Linie auf fachliche und/oder sozialpolitische Zielsetzungen im Bezirksamt zurück:
- Eröffnung eines Flüchtlingsbürgeramts im Rathaus Tiergarten und Bündelung aller Meldeangelegenheiten für Geflüchtete an diesem Standort. Durch die regionalisierte Wahrnehmung dieser Aufgaben für insg. zehn weitere Bezirke, können (Personal-)Ressourcen nicht nur im Bezirk Mitte effizienter eingesetzt werden. Effizienzgewinne ergeben sich insb. dadurch, dass z. B. Übersetzungsleistungen und Kenntnisse bzgl. besonderer Arbeitsschritte (insb. AZR-Abgleich) nicht an allen Bürgeramtsstandorten vorgehalten werden müssen, sondern nur an dem spezialisierten Standort.
- Einrichtung eines Familienservicebüros als zentrale Anlaufstelle des Jugendamts Mitte für Familien im Frontoffice im Jahr 2020: Das Familienservicebüro informiert und berät zu familienbezogenen Leistungen und Angeboten, vermittelt Hilfen im Bezirk und nimmt Anträge entgegen, wodurch das Backoffice Kitagutschein-UV entlastet wird und eine ergänzende sozialpädagogische Beratung angeboten werden kann.
- Seit 2019 sukzessiver Aufbau eines Zentralen Bewerberbüros (ZBB), das für die Ämter und Organisationseinheiten des Bezirksamts Stellenausschreibungs-, Auswahl- und Besetzungsverfahren zentral übernimmt (z.T. flächendeckend für alle Verfahren, z.T. für ausgewählte Verfahren). Dadurch können einerseits die dezentralen Internen Dienste entlastet sowie Verfahren beschleunigt werden, andererseits wird im ZBB Expertenwissen gebündelt und sichergestellt, dass Verfahren einheitlich und unter Einhaltung der rechtlichen und qualitativen Standards ablaufen.
- Anfang 2023 wurden der Steuerungsdienst und die Serviceeinheit Personal und Finanzen zu einer Organisationseinheit „Steuerungsdienst, SE Personal und Finanzen“ unter einer Leitung zusammengeführt. Dadurch sind die Aufgabenbereiche Controlling/Kosten-Leistungs-Rechnung, GPM und Organisationsentwicklung sowie Haushalt, Finanzen und Personal auch organisatorisch enger miteinander verbunden, was zu einer effektiveren und effizienteren Steuerung im Bezirksamt beiträgt.

- Des Weiteren geht die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sowie von Verwaltungsabläufen regelmäßig mit Ablauf- und Organisationsveränderungen – bspw. im Zuge der Einführung der digitalen Akte im Bezirksamt Mitte oder etwa bei der Einführung des digitalen Antrags und e-Wohngelds im Amt für Bürgerdienste – einher.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Die Auflistung der Meldungen im Einzelnen erfolgt nach der Kapitelstruktur.

SE Personal (Kapitel 3304)

Organisationsbetrachtung 2020/2021 erfolgt, im Zusammenhang z. B. mit Gesetzesänderungen, der stark gestiegenen Anzahl an Einstellungsmaßnahmen und einer gestiegenen Gesamtzahl an Beschäftigten,

neuer Aufgabenzuschnitt der Arbeitsgebiete der Personalstelle erfolgt

Wiedereinführung von Hauptsachbearbeitungspositionen

Vorläufiges Ergebnis: Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes, trotz extrem gestiegener Personalzahlen, ermöglicht

Einführung ZBB (ab 09/2023)

Zunächst Pilotprojekt für die Verfahren von 2 OE mit Evaluierung im Herbst 2024

Ergebnisse liegen noch nicht vor

Zentralisierung der Büroleitungsaufgaben von verschiedenen kleinen Bereichen (BzBm, BVV, Rechtsamt, SE Personal, Beschäftigtenvertretungen) bei der SE Personal

Aufgaben, die vorher kleinteilig bei unterschiedlichen Arbeitsgebieten ausgewiesen waren, werden jetzt zentral in einem Bereich wahrgenommen

Vorläufiges Ergebnis: Entlastung von diversen Arbeitsgebieten um BL-Aufgaben, zentrale Ansprechpersonen bei Haushaltsplanung, -wirtschaft und Jahresabschluss führen zu einer Verbesserung der Kommunikation mit den Schnittstellen

OE Steuerungsdienst / Finanzen (Kapitel 3301 / 3305)

Implementierung eines zentralen Forderungsmanagements (seit 2014)

bei erster erfolgloser Vollstreckung gingen die Vorgänge früher an die Fachabteilungen zurück und wurden nicht weiterverfolgt; durch FoMa werden weitere Recherchen angestrebt; bis hin zur vollständigen Beitreibung bzw. Niederschlagung

Ergebnis: Entlastung der dezentralen Bereiche, höhere Einnahmen durch konsequente Weiterverfolgung der bezirklichen Ansprüche

Fusion des Steuerungsdienstes mit der SE Finanzen

Reduzierung fachlicher Schnittstellen durch eine gemeinsame Organisationsstruktur

Synergieeffekte zwischen Haushalt und Budgetierung erschließen

bessere Steuerung der Haushaltswirtschaft
gemeinsame Aufgabenwahrnehmung und Betrachtung z.B. bei Mehrbedarfsanträgen in der Haushaltswirtschaft, die Auswirkungen der Budgetierung zu kennen

Einführung der Allzuständigkeit im Bereich Buchhaltung und Zahlungsverkehr zugleich nicht beide Gebiete ausführen, jedoch bei Notbesetzung Rotation z.B. vom Bereich Buchhaltung in den Zahlungsverkehr möglich
Ergebnis: Gewährleistung Tagfertigkeit besser möglich

Ordnungsamt

Angliederung des FB Veterinär- und Lebensmittelaufsicht zum Ordnungsamt
Ursprünglich Allzuständigkeit der Ordnungswidrigkeiten- und Verwaltungsverfahren aus dem (Alt-)Ordnungsamt und dem nun neuen Fachbereich VetLeb eingeführt
diese organisatorische Veränderung musste dann nach einiger Zeit wieder aufgehoben werden -> System hat nicht funktioniert
Personaleinsparungen wären mit beiden Varianten nicht realisierbar gewesen, zumal der FB VetLeb schon zum Zeitpunkt des Wechsels personell untausgestattet war um beispielsweise bei der Lebensmittelkontrolle die notwendigen Prüfintervalle einzuhalten

Amt für Bürgerdienste

2012 - Bildung der Geschäftsstelle Wahlen
3 planmäßige Stellen, mit Wechselaufgaben in „Nicht-Wahlzeiten“
Ergebnis: Gewährleistung einer zumindest grundlegenden Organisation von Plebisziten

2015 - Implementierung Ausbildungsbürgeramt

aus Anlass der Schließung Standort Bürgeramt 2- Schlesische Str.
vorhandenes planmäßiges Personal auf Standort 1 und 3 konzentriert
Ergebnis: Verstärkung der bezirklichen Ausbildung im Kunden-/ Bürgerdienst, verbesserte Akquise des bezirklichen Verwaltungsnachwuchses speziell auch zur Nachbesetzung von Arbeitsgebieten der anderen Bürgeramtsstandorte, Nachwuchsförderung- und Gewinnung im direkten Austausch mit der Ausbildungsstelle, Steigerung der Initiative der Auszubildenden in der Verwaltung

2017 - Verlagerung - Aufgabengebiet „öffentlich rechtl. Namensänderung“ vom Rechtsamt zum Amt für Bürgerdienste zur internen Rechts- und Widerspruchsstelle
Ergebnis: durch die Integration war nunmehr eine Vertretungsoption der Aufgaben gewährleistet

2024 - Verlagerung Staatsangehörigkeitsbehörde zum Landesamt für Einwanderung
berlinweite Zentralisierung der Aufgaben (bei gleichzeitiger Steigerung des Personalbestandes um mehr als das Doppelte)

Schul- und Sportamt (Kapitel 3700)

Einrichtung einer Arbeitsgruppe SchulBau

Im Fachbereich Facility Management Hochbau konnten keine ausreichenden personellen Kapazitäten für eine zeitnahe Umsetzung/Bearbeitung der vielen BSO-Maßnahmen angeboten werden

Arbeitsgruppe arbeitet weiterhin eng mit dem Hochbauservice zusammen, allerdings können nach Einschätzung des FB zeitliche Abläufe und fachliche Tätigkeiten durch das Fachpersonal SchulBau prozessbezogen besser vorbereitet werden

Ergebnis: Es können nach Einschätzung des FB zeitliche Abläufe und fachliche Tätigkeiten durch das Fachpersonal SchulBau prozessbezogen besser vorbereitet werden. Außerdem kann eigener „Fachverständ“ vorgehalten und bauvorbereitende Tätigkeiten durchgeführt werden.

Straßen- und Grünflächenamt (Kapitel 3800 / 3810)

Einrichtung Fachbereich „Öffentlicher Raum“ (2020)

bessere Verteilung und Aufteilung der unterschiedlichen Arbeitsgebiete

Reduktion von Stellen konnte mit der Umstrukturierung nicht erreicht werden

Anpassung der Gruppenstruktur im Fachbereich Straßen zur Umsetzung des Berliner Mobilitätsgesetzes

Mit der geänderten Struktur wurde auf die zusätzlichen Aufgaben reagiert.

Überführung der Straßenverkehrsbehörde aus dem Ordnungsamt in das Straßen- und Grünflächenamt

Keine Einsparmöglichkeiten, da das Aufkommen von Anträgen weiterhin hoch ist.

Ergebnis: bessere Vernetzung der Kolleginnen / Kollegen

Amt für Soziales

Schaffung (Wiedereinführung) eines Front- + Backoffices (Erstanlaufstelle) im Leistungsbereich des Amtes

Ergebnis: Das Backoffice wurde entlastet, da eine störungsfreie Bearbeitung der Akten/Fälle ermöglicht wurde. Es gibt eine einzige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Dies brachte mehr Klarheit in die Struktur.

Schaffung der Fachstelle soziale Wohnhilfe (SWH)

Für diese wurde ebenfalls eine eigene Anlaufstelle gegründet

Bündelung der Aufgaben des Themenbereiches

Ergebnis: kürzere Bearbeitungszeit, da Anlaufstelle fachspezifisch ist, Vorteil für Bürgerinnen und Bürger: Durchgängige und zügigere Bearbeitung des Falls/des Anliegens, da alles

in einem Bereich bearbeitet wird (ehemals mehrere Bereiche bei der Bearbeitung involviert), Mitarbeitende profitieren von einem in sich geschlossenem Themenfeldes

Schaffung des Fachbereich 3

Dies geschah aufgrund einer Gesetzesänderung

Schaffung des Ukraineteams

nur für einen zeitlich begrenzen Zeitraum

Ergebnis: hocheffektiv bei der Entlastung des (originären) Personals bei den damaligen und aktuell noch anhaltenden großen Fallzahlen

Jugendamt

Einrichtung Familienservicebüro

Ergebnis: Berlinweit werden nunmehr Familienservicebüros in allen Bezirken eingeführt -> Modellcharakter des Bezirks für die Entwicklung der Familienförderung

Bezirksamt Pankow

Mit Blick auf die Struktur und Aufgabengestaltung sind die Bezirksverwaltungen in ihrer organisatorischen Gestaltungsfreiheit ggü. den Hauptverwaltungen stärkeren Einschränkungen unterlegen. Auch vor dem Hintergrund der Vielzahl unbesetzter Stellen und Personalausfälle ist das Bewerten von Arbeitsprozessen und deren Anpassung bzw. die Umstrukturierung von Organisationseinheiten mit dem Ziel vorhandene Personalkapazitäten effizienter einzusetzen, dennoch selbstverständlich regelmäßiger Bestandteil der Führungsaufgabe. Eine Evaluation im Sinne der Fragestellung, ob durch diese Anpassungen auf Stellen(neu)besetzungen verzichtet werden könnte, ist dabei (bisher) nicht die Regel, sondern verfolgt vorrangig das Ziel, temporäre Personalausfälle zu kompensieren. Die grundsätzliche Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Effizienz von Geschäftsprozessen und einzelnen Prozessschritten insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist darüber hinaus regelmäßige Aufgabe des gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagements in den jeweiligen Politikfeldern.

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Zusammenlegung der Bereiche Finanzen, Personal und Steuerungsdienst ist strategisch unter mehreren Aspekten sinnvoll.

Die Einführung des zentralen Bewerbungsbüros zur Steuerung von Auswahlverfahren im Jahr 2016 ist ein Erfolg. Nach der personellen Verstärkung und Betrachtung der Prozesse bei der Personalgewinnung (Stellenbewertung, Stellenwirtschaft, Zentrales Bewerbungsbüro und Personalstelle) bis Ende 2019 – die Hoheit über die Durchführung und Organisation von Auswahlverfahren liegt in der SE Finanzen, Personal und Steuerungsdienst, die

Entscheidungshoheit bei den dezentralen Fachentscheidern – konnte die Beschäftigungs-zahlen um 300 Personen bis Ende 2022 gesteigert werden (siehe Personalbericht des BA CW 2022 <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/service-und-organisationseinheiten/personal/>). Die konsequente Einführung bündelt Ressourcen und entlastet die Abteilungen.

Die Zusammenlegung der Bereiche Finanzen und Steuerungsdienst in einer Serviceeinheit (hier im August 2022 erfolgt) bietet die Chance der besseren Verzahnung der Bereiche Controlling und Finanzen, vor allem im Hinblick auf die knapper werdenden finanziellen Ressourcen. Eine abschließende Bewertung der Organisationsänderung ist noch nicht möglich. Auch die Verzahnung von Digitalisierung im Steuerungsdienst mit personellen Fragestellungen (z.B. die Einführung von Intrexx) schafft Synergien.

Im Übrigen sind die Geschäftsbereiche der Bezirke durch das Bezirksverwaltungsgesetz vorgegeben, so dass Organisations- und Ablaufänderungen nur eingeschränkt möglich sind.

Bezirksamt Spandau

Die regelmäßige Betrachtung von Prozessabläufen führt immer wieder zu Anpassungen und Veränderungen im Sinne eines optimalen Ressourceneinsatzes. Grundsätzlich werden Prozessabläufe im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements analysiert, optimiert und im Abschluss digitalisiert. Je nach Fortschritt entsprechender Projekte resultierten daraus bereits Verbesserungen in den Prozessabläufen.

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

In den vergangenen 10 Jahren gab es auch im Bezirksamt Steglitz Zehlendorf in allen Bereichen Umstrukturierungen, Organisationsveränderungen und weitere Maßnahmen, um die Arbeit in und für das Bezirksamt effektiver zu machen. Diese Maßnahmen führten aber nicht durchgehend dazu, dass Personal eingespart werden konnte, sondern dienten auch dazu, die stetig zunehmenden Aufgaben und Anforderungen überhaupt mit dem vorhandenen Personal bewältigen zu können.

Umstrukturierungsmaßnahmen können daher nur beispielhaft aufgeführt werden:

- Mit der Einrichtung eines Bereichs „Geschäftsprozessmanagement“ im Bezirk werden Prozesse analysiert und häufig vereinfacht und erreichen eine höhere Effektivität.
- Überbezirklich werden im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements Arbeitsabläufe durch einen federführenden Bezirk je Politikfeld, gemeinsam mit Fachleuten zielgerichtet analysiert. Auch wenn diese Analysen noch nicht in allen Politikfeldern abgeschlossen sind, lassen sich Vorgänge der Sachbearbeitung optimieren, vereinheitlichen und effizienter gestalten.

- Die Vorbereitungen der Einführung der elektronischen Akten haben eine systematische Betrachtung aller bezirklichen Anforderungen der zukünftigen Anwender/innen gefördert, die an ein Digitale-Akte-System zu stellen sind. Dazu gehören unter anderem: Resourcensteuerung, bessere Organisation durch Aktenplan und strukturierte Ablage, Übersendung der gescannten Eingangspost direkt an die zuständigen Personen(-gruppen) und weitere Funktionalitäten des Programms. Bei funktionsgerechter Umsetzung wird die E-Akte zu einer Entlastung der Mitarbeitenden führen.
- Im Bezirk wurde ein „Zentrales Bewerbungsbüro“ eingerichtet, welches eine professionellere Begleitung des gesamten Bewerbungsverfahrens, von der Ausschreibung bis zum Auswahlverfahren ermöglicht. Dadurch kann eine einheitliche und rechtsichere Verfahrensweise bei Stellenbesetzungen garantiert und der Einstellungsprozess beschleunigt werden. Die Fachbereiche/ Büroleitungen werden durch das ZBB erheblich entlastet.
- Durch die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle wurde das Fachwissen im Vergaberecht in einem Bereich gebündelt, der alle größeren Vergabeverfahren durchführt. Die einzelnen Fachbereiche profitieren insbesondere durch die angebotene Beratung bei dem Verfassen von Ausschreibungstexten und Auswahlkriterien.
- Durch ein zentrales Forderungsmanagement wurden die Organisationseinheiten von der zeitintensiven Nachforderung nicht erfolgter Zahlungseingänge befreit. Durch die Standardisierung im Umgang mit offenen Forderungen konnten signifikante Mehreinnahmen erzielt werden.
- Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf ermöglicht dem Großteil der Mitarbeitenden im administrativen Bereich das „Mobile Arbeiten“, um sowohl persönlichen, als auch gesamtgesellschaftlichen Umständen flexibel begegnen zu können. Die Installation der „Igel“ Software auf den Rechnern im Amt und den gestellten Laptops erlaubt es den Mitarbeitenden ihren Arbeitsplatz, mit sämtlichen Fachverfahren, einfach und ohne Effizienzeinbußen nach außen zu verlegen. Der zum Teil erhebliche Zeitaufwand für Wege von und zum Amt wird reduziert, was auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu Gute kommt.

Zusammenfassend lässt sich anführen, dass Struktur- und Organisationsmaßnahmen nicht allein der Effektivitätssteigerung dienen, sondern auch die Zufriedenheit der Mitarbeitenden erhöhen und die Belastungen reduzieren sollen und können.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

In Politikfeld Umwelt- und Naturschutz wurden beispielsweise durch die Einführung des IKT Basisdienstes Digitaler Antrag Arbeitsabläufe verändert. Bisher mussten die Antragsdaten in das Fachverfahren händisch übertragen werden.

Der fertige digitale Antrag wird aus einem verfahrensspezifischen Postfach abgeholt und in das von den bezirklichen Umwelt- und Naturschutzämtern genutzte Fachverfahren als „Fertigungsstraße“ überführt.

Handlungsbedarf ergab für dieses Projekt, weil Bürger_innen und auch Unternehmen bei der Antragstellung „geleitet“ werden müssen, da sie oft nicht wissen, was sie konkret beantragen wollen und nicht das passende Antragsformular finden.

In den bezirklichen Umwelt- und Naturschutzämtern wird das neue Fachsystem UNIS-wgs21 genutzt, um E-Mails, PDFs und Dateien in gängigen Formaten in die Vorgangsbearbeitung einzubinden. Es kann somit der gesamte Verwaltungsprozess abgebildet werden. Es fehlte bisher die Anbindung des Fachsystems an digitale Antragsformulare, um eine medienbruchfreie Arbeit zu gewährleisten. Aufgrund der durch die Digitalisierung veränderten Arbeitsabläufe werden qualifizierte Fachkräfte von Routinetätigkeiten entlastet und können fachlicher Arbeit mehr Raum geben und diese qualitativ verbessern.

Andererseits müssen teilweise Umstrukturierungen bzw. Organisationsänderungen durch neu hinzugekommene Aufgabenfelder initiiert werden. Die neu zu bearbeitende Aufgabe "Umweltplanung und Umweltbildung" erforderte erst kürzlich die Bildung eines neuen Fachbereiches innerhalb unseres bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamtes mit notwendigen Personaleinstellungen.

Bezirksamt Neukölln

Eine Meldung des Bezirksamtes Neukölln liegt nicht vor.

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Das Schul- und Sportamt hat im Zeitraum 17.12.2019 – 24.07.2020 ein Organisations- und Personalkonzept erarbeitet, die amtsinterne Struktur insbesondere der Fachbereiche Schule und Sport untersucht, Risiken identifiziert und Handlungsbedarfe abgleitet.

Im Ergebnis wurde festgelegt, die Organisationsstruktur und Personalstruktur anzupassen, robust und flexibel zu gestalten, das Personal in den Mittelpunkt zu stellen und die Fachbereich Sport und Schule stärker zu integrieren.

Die Umsetzung des Personal- und Organisationskonzeptes ist derzeit nicht abgeschlossen.

Per Senatsbeschluss wurde 2013/14 das Umwelt- und Naturschutzamt, aus zwei Fachbereichen gebildet die bis zu diesem Zeitpunkt Teile des Grünflächenamtes waren.

Hier wurden die Ordnungsaufgaben konzentriert.

Ebenfalls zu diesem Beschluss gehörte die Bildung des Straßen- und Grünflächenamtes aus dem bis zu diesem Zeitpunkt selbstständigen Ämtern Tiefbauamt und Grünflächenamt. Hier wurden alle Aufgaben für den öffentlichen Raum (Straßen und Grünanlagen) zusammengefasst.

Im Sozialamt gab es seit 2012 folgende Organisationsveränderungen:

2012: Zuordnung Widerspruchsstelle zur Amtsleitung,

2013: Aufteilung Rechtsstelle und Kosteneinziehung in zwei getrennte Gruppen,

2015: Angliederung der Gruppen Bürgerschaftliches Engagement und KIEZKLUBs an die Amtsleitung, Aufteilung des Fallmanagements und der Eingliederungshilfe in zwei Gruppen,
2016: Zuordnung der Widerspruchsstelle zum Fachbereich 1
2017: Zusammenfassung zur Rechts- und Widerspruchsstelle,
2018: Bildung einer neuen Gruppe zur Übernahme der Grundsicherungsfälle aus der Eingliederungshilfe,
Zusammenfassung Fachaufsicht, SB Leistungsmissbrauch amb. Hilfe und SB Nebenkostenprüfung
2019: Bürgerschaftliches Engagement wechselt in den Fachbereich II
2020: Gründung Fachstelle Soziale Wohnhilfe, Gründung ASD
2023: Teilung Grundsicherung in zwei Gruppen, Teilung Ehrenamt und KIEZKLUBs in zwei Gruppen

Im Jugendamt ist in dem Zeitraum die Einrichtung des Teilhabefachdienstes Jugend als neue Organisationseinheit zu nennen, die allerdings nur mit 2 zusätzlichen Stellen, vorrangig mit neuen Aufgabengebieten und Rollen verbunden war. Hier handelte es sich um eine neue gesetzliche Anforderung, die umgesetzt werden musste.

Außerdem wurde ein Kinderschutzteam gebildet und ein neues Modell für die Wahrnehmung des Krisendienstes Kinderschutz entwickelt und umgesetzt. Die Gesamtevaluation des Modells steht noch aus.

Im Ordnungsamt gab es folgende Organisationsveränderungen:

2013: Einrichtung Fachbereichsleitung Ordnungsangelegenheiten,
Einrichtung Geschäftszimmer und interner Service,
regelmäßig: Öffnen, Schließen und Ändern von Aufgaben entsprechend dem aktuellen Bedarf,
z.B.

2019: Einrichtung Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit,

2020: Einrichtung Aufgabe SB Grundsatzangelegenheiten, politische Anfragen, Anliegen-/Beschwerdemanagement im neu eingerichteten Stab der Amtsleitung.

Im Büro des Bezirksbürgermeisters gab es seit 2012 im Wesentlichen einen Personalaufwuchs beim Integrationsbeauftragten sowie im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (je zwei Stellen). Darüber hinaus wurden je eine Stelle „Koordinator kommunale Entwicklungspolitik“ sowie „Klimaschutzbeauftragte“ neu eingerichtet. Letztere bearbeiten Ihre Aufgaben eigenständig, ohne dass es zu nennenswerten Änderungen in der Ablauf- oder Organisationsstruktur gekommen ist.

Beim Integrationsbeauftragten wurden aufgrund der gestiegenen Aufgaben insbesondere für die Koordination für Flüchtlingsangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit und als Ansprechperson für den Migrationsbeirat sowie für die Koordination für alle ehrenamtlich Aktiven

und diejenigen, die Ehrenamtliche und Engagierte in der Flüchtlingshilfe hauptamtlich begleiten, je eine Stelle eingerichtet. Mit der Aufgaben- und Stellenerweiterung verbunden waren neue Aufgaben des Integrationsbeauftragten für Personalführung sowie Koordinierung der Aktivitäten der zusätzlichen Dienstkräfte.

Die Rolle der bezirklichen Pressestelle und die Erwartungen an sie hat sich in den letzten 10 Jahren stark verändert. Bereits 2017 wurde die Pressestelle von zwei auf drei VZÄ erhöht. Dieser Personalaufwuchs war aufgrund der Veränderung der Kommunikationsstrategie des Bezirksamtes notwendig. Das Bezirksamt kann damit seit 2017 vermehrt auf Social-Media-Aktivität auf den gängigen Plattformen setzen. Die Pressestelle übernimmt damit nicht mehr nur die Aufgabe der Verbreitung von Informationen, sondern auch Aufgaben des Content Marketings. Ein weiterer Stellenaufwuchs ist ab 2024 vorgesehen, denn die Pressestelle muss mit der veränderten Rolle agiler und flexibler arbeiten als früher, um den Anforderungen der modernen Medienlandschaft und den Erwartungen in der Behörde selber und gegenüber den Journalisten gerecht zu werden. Sie muss sich kontinuierlich weiterentwickeln und neue Technologien nutzen. Der Fokus für die Verarbeitung der Themen liegt vorwiegend auf der digitalen Onlinekommunikation und setzt zunehmend auf visuelle Inhalte. Auch sollen die grafischen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Corporate Design der Berliner Verwaltung erfüllt werden.

Das Stadtentwicklungsamt Treptow-Köpenick trifft nahezu täglich Entscheidungen zur Optimierung von Abläufen. Daher ist es nicht möglich, über diese umfassend zu berichten.

Größere organisatorische Änderungen:

- Im Fachbereich Stadtplanung erfolgte im Jahr 2016 die Zusammenlegung der Arbeitsgruppe „Sanierungsverwaltungsstelle“ mit der Gruppe „Durchführung der Planung“. Zum damaligen Zeitpunkt lag der politische Schwerpunkt in Berlin nicht auf der Stadtterneuerung und der Anwendung des Besonderen Städtebaurechts. Beide Arbeitsgebiete haben mehrere Schnittstellen, so dass die beiden Arbeitsgruppen zum damaligen Zeitpunkt zu einer zusammengefügt wurden. Aus heutiger Sicht wäre der Aufbau einer Arbeitsgruppe „Stadtterneuerung“ wieder sinnvoll, allein die Gegebenheiten (Personalnot, Finanzierungsschwierigkeiten) lassen dies nicht zu.
- BWA Archiv und Eingangserfassung Verlegung zum ZS zur Entlastung der TSB Baugenehmigungsverfahren von organisatorischen Aufgaben
- Im Fachbereich BWA, neue Gruppe HB III, statt 2 nunmehr 3 gleichartig tätige Gruppen, da die Gruppen I und II zwischenzeitlich zu groß für eine allein steuernde Gruppenleitung geworden waren
- Im Fachbereich Vermessung, Ausgliederung Wertermittlung aus Gruppe vermessungstechnischer Innendienst, da spezielle Aufgabe, nunmehr Gruppenleitung mit höherer Expertise in diesem Spezialthema‘
- Schaffung Stabstelle Kommunikation und Partizipation für mehr Bürgernähe

Wenn in einer Verwaltung organisatorische Änderungen vorgenommen werden, dann entweder auf politischen Wunsch und/oder für eine bessere Arbeitsorganisation. Das Stadtentwicklungsamt evaluiert alle vorgenommenen Änderungen regelmäßig auf deren Wirksamkeit.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Straßen- und Grünflächenamt

Bildung des Straßen- und Grünflächenamtes (ehemals Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt) gemäß BezVG

Mit Inkrafttreten des Achten Gesetzes zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) vom 22.10.2008 sollten die Bezirksämter fünf Geschäftsbereiche bilden. Dabei war die für die Fachämter aufgeführte einheitliche Gliederung einzuhalten. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelung wurde zum 01.01.2012 das Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt gebildet. Um die Leitung des großen Fachbereichs Grünflächen und Friedhöfe besser zu organisieren und zur Unterstützung dieser, wurde zum 01.01.2014 eine Koordinationsstelle eingerichtet. Diese entlastet die Fachbereichsleitung im Bereich Organisation und Haushalt deutlich.

Seit dem Beschluss des Grünkonzeptes im Jahr 2019 wurde und wird der FB Grün umstrukturiert. Dies erfolgt kontinuierlich in Abhängigkeit von dem Erfolg der zu besetzenden Stellen und finanzieller Mittelbereitstellung für Maßnahmen. Die Anpassung der Revierstrukturen, Optimierung der Bauminspektion, Schaffung der Spielplatzinspektion und Anpassung des Werkhof als Serviceeinheit soll eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit sowie die bessere Identifikation mit der Arbeit bringen und die vorhandenen Ressourcenauslastung verbessern. Zum 01.11.2019 wurden bereits zwei Reviere zusammengelegt, weitere Veränderungen sind in Abhängigkeit der Besetzung der vakanten Stellen geplant. Ebenso die Schaffung einer Spielplatzinspektion seit 01.01.2022 innerhalb der Gruppe Grünunterhaltung soll die Spielplatzkontrollen und zügige Mängelbeseitigung bei Feststellen von Defekten an Geräten sowie deren Pflege verbessern. Die Herauslösung der Baukoordination und des Werkhofes ab 01.02.2022 aus der Gruppe der Grünunterhaltung und Direktunterstellung der Fachbereichsleitung Grün im Geschäftsbereich als Serviceeinheit soll die Mitarbeiterkonzentration und Leistungsfähigkeit der Werkstätten erhöhen. Im Geschäftsbereich werden bereits Querschnittsaufgaben wie Koordination, Geschäftszimmer, Vergabesachbearbeitung und GRIS-Management (beides seit 01.02.2022) für die Gruppen abgebildet.

Mit dem Abschluss einer gesamtstädtischen Zielvereinbarung des Zukunftspaktes Verwaltung, deren Ziel u.a. die fachgerechte Pflege der Straßenbäume sowie Ausschöpfung des Potentials bepflanzbarer Straßenbaumstandorte ist, wurden dem SGA neben Sach- auch Personalmittel zur Verfügung gestellt. Um die Erfüllung der Aufgaben zu realisieren, wurde eine Gruppenleitung Bauminspektion ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Aussteuerung

und Leitung des Aufgabenbereichs der Baumpflege- und Baumentwicklung ist. Diese Aufgabe wäre durch die Gruppenleitung Grünflächenpflege- und bauliche Unterhaltung nicht mehr zusätzlich zu bewerkstelligen gewesen, daher wurde das Aufgabengebiet der Bauminstruktion mit der Besetzung der Gruppenleitung ab 01.10.2022 aus der Gruppe der Grünunterhaltung herausgelöst. Mit der geforderten Umsetzung einer einheitlichen Ämterstruktur für die Bezirklichen Straßenverkehrsbehörden aufgrund der Verordnung über die Gliederung des Bezirksamts vom 10. April 2018 wurde zum 01.07.2019 die Straßenverkehrsbehörde dem Straßen- und Grünflächenamt zugeordnet. Nach einer Werkstattphase konnte diese erfolgreich der bisherigen Gruppe Straßenverwaltung zugeordnet werden. 2021 wurde jeweils für die Amtsleitung wie auch den Fachbereichsleitungen Straßen und Grün ein Geschäftszimmer eingerichtet, die u.a. die Sachbearbeitung Büroorganisation im Geschäftsbereich organisieren.

Seit diesem Jahr wird die Neuordnung des Internen Dienstes überarbeitet und erprobt und ein Friedhofskonzept erarbeitet.

In Teilen konnte der Personaleinsatz aufgrund der Änderungen besser organisiert werden.

- Da sich das Grünkonzept noch immer in der Umsetzung befindet, können noch keine abschließenden Ergebnisse festgestellt werden, insbesondere da noch nicht alle avisierten Stellen besetzt sind.
- Erste Verbesserungen an der Organisation und Umsetzung der kontinuierlichen Baumkontrollen und der aktiven Baumpflege habe sich bereits gezeigt.
- Ferner kann bereits jetzt eine Verbesserung der Serviceleistung im Bereich Büroorganisation, Kommunikation und Erreichbarkeit für die Bürger*innen sowie für interne Beschäftigte des Landes Berlin festgestellt werden.
- Die Optimierung des internen Dienstes wird dazu beitragen die Nachbesetzung der durch die hohe Altersfluktuation freiwerdenden Stellen zügiger besetzen zu können.
- Das Ziel die Arbeits- und Organisationsprozesse zu optimieren wird im Fachamt ständig weiter verfolgt.

Umwelt- und Naturschutzamt

In den letzten drei Jahren gab es kleinere strukturelle Änderungen unter der Prämisse nicht besetzte Stellen mit Fachkräften zu besetzen zu befüllen und die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Der Prozess hält noch an. Ziel der strukturellen Änderungen des Amtes ist es Arbeitsabläufe zu verbessern, Verantwortlichkeiten besser und klarer zu regeln sowie die Bereiche zu verstärken in denen ordnungsbehördliche Aufgaben zwingend zu erfüllen sind.

Aufgrund der Änderungen konnten Stellen vereinzelt besser besetzt werden.

Mit Besetzung der vakanten Stellen konnte die Arbeitsfähigkeit in den betreffenden Arbeitsgebieten hergestellt werden. Der Prozess der Evaluation läuft noch.

Serviceeinheit Personal

Umstrukturierung 2020

- Etablierung einer Serviceeinheit Personal gemäß BezVG
 - Einrichtung zweier Fachbereiche (FB 1/FB 2) und eines eigenen Internen Dienstes
- Die Änderungen führten zur Entlastung des Personals.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

- Installation eines Zentralen Bewertungs- und Karrierebüros
- Aufbau eines zentralen Personalmarketing
- Abschaffung von Überlastung des Personals inkl. Anpassung des Personalkörpers an das gestiegene Arbeitsvolumen in kl. Optimierung der Aufgabenverteilung- und Arbeitsprozesse
- Verkürzung der Bearbeitungszeiten im Bereich Stellenbewertung
- Verkürzung der Zeiten für die Besetzung vakanter Stellen
- Einführung eines zentralen ämterübergreifenden und monatlichen Stellenbesetzungscontrolling
- Einführung eines zentralen ämterübergreifenden Controllings bezüglich Vorbereitung von Stellennachbesetzung unter Beachtung der altersbedingten Fluktuation
- Professionalisierung innerhalb der Fachbereiche mit einer klaren Zuständigkeitsregelung und Spezialisierung in den Themenbereichen
- Verbesserte Umsetzung von Qualitätsstandards in den Fachbereichen
- Verbesserte Weiterentwicklung von Geschäftsprozessen in den Fachbereichen
- Bessere Personalführung unter dem Aspekt eines angewachsenen Personalkörpers
- Optimierung der Organisation von zentralen Personalmarketingmaßnahmen
- Ausbau der Aus- und Fortbildungsstelle

SE Finanzen

Zum 01.01.2020 wurde gemäß BezVG eine eigenständige Serviceeinheiten Finanzen gebildet. Die Serviceeinheit Finanzen besteht seitdem aus den Fachbereichen Haushalt und der Bezirksskasse.

Mit Beginn der Berliner Schulbauoffensive wurde im FB Haushalt eine Stelle speziell für die Revision von Investitionen in 2017 aufgenommen. Im Hinblick auf die Einführung des § 2 UStG wurde eine weitere Stelle im FB Haushalt in 2021 geschaffen.

Der FB Bezirkskasse wurde mit Personalratsbeschluss vom 15.03.2017 umstrukturiert. Es wurde die Allzuständigkeit im Bereich Zahlungsverkehr und der Buchhaltung eingeführt.

Das Personal konnte durch die Maßnahmen besser organisiert werden.

- Mit der Bildung der SE Finanzen sind Hierarchieebenen weggefallen. Im Finanzservice wurden die Kommunikationswege wesentlich verkürzt und damit die Abstimmungsprozesse verbessert.
- Durch die Schaffung der beiden zusätzlichen Stellen im FB Haushalt erlangte die SE Fin wertvolle Expertise, mit der neue Arbeitsaufgaben qualitativ umgesetzt werden. Gleichzeitig führte der Personalzuwachs zur Entlastung des bestehenden Personals- Abbau von Arbeitsüberlastung.
- Mit dem altersbedingten Ausscheiden der Dienstkräfte der Bezirkskasse in den nächsten Jahren war es unabdingbar und erforderlich, die Personalressourcen in den einzelnen Arbeitsgebieten Buchhaltung und Zahlungsverkehr zu optimieren. Das heißt konkret, die Arbeitsgebiete sollten effizienter organisiert werden, um den Tagesabschluss sicherzustellen. In Form der Schaffung einer Sachbearbeitung in Allzuständigkeit konnten die MitarbeiterInnen flexibler eingesetzt sowie die Arbeitsfähigkeit des Bereiches optimiert werden.

Steuerungsdienst

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin hat die Bildung der Organisationseinheit Geschäftsprozessmanagement (OE GPM) zum 01.01.2018 und die Zuordnung zum Steuerungsdienst beschlossen. Grundlage bildet das EGovG Bln, insbesondere der § 10. Die Bezirke sind Träger des Prozesswissens für Geschäftsprozessoptimierung, der Bezirk Marzahn-Hellersdorf speziell für das Politikfeld Stadtentwicklung. Die OE GPM hat daher die Aufgabe, Ist-Analysen und die Modellierung der Geschäftsprozesse durchzuführen. Zur Wahrnehmung dieser Rolle bzw. Aufgaben stehen inzwischen 3 zusätzliche VZÄ im Bezirk zur Verfügung.

- Da es sich bei dem Thema Geschäftsprozessmanagement um ein neues Aufgabenfeld handelt, das sich von den regulären Aufgaben des Steuerungsdienstes abgrenzt, war die Arbeitsorganisation anzupassen und wurde dadurch optimiert.
- Außerdem konnten der OE GPM weiter Aufgaben zugeordnet werden, die im engen Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, wie z.B. die Einführung der Digitalen Akte oder die Koordinierung der bezirklichen Aktivitäten zum besonderen Behördenpostfach.

Amt für Weiterbildung und Kultur

Aufbau eines zentralen Internen Dienstes zur Absicherung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Weiterbildung und Kultur.

Es betrifft das Personal des zentralen Internen Dienstes des Amtes für Weiterbildung und Kultur mit folgenden Ergebnissen:

- Das für die Arbeitsaufgaben notwendige Fachwissen des Personals konnte gebündelt und gesteigert werden.

- Die Bearbeitungszeiten insbesondere bezüglich der Vorbereitung und Realisierung der Stellennachbesetzung haben sich stark verkürzt.
- Die Aufgabenwahrnehmung (z. B. Verfahrensweisen) konnte spezialisiert und vereinheitlicht werden.
- Die damaligen Zuständigkeitsprobleme, der eingeschränkte/erschwerte Informationsfluss, die Doppelarbeiten sowie der hohe Zeit-, Koordinierung-, Planungs- und Kommunikationsaufwand konnten mittel Zentralisierung des Personals minimiert werden.
- Verkürzung von Wege- und Liegezeiten bei den Vorgängen
- Die Qualität und die Quantität der Aufgabenerledigungen wurden gesteigert.
- Die gegenseitige Abwesenheitsvertretung des Personals konnte fachbereichsüber-greifend optimiert werden.
- Die Fachbereiche Volkshochschule, Musikschule, Kultur und Bibliotheken des Amtes für Weiterbildung und Kultur konnten von den Arbeitsaufgaben der allgemeinen Verwaltung (z. B. Personalbeschaffung und -verwaltung, Haushaltsangelegenheiten, KLR/Controlling, Auftragsvergabe) entlastet werden, damit diese sich verstärkt auf die spezifischen Arbeitsaufgaben der jeweiligen Fachbereiche konzentrieren.

Ordnungsamt

Seit 2022 - Neuorganisation des Internen Dienstes mit dem Ziel die Arbeitsabläufe zu optimieren

Das Projekt läuft noch.

Stadtentwicklungsamt

Im Bereich Stadt gab es für den abgefragten Zeitraum lediglich eine Änderungsmaßnahme. Diese ist eine im Juni 2022 vorgenommene Organisationsänderung im Fachbereich Vermessung des Stadtentwicklungsamtes.

Im Einzelnen umfasste die Maßnahme

1. die Herauslösung zweier Stellen aus dem vermessungstechnischen Innendienst und Integrierung dieser in den vermessungstechnischen Außendienst aufgrund des Aufgabenzuschnitts der Stellen
2. die Aufhebung der direkten Zuordnung des Ausbildungsbereiches (2 Stellen Ausbilder*in + Ausbildungsplätze) zur Fachbereichsleitung aufgrund des Aufgabenzuschnitts, nämlich größtenteils der Wahrnehmung von Tätigkeiten, welche dem vermessungstechnischen Außendienst (bspw. Durchführung von Grenzvermessungen) zugehörig sind.

Es gibt folgende Ergebnisse:

- effizientere Organisation der Arbeitsabläufe in der Gruppe vermessungstechnischer Außendienst
- Optimierung der Ausbildung im Bereich Vermessung.

Amt für Soziales

Seit 2012 gab es im Amt für Soziales zwei Umstrukturierungen, die im Zusammenhang mit den Fragestellungen zu nennen sind.

- A) Einführung eines FrontOffice im Amt für Soziales zum 01.01.2020
- Ziel war eine bessere Organisation des Zugangsmanagements und Reduzierung des Sprechstundenbetriebs in den Leistungsteams

- B) Struktur- und Stellenanpassungen im Teilhabefachdienst Soziales zum 01.10.2020

Grund:

Die Umsetzung des BTHG erforderte einen Personalaufwuchs und eine Rollentrennung in die Aufgabenfelder

- a) Teilhabeplanung
- b) Leistungskoordination
- c) Sachbearbeitung Leistungsgewährung im Teilhabefachdienst

Es gab folgende Ergebnisse:

- A) In den übrigen Leistungsteams haben sich die Vorsprachen deutlich reduziert
- die Antragbearbeitung kann dadurch schneller erfolgen
- Durch die Maßnahme kommt es vermutet zu einer geringeren Fluktuation in den leistungs-bearbeitenden Teams – Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit
- B) Aufgabenfelder Teilhabeplanung und Sachbearbeitung Leistungsgewährung im Teilha-befachdienst konnten durch die fachliche Spezialisierung in einer vollständige Besetzungs-situation gebracht werden.
- Besetzungsprobleme bestehen lediglich noch bei der Leistungskoordination.
- Die Leistungserbringung kann durch diese Effekte deutlich schneller erfolgen als zuvor in der alten Struktur (Fallmanagement).

Bezirksamt Lichtenberg

1. Bildung der Teilhabefachdienste Jugend und Soziales

zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Berliner Teilhabegesetzes, als bezirk-lisches örtliches Arbeitsbündnis der Teilhabefachdienst Jug und Soz im „Haus der Teilhabe“. Ergebnisse können noch nicht bewertet werden, da parallel erhebliche Verfahrensände-rungen landesrechtlich erfolgten.

2. Bildung der Jugendberufsagentur

Erbringung von Jugendhilfeleistungen gemeinsam mit Leistungen aus dem SGB II und III unter einem Dach. Ergebnisse: Stärkung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit und Bündelung der Angebote gegenüber den Kund*innen.

3. Bildung des Familienbüros

Zusammenführung von Teilaufgaben der Familienförderung, der sozialpädagogischen Beratung, von Verwaltungsdienstleistungen des Jugendamts sowie Information und Auskunft. Ergebnisse: verbesserte und gebündelte Zugänge für Familien zu Leistungen des Jugendamts.

4. Umstrukturierung des regionalen sozialpädagogischen Dienstes (RSD)

Ausgliederung von überregionalen Aufgaben und Spezialaufgaben in gesonderte Teams. Wirkung: verbesserte Organisation des Personaleinsatzes durch Homogenisierung von Arbeitsaufgaben.

5. Gründung und Aufgabenausweitung der OE Zentrale Vergabestelle (ZVS)

aufgrund Novellierung BezVG, hier für Lichtenberg: Ausgliederung ZVS aus der SE Facility Management und organisatorische Zuordnung in den BzBm-Bereich; zugleich neue gesetzliche Anforderung mit Einführung der Unterschwellenvergabeeverordnung und Änderung des § 55 LHO (alle Vergabeeverfahren ab 25 T€ netto müssen über die zentralen Vergabestellen und die eVergabeplattform veröffentlicht werden). Wirkung: Rollen- und Verantwortungsverteilung zwischen OE und ZVS mit einer Konzentration einerseits der vergaberechtlichen Fachkompetenz und der Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der ZVS sowie eine Entlastung der OE für die eigene Vergabevorbereitung.

6. Umsetzung der Novellierung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerIAVG)

alle Bezirke sollen neu 5% aller in einem Kalenderjahr vergebenen Aufträge zur Umsetzung neu 1. Frauenförderung, 2. ILO Kernarbeitszeitnormen, 3. Anwendung Tarifverträge, 4. Einhaltung Mindestlohn und 5. Umweltanforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerIAVG) kontrollieren. Die Aufgabe wurde bisher von der Zentralen Kontrollgruppe auf Landesebene wahrgenommen. Für diese zusätzliche Aufgabe(nabschichtung) wurde den Bezirken kein zusätzliches Personal zugemessen. Der Bezirk Lichtenberg hält weiterhin die Aufgabenwahrnehmung über die zentrale Kontrollgruppe für die effektivste Lösung und setzt sich dafür ein, dies auch in Zukunft so zu praktizieren.

7. Zuordnung der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde zum Straßen- und Grünflächenamt

durch gesetzliche Vorgabe Herauslösung aus dem Ordnungsamt und Überführung ins SGA als eigener Fachbereich; Wirkung: keine messbare

8. Zuordnung der Wirtschaftsförderung zum Bezirksbürgermeister

aufgrund Novellierung BezVG. Wirkung: noch nicht messbar

9. Gründung eines Fachbereichs Recruiting in der SE Personal

Mit Beginn der Entscheidungen des Senats zum Stellenaufbau in der Berliner Verwaltung wurden die Aufgabengebiete der Personalsachbearbeiterinnen, die zu diesem Zeitpunkt sowohl Personalbetreuung wie auch Recruiting umfassten, neu geordnet und im Ergebnis ein gesonderter Fachbereich Recruiting eingerichtet. Wirkung: Damit konnte ein besserer Personaleinsatz erreicht werden.

10. Gründung eines Ausbildungsbürgeramts

um zum einen die bisherige Ausbildung von Nachwuchskräften und die Einarbeitung neuer Mitarbeitenden in den verschiedenen Bürgeramtsstandorten an einem Ort zu konzentrieren, die anderen Mitarbeitenden von der zeitaufwändigen Ausbildung/Einarbeitung zu entlasten, um sich den Fachaufgaben besser widmen zu können und zum anderen mehr Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Wirkung: dadurch wurde dazu beigetragen, dass bei den Auszubildenden und neuen Mitarbeitenden ein positiveres Bild erzeugt wurde, Ausbildung/Einarbeitung qualitativ höherwertiger angeboten werden kann, da an dem einen Standort entsprechend qualifizierte Ausbilder:innen eingesetzt werden sowie eine Bindung der Nachwuchskräfte für einen späteren Einsatz in den Bürgerämtern erzeugt wird. Zudem hatte die konzentrierte Ausbildung/Einarbeitung zur Folge, dass die Nachwuchskräfte bereits frühzeitig verschiedene Dienstleistungen für die Bürger:innen eigenständig (unter Aufsicht) bearbeiten können. Die (laufenden) Befragungen der Auszubildenden haben ergeben, dass der Zweck tatsächlich erreicht wird und eine sehr hohe Zufriedenheit herrscht.

11. Neuordnung der Aufgaben zwischen dem BzBm-Bereich, der OE SPK und dem Steuerungsdienst

Historisch gewachsen waren die Aufgaben Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt, Gemeinwesenorientierung u.ä. zwischen dem BzBm-Bereich, der OE SPK und dem Steuerungsdienst aufgeteilt. Mit der Neuordnung (nach Wirkrichtung) wurden alle vorgenannten Aufgaben in der OE SPK gebündelt (Außenorientierung) und der Steuerungsdienst auf seine Kernaufgaben (strategische Steuerung, Controlling, E-Government mit Wirkrichtung nach innen in die Verwaltung hinein) konzentriert; Wirkung der Maßnahme: klarere Zuständigkeitsverteilung, effektivere Aufgabenwahrnehmung

12. Neuordnung der internen Struktur des Schul- und Sportamts

nach Neubewertung der amtsinternen Arbeitsstruktur, die zu einer Anpassung der Fachbereiche innerhalb der OE durch Aufgabenverlagerung führte. Als Beispiel sei hier die Verlagerung der Schülerbeförderung aus dem Fachbereich Schulorganisation in den Fachbereich Wirtschafts- und Rechnungsstelle genannt. Wirkung: bessere Ablauforganisation und höhere Mitarbeitendenzufriedenheit.

Bei der Beantwortung haben wir uns beschränkt auf wesentliche auch mit organisatorischen Veränderungen einhergehende Umstrukturierungen.

Umstrukturierungen durch Auf- und Abschichtungen zu bzw. von den Senatsverwaltungen haben wir wie verabredet weggelassen. Hier gehen wir davon aus, dass diese von den Senatsverwaltungen berichtet werden.

Auch wurden zahlreiche Aufgabeneuverteilungen innerhalb einzelner Fachbereiche einer OE, also interne Veränderungsprozesse ausgeblendet. Diese wären im Rahmen einer Beantwortung dieses Berichtsauftrags für einen so langen Betrachtungszeitraum zum einen nicht darstellbar und stellen zudem eine kontinuierliche Aufgabe dar, um sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen, zu denen u.a. auch zunehmende Probleme bei der Personalakquise bzw. Arbeitsverdichtungen durch Abwesenheiten von Kolleg:innen gehören. Zum anderen sei darauf verwiesen, dass sich die Ausgangslage für die Aufgabenwahrnehmung in den vergangenen 10 Jahren drastisch verändert hat. So musste in den Jahren 2012-2016 in den Bezirken noch umfassend Personal abgebaut werden (für Lichtenberg waren 17,7 % des damaligen Kernbestandspersonals geplant). Auf Basis eines umfassenden outputorientierten Prozesses hat das BA Lichtenberg ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das neben massiven Arbeitsverdichtungen auch zu Qualitätseinschränkungen in den Folgejahren führte.

Diese Arbeitsverdichtung konnte in den (Wachstums-)Jahren seit 2017 wieder durch vom Land, aber auch vom Bezirk finanzierte erhebliche Personalaufwüchse reduziert werden. Aktuell sind vor allem Qualitätsverbesserungen bei der Leistungserbringung Thema sowie Fallzahlenschlüssel für die Beschäftigten, für die jeweils zusätzliches Personal erforderlich ist.

Bezirksamt Reinickendorf

Vorbemerkung: Insbesondere in den Querschnittsbereichen Personal, Finanzen und Steuerungsdienst werden aufgabenbedingt die Prozesse und der Personaleinsatz laufend und bedarfsgerecht angepasst und optimiert.

Soweit im Einzelfall keine abweichenden Ausführungen gemacht wurden, lagen für den Zeitraum vor 2017 keine auswertbaren Informationen vor.

ABTEILUNG FINANZEN, PERSONAL UND BÜRGERDIENSTE

Zentrale Vergabestelle

Zum 01.10.2018 Einführung der eVergabe (elektronische Vergabe) durch den damaligen Fachbereich Submissionsstelle, zum 01.09.2019 Schaffung der Organisationseinheit Zentrale Vergabestelle. Es fand in diesem Zusammenhang eine effektivere Personalorganisation statt in allen Bereichen der Bezirksverwaltung, die mit dem Einkauf/Beschaffungen befasst sind. Durch zentrale Beschaffungsprozesse erfolgt die Bündelung höherer vergaberechtlicher Kompetenz, höhere Rechtssicherheit, Fristüberwachung im Vertretungsfall (Urlaub, Krankheit), die Fachämter verlagern ihren Schwerpunkt vom Organisatorischen auf

das Inhaltliche (Erstellung Leistungsverzeichnis/Leistungsbeschreibung), Vermeidung/Senkung von Prozesskosten.

Serviceeinheit Finanzen

Zum 01.01.2020 wurde das Forderungsmanagement, das bislang beim Amt für Soziales angesiedelt war, im Rahmen einer Organisationsverfügung als „Fachbereich Zentrales Forderungsmanagement“ bei der Serviceeinheit Finanzen angesiedelt. Dort werden bislang Forderungen des Amtes für Soziales und des Jugendamtes zentral bearbeitet. Ebenfalls zentral wird dort nun die Gesamtübersicht offener Forderungen des Bezirksamtes gepflegt. Die Übernahme weiterer Forderungen erfolgt sukzessive. Durch die zentrale Bearbeitung erfolgt die Bündelung höherer juristischer Kompetenz zu Fragen des Verwaltungsvollstreckungsrechts, insbesondere in Kosteneinziehungs- und Nachlassangelegenheiten. Damit gehen eine höhere Arbeitseffizienz und eine Entlastung der Fachämter einher. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Steuerungsdienst

Durch die Einführung eines neuen Fachbereichs Geschäftsprozessmanagement und Digitalisierung wurde 2017 einerseits entsprechenden Beschlüssen des Senats und des Abgeordnetenhauses Rechnung getragen, andererseits konnten damit die bisherigen Aktivitäten im Bereich Geschäftsprozessmanagement, die bis dahin im Fachbereich Personal- und Organisationsentwicklung wahrgenommen worden waren, mit dem gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagement zusammengeführt werden. Zudem wurde damit eine zentrale Anlaufstelle für Digitalisierungsvorhaben (insbesondere Einführung der digitalen Akte) geschaffen. Durch die Bündelung der Kompetenzen wird eine höhere Arbeitseffizienz erzielt.

ABTEILUNG BILDUNG, SPORT, KULTUR UND FACILITY MANAGEMENT

Serviceeinheit Facility Management

Mit Organisationsverfügung vom 15.05.2020 wurde das Baumanagement neu in den Fachgruppen Hochbau und technische Gebäudeausrüstung geordnet. Durch die Einführung von Sachgebietsebenen erfolgte eine Verbesserung der Aufgabenzuordnung und der Kommunikationswege. Dies wirkt sich in der gesamten Serviceeinheit positiv aus.

Schul- und Sportamt

Zum 01.04.2020 erfolgte eine Änderung der Zuständigkeit für die Poststelle des Schul- und Sportamtes per Organisationsverfügung vom 04.03.2020. Zum 01.06.2020 erfolgte eine Umstrukturierung des Verwaltungsbereichs der Jugendkunstschule mit Organisationsverfügung vom 26.03.2020. Zum 01.01.2021 erfolgte eine Umstrukturierung des gesamten Schul- und Sportamtes mit Organisationsverfügung vom 02.07.2020.

Die Bewältigung der Aufgaben konnte durch die vorstehenden Maßnahmen optimiert und effektiv erledigt werden.

ABTEILUNG ORDNUNG, UMWELT UND VERKEHR

Ordnungssamt

2018 wurde eine neue Arbeitsgruppe Spielhallen und Bewacher eingerichtet. Damit konnten die Mitarbeitenden des Bereichs Ordnungswidrigkeiten entlastet werden, da diese Aufgaben sehr speziell und zeitaufwändig waren. Aufgrund dessen konnten die berlinweit gesetzlich vorgegebenen Aufgaben zur Regelungen des Spielrechts erfolgreich und fristgerecht umgesetzt werden.

2019 wurde eine neue Arbeitsgruppe Tierschutz eingerichtet. Mit dieser Umstrukturierung konnte die Arbeit der Tierärztinnen effektiver gestaltet und eine gewisse Entlastung von nichtärztlichen Aufgaben herbeigeführt werden.

ABTEILUNG STADTENTWICKLUNG

Stadtentwicklungsamt

Im Jahre 2004 war das Bauberatungszentrum gegründet worden. Die Arbeitsbereiche gliederten sich in Ortsteile. Die Mitarbeitenden bearbeiteten innerhalb ihres Ortsteils alle städtebaulichen, planerischen und denkmalpflegerischen Aufgaben. Aufgrund der Zunahme der Komplexität der Aufgaben in den letzten Jahren war dies nicht mehr praktikabel, so dass spezialisierte Gruppen gebildet werden mussten. Diese Arbeitsgruppen sind im Wesentlichen die Bauberatung, die Bauleitplanung, der Denkmalschutz, die Freiraumplanung und die Fördergebiete. Durch diese Umstrukturierung konnten die Arbeiten zielgerichteter und teilweise auch in einem besseren zeitlichen Ablauf erfolgen.

ABTEILUNG SOZIALES UND GESUNDHEIT

Amt für Soziales

Aus dem Amt für Soziales wurde das Forderungsmanagement ausgegliedert und in die SE Finanzen im Hause eingegliedert (siehe oben). Die Unterhaltsstelle wurde wegen gesetzlicher Änderungen und damit Wegfall von Aufgaben aufgelöst und Mitarbeitende in die Rechtstelle und den Teilhabefachdienst umgesetzt. Die Leistungsmissbrauchsbekämpfung wurde aus der Pflegebedarfsermittlung im Fachbereich Hilfe zur Pflege und PBE direkt der

Fachbereichsleitung Recht, Kosteneinziehung und Unterhalt zugeordnet. Die Fachbereiche im Amt für Soziales wurden im Zeitraum seit 2012 mehrfach neu strukturiert.

Die Umstrukturierungen waren auf Grund von Gesetzesänderungen oder Änderung der Aufgabenzuschnitte des Amtes für Soziales innerhalb des Bezirksamtes alternativlos. Das Amt für Soziales musste neu organisiert werden, um die gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können und dienstfähig zu bleiben. Ergänzend waren Änderungen zwingend notwendig um insbesondere für die Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im Amt für Soziales besser aufgestellt zu sein.

Gesundheitsamt

Änderungen 2020 im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD): Einrichtung einer Ambulanz für physio- und ergotherapeutische Diagnostik im Gesundheitsamt; zusätzliches Personal durch freie Stellenanteile (Arbeitszeitreduzierungen) wurden dafür eingestellt, zu dem Einrichtung einer Stelle Medizinische Fachangestellte mit leitenden und koordinierenden Aufgaben (Leitende MFA). Das Personal konnte aufgrund der Änderungen besser organisiert werden:

Im therapeutischen Bereich konnte eine Personalverstärkung durch Zusammenfassung von verbleibenden Stellenresten aus Arbeitszeitreduzierungen erfolgen und ein niederschwelliges, sozialkompensatorisch ausgerichtetes therapeutisches Angebot für Kinder- und Jugendliche im Alter von 0-18 Jahren als Unterstützung der sozialpädiatrischen Arbeit auch außerhalb der Förderzentren aufgebaut werden; Ambulanz als Schnittstelle zwischen Kita/Schule und Gesundheitsversorgung; Ansprechpartner/innen für individuelle Fördermöglichkeiten und Hilfsangebote. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Ein zweiter Therapieraum wurde in 2023 eingerichtet.

Durch die inhaltliche Erweiterung des Aufgabengebietes einer MFA um den Aufgabenbereich „Praxismanagement“ wurde eine verlässliche Vertretung der Berufsgruppe der MFA gegenüber der KJGD-Leitung bzw. der sozialpädagogischen Gruppenleitung sowie den Therapeutinnen und Therapeuten geschaffen. Die Funktion der Leitenden trägt zur effizienteren Koordinierung der vielfältigen Anforderungen sowohl im medizinischen Bereich aber auch in den Verwaltungsabläufen unter der personalstarken Berufsgruppe der MFA bei, Optimierung der Arbeitsabläufe bei; durch ressourcenorientierte Organisation bzw. Koordination sowie ressourcenorientierte organisatorische Einsatzsteuerung, Verantwortung der Dienstorganisation, Vertretungsregelungen erfolgt Entlastung der anderen MFA und Ärzten, Steigerung der konstruktiven und effizienteren Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen im KJGD.

Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination im öffentlichen Gesundheitsdienst (QPK)

Auf Grundlage der 80^{plus} – Rahmenstrategie und der Richtlinien der Regierungspolitik sind 2018 waren in den Bezirken Stellen einer bezirklichen Altenhilfe-/Geratriekoordination zu etablieren. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung, insbesondere in der Gruppe der älteren und hochaltrigen Menschen in Berlin, sollten die bestehenden Strukturen so weiterentwickelt werden, dass sie den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft noch besser gerecht werden und die Zielgruppe dabei unterstützen, möglichst lange aktiv und eigenständig zu leben. 2019 wurde die Stelle der Geratriekoordination an die OE QPK angebunden. Die Tätigkeit der Geratriekoordination wirkte im Sinne eines umfassenden Verständnisses von Gesundheit in enger Zusammenarbeit mit relevanten Fachbereichen an der Förderung und Erhaltung gesunder Lebensbedingungen sowie bei der Schaffung der Teilhabe ermöglichernder Strukturen für die älteren und älter werdenden Menschen im Bezirk mit.

Folgende Organisationsstrukturen haben sich in den vergangenen Jahren ergeben:

1. Einrichtung QPK-Leitung
2. Neubesetzung Psychatriekoordination (2022)
3. Neueinstellung Suchtkoordination (2018)
4. Neubesetzung Geratriekoordination (2022)
5. Neubesetzung Gesundheitsberichtserstattung (2022)
6. Neubesetzung Gesundheitsförderung (voraussichtlich 01.12.2023)

Mit der Tätigkeit der Geratriekoordination innerhalb der OE QPK ist eine bedeutende Arbeitserweiterung für die bereits bestehenden Bereiche der Gesundheitsförderung sowie Psychatrie- und Suchtkoordination umgesetzt worden. Bedingt durch die Aufgabenstellung der OE QPK, nämlich die im Bezirksamt für den Bereich Gesundheit zuständige Leitung fachlich zu beraten und zu unterstützen, wurde die abteilungsinterne Zusammenarbeit gezielt gefördert und inhaltlich bei Planungsprozessen durch die geriatrisch-gerontologische Fachexpertise erweitert.

Aufgrund der Komplexität der Aufgabenbereiche sowie der Vielfalt der zu bearbeitenden Themen in den Bereichen der Psychatriekoordination, Suchtkoordination, Geratriekoordination sowie der Gesundheitsförderung wurde durch die Stellenbesetzung Leitung QPK die Vernetzung und Sicherstellung der einzelnen Fachaufgaben die Installierung einer Gesamtstrategie der QPK sichergestellt. Dadurch erfolgte sowohl die Koordination der bezirksinternen aber auch externe Zusammenarbeit mit den relevanten Abteilungen, Senatsverwaltungen, Verbänden und Akteuren in der gesundheitlichen Versorgung.

Die Geratriekoordination wirkte maßgeblich für den für den Aufbau des Verbunds Altenhilfe und Pflege Reinickendorf (VAPR) mit, durch diese soll allen älteren Menschen eine lückenlose Versorgung im Bereich der Altenhilfe und Pflege In Reinickendorf sichergestellt

werden. Durch den Aufbau und die Weiterentwicklung des Verbundes werden in den relevanten Lebensbereichen der älteren Menschen im Bezirk – Gesundheit, Wohnen, Mobilität, Teilhabe sowie Pflege Angebote sichergestellt und durch die Vernetzung der Akteure für die professionellen und Ehrenamtlichen eine Plattform der aktiven Kooperation zu fördern.

Im Bereich der Psychiatrie- und Suchtkoordination wurde die Steuerung einzelfallbezogener Hilfen im Rahmen des bezirklichen Steuerungsgremiums erfolgreich durchgeführt. Die Dokumentation der Versorgung von psychisch beeinträchtigten Menschen und Hilfesuchenden im Rahmen des Steuerungsgremiums verdeutlicht diese Entwicklung. Weiterhin ist durch die Psychiatrie- und Suchtkoordination die enge Vernetzungsarbeit auf Bezirks- und Landesebene sichergestellt. In der Mitwirkung in Bezirks- und Landesgremien wurden aktuelle Themen wie z.B. Flucht und Obdachlosigkeit durch Projekte mit Akteuren aus der Trägerlandschaft initiiert.

ABTEILUNG JUGEND UND FAMILIE

Jugendamt

Aufgrund der Gründung des Familienbüros in Reinickendorf 2020 und die damit verbundene Umstrukturierung in den Fachbereichen Elterngeld, Tagesbetreuung und Unterhaltsvorschuss seit 2022 wird die Erstberatung und die Antragsannahme überwiegend von den Dienstkräften des Familienbüros übernommen, so dass die Fachbereiche intensiver an den schwierigen Fällen und den Bewilligungen von Anträgen arbeiten können.

In Vertretung

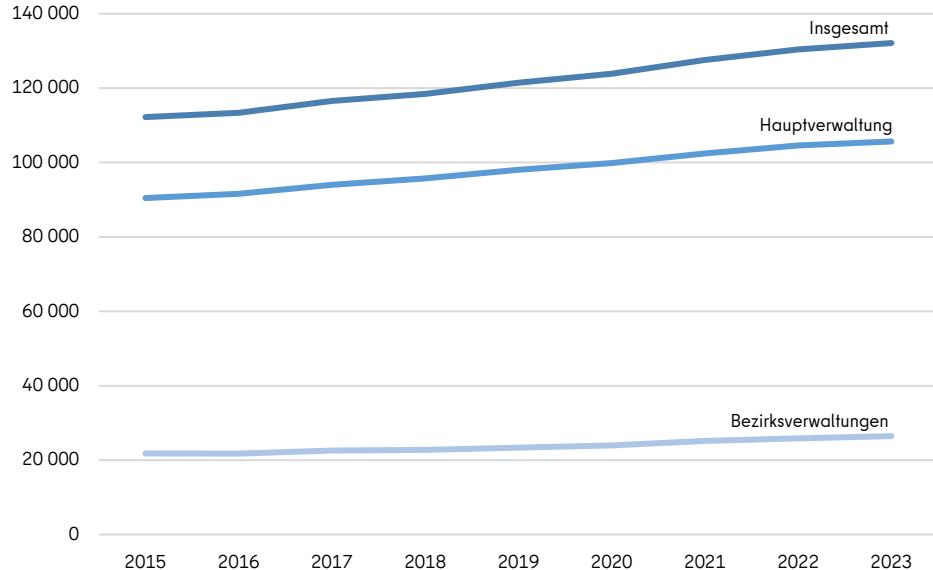
Wolfgang Schyrocki
Senatsverwaltung für Finanzen

Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Verwaltungsbereichen seit 2015

Jahr	Insgesamt	Verwaltungsbereich			
		Hauptverwaltung		Bezirksverwaltungen	
		abs.	in %	abs.	in %
2015	112 211	90 445	80,6	21 766	19,4
2016	113 330	91 574	80,8	21 756	19,2
2017	116 578	94 030	80,7	22 548	19,3
2018	118 410	95 697	80,8	22 713	19,2
2019	121 420	98 036	80,7	23 384	19,3
2020	123 812	99 875	80,7	23 937	19,3
2021	127 549	102 409	80,3	25 140	19,7
2022	130 418	104 546	80,2	25 872	19,8
2023	132 104	105 651	80,0	26 453	20,0

2015 ≡ 100					
2015	100	100	x	100	x
2016	101,0	101,2	x	100,0	x
2017	103,9	104,0	x	103,6	x
2018	105,5	105,8	x	104,4	x
2019	108,2	108,4	x	107,4	x
2020	110,3	110,4	x	110,0	x
2021	113,7	113,2	x	115,5	x
2022	116,2	115,6	x	118,9	x
2023	117,7	116,8	x	121,5	x

Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Verwaltungsbereichen seit 2015



Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2015	2016
Hauptverwaltung insgesamt	90 444	91 574
02 - Verfassungsgerichtshof	6	5
Verfassungsgerichtshof	6	5
03 - RBm - Skzl	460	457
RBm - Skzl - außer Kultur	207	202
RBm - Skzl - Kultur	253	255
05 - Inneres und Sport	28 295	28 447
SenInnDS - Inneres	962	957
SenInnDS - Sport	189	191
PolPräs	21 735	21 844
Feuerwehr	3 912	3 903
LABO	967	1 013
LVwA	530	539
06 - JustV	9 682	9 540
SenJustV	375	384
Generalstaatsanwaltschaft	91	94
Staatsanwaltschaft	917	890
Amtsanwaltschaft	208	206
Kammergericht	453	456
Landgericht	761	755
Amtsgerichte	3 527	3 476
Oberverwaltungsgericht BB	73	74
Verwaltungsgericht	218	214
Sozialgericht	389	383
Justizvollzugsanstalten	2 670	2 608

—
¹ jeweils im Januar

² Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse über die Zeit sind mögliche Veränderungen der Grundgesamtheit u. a. durch Ein- und Ausgliederungen von Behörden/Bereichen in den bzw. aus dem unmittelbaren Landesdienst Berlin zu berücksichtigen. Ein Vergleich der Auswertungsergebnisse für die Hauptverwaltung über mehrere Legislaturperioden ist durch Umbenennungen der Organisationseinheiten, Errichtung oder Schließung der Buchungskreise und veränderte Zuordnung der Bereiche/Behörden und untergeordneten Einheiten nicht möglich. Aus diesem Grunde können Vergleiche nur für Ergebnisse innerhalb einer Legislaturperiode vorgenommen werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die durch die Wahlen eintretenden oben genannten Veränderungen der Verwaltungsstruktur unterschiedliche Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen.

Noch: Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2015	2016
09 - ArblIntFrau	634	623
SenArblIntFrau	264	261
Arbeitsgerichtsbarkeit	229	226
LaGetSi	141	136
10 - BildJugWiss	39 676	40 839
SenBildJugWiss	1 347	1 348
Berliner Landeszentrale für pol. Bildungsarbeit	5	6
Schulen	38 028	39 174
Sozialpäd. Fortbildungsinst. BB	54	52
Sekretariat der KMK	242	259
11 - GesSoz	1 558	1 666
SenGesSoz	369	368
LI für gerichtl. u. soziale Medizin	49	51
Gemeinsames Krebsregister	24	24
LAGeSo	869	983
WASt	247	240
LAF	-	240
12 - StadtUm	2 011	2 031
SenStadtUm	1 596	1 600
Berliner Forsten	227	228
Pflanzenschutzzamt	27	27
Landesdenkmalamt	38	38
Verkehrslenkung Berlin	106	120
Gem. Obere Luftfahrtb. BB	4	4
Fischereiamt	13	14
13 - WiTechForsch	394	396
SenWiTechForsch	394	396
15 - Finanzen	7728	7570
SenFin	580	569
Landeshauptkasse	61	60
Finanzämter	6497	6520
Ehemaliger zentraler PÜ (Kap. 1599)	590	421

Noch: Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2017 ³	2018	2019	2020	2021
Hauptverwaltung insgesamt	94 017	95 697	98 036	99 875	102 409
03 - RBm - Skzl	573	626	670	711	729
RBm - Skzl - außer Wissenschaft und Forschung	204	227	257	275	278
RBm - Skzl - Wissenschaft und Forschung	78	78	77	79	84
Sekretariat der KMK	291	321	336	357	367
05 - InnDS (bis 2018 Inneres und Sport)	28 165	28 608	29 110	29 561	30 310
SenInnDS	-	-	-	-	1 140
SenInnDS - Inneres	1 010	992	993	1 060	207
SenInnDS - Sport	192	202	203	207	23 498
PolPräs	22 009	22 322	22 662	23 007	23 498
Feuerwehr	3 912	4 008	4 068	4 129	4 244
LABO	1 042	1 084	1 184	680	687
LEA	-	-	-	478	534
06 - JustVA inkl. 02 - VerfGH	9563	9 647	9 938	9 921	10 061
Verfassungsgerichtshof	6	5	5	6	6
SenJustVA	397	407	409	420	446
Generalstaatsanwaltschaft	93	100	108	104	106
Staatsanwaltschaft	904	912	972	946	972
Amtsanwaltschaft	204	204	208	203	206
Kammergericht	483	494	543	551	549
Landgericht	771	782	795	834	843
Amtsgerichte	3 409	3 450	3 482	3 479	3 515
Oberverwaltungsgericht BB	74	75	80	77	77
Verwaltungsgericht	228	246	262	266	278
Sozialgericht	391	394	391	378	363
Justizvollzugsanstalten	2 603	2 583	2 683	2 657	2 700
07 - UVK	1232	1 311	1 359	1 401	1 383
SenUVK	828	901	938	1 113	1 098
Fischereiamt	14	12	12	11	13
Verkehrslenkung Berlin	128	135	142	2	-
Gem. Obere Luftfahrtb. BB	4	4	3	3	3
Berliner Forsten	232	233	238	243	241
Pflanzenschutzaamt	26	26	26	29	28
08 - KultEuropa	324	337	364	378	417
SenKultEuropa	170	179	189	192	212
Kultureinrichtungen	111	116	128	124	141
Ob. Denkmalschutzbeh. u. Landesdenkmalamt	43	42	47	62	64

¹ jeweils im Januar

² Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse über die Zeit sind mögliche Veränderungen der Grundgesamtheit u. a. durch Ein- und Ausgliederungen von Behörden/Bereichen in den bzw. aus dem unmittelbaren Landesdienst Berlin zu berücksichtigen. Ein Vergleich der Auswertungsergebnisse für die Hauptverwaltung über mehrere Legislaturperioden ist durch Umbenennungen der Organisationseinheiten, Errichtung oder Schließung der Buchungskreise und veränderter Zuordnung der Bereiche/Behörden und untergeordneten Einheiten nicht möglich. Aus diesem Grunde können Vergleiche nur für Ergebnisse innerhalb einer Legislaturperiode vorgenommen werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die durch die Wahlen eintretenden oben genannten Veränderungen der Verwaltungsstruktur unterschiedliche Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen.

³ Januar 2017 mit Sicht November 2017, da erst zu dieser Zeit die Umsetzung der Umressortierung nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im IPV-Verfahren durch die Dienststellen weitestgehend abgeschlossen wurde.

Noch: Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2017 ³	2018	2019	2020	2021
09 - GPG	379	382	399	413	437
SenGPG	302	305	319	334	359
LI für gerichtl. u. soziale Medizin	54	54	54	56	57
Gemeinsames Krebsregister	23	23	26	23	21
10 - BildJugFam	42472	43 447	44 977	46 140	47 545
SenBildJugFam	1 354	1 481	1 623	1 736	1 839
Berliner Landeszentrale für pol. Bildung	8	8	10	18	22
Schulen	41 058	41 905	43 286	44 332	45 628
Sozialpäd. Fortbildungsinst. BB	52	53	58	54	56
11 - IAS	2042	2 147	1 989	2 094	2 178
SenIAS	328	344	377	385	401
Arbeitsgerichtsbarkeit	221	227	232	233	232
LAGeSi	134	132	142	146	142
LAGeSo	699	736	768	825	864
WAST	236	236	-	-	-
LAF	424	472	470	505	539
12 - StadtWohn	860	826	909	926	962
SenStadtWohn	860	826	909	926	962
13 - WiEnBe	377	377	387	422	426
SenWiEnBe	377	377	387	422	426
15 - Fin	8 030	7 984	7 934	7 908	7 961
SenFin	559	630	666	680	664
Landeshauptkasse	57	56	58	55	-
Landesfinanzservice	-	-	-	-	100
Finanzämter	6 517	6 534	6 548	6 514	6 537
LVwA	633	612	574	595	603
Ehemaliger zentraler PÜ (Kap. 1599)	264	152	88	64	57

Noch: Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2022	2023
Hauptverwaltung insgesamt	104 546	105 651
03 - RBm - Skzl	336	269
RBm - Skzl	280	269
Auslaufende Kapitel d. 18. Legislaturperiode	56	-
05 - InnDS	31 174	31 551
SenInnDS	1526	1 572
Polizei	23 902	24 121
Feuerwehr	4 423	4 522
LABO	743	743
LEA	580	593
06 - JustVA inkl. 02 - VerfGH	10 100	10 089
SenJustVA	287	287
Generalstaatsanwaltschaft	120	122
Staatsanwaltschaft	977	954
Amtsanwaltschaft	199	201
Kammergericht	567	577
Landgericht	852	868
Amtsgerichte	3 495	3 487
Verwaltungsgericht	280	285
Sozialgericht	369	355
Justizvollzugsanstalten	2 728	2 730
Soziale Dienste der Justiz	141	139
Sonstige Behörden im Epl. 06 inkl. 02	85	84
07 - UMVK	1 437	1 500
SenUMVK	1 151	1 217
Forsten	243	241
Sonstige Behörden im Epl. 07	43	42
08 - KultEuropa	423	442
SenKultEuropa	225	240
Sonstige Behörden im Epl. 08	198	202

—
¹ jeweils im Januar

² Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse über die Zeit sind mögliche Veränderungen der Grundgesamtheit u. a. durch Ein- und Ausgliederungen von Behörden/Bereichen in den bzw. aus dem unmittelbaren Landesdienst Berlin zu berücksichtigen. Ein Vergleich der Auswertungsergebnisse für die Hauptverwaltung über mehrere Legislaturperioden ist durch Umbenennungen der Organisationseinheiten, Errichtung oder Schließung der Buchungskreise und veränderter Zuordnung der Bereiche/Behörden und untergeordneten Einheiten nicht möglich. Aus diesem Grunde können Vergleiche nur für Ergebnisse innerhalb einer Legislaturperiode vorgenommen werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die durch die Wahlen eintretenden oben genannten Veränderungen der Verwaltungsstruktur unterschiedliche Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen.

Noch: Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Einzelplänen/Behörden der Hauptverwaltung

Einzelplan Behörde/Bereich ²	2022	2023
09 - WPG	855	957
SenWPG	427	470
Sekretariat der KMK	355	420
Sonstige Behörden im Epl. 09	73	67
10 - BJF	48 505	48 995
SenBJF	1 898	1 960
Schulen	46 528	46 963
Sonstige Behörden im Epl. 10	79	72
11 - IAS	2 238	2 304
SenIAS	411	430
Arbeitsgerichtsbarkeit	230	218
LAGeSi	134	134
LAGeSo	905	932
LAF	558	590
12 - SBW	990	987
SenSBW	990	987
13 - WiEnBe	451	438
SenWiEnBe	451	438
15 - Fin	8 037	8 119
SenFin	703	721
Landesfinanzservice	99	102
Finanzämter	6 586	6 661
LVwA	605	598
Ehemaliger zentraler PÜ (Kap. 1599)	44	37

Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst Berlin nach Jahren¹ und Bezirken/Einzelplänen der Bezirksverwaltungen

Bezirke --- Einzelpläne	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Bezirksverwaltungen insgesamt	21 766	21 756	22 548	22 713	23 384	23 937	25 140	25 872	26 453
Mitte	2 422	2 428	2 614	2 645	2 800	2 884	3 041	3 098	3 176
Friedrichshain-Kreuzberg	1 811	1 818	1 891	1 798	1 881	1 930	2 020	2 042	2 110
Pankow	2 174	2 179	2 319	2 316	2 360	2 419	2 527	2 635	2 677
Charlottenburg-Wilmersdorf	1 828	1 806	1 884	1 862	1 884	1 884	2 047	2 101	2 207
Spandau	1 530	1 522	1 592	1 598	1 684	1 755	1 832	1 926	2 000
Steglitz-Zehlendorf	1 797	1 754	1 821	1 863	1 918	1 974	2 012	2 037	2 088
Tempelhof-Schöneberg	1 783	1 771	1 831	1 849	1 927	2 013	2 133	2 222	2 295
Neukölln	1 713	1 771	1 816	1 901	1 926	1 976	2 058	2 172	2 140
Treptow-Köpenick	1 715	1 709	1 736	1 743	1 775	1 813	1 924	1 959	2 002
Marzahn-Hellersdorf	1 656	1 642	1 629	1 618	1 643	1 629	1 762	1 814	1 832
Lichtenberg	1 856	1 869	1 889	1 930	1 986	2 033	2 128	2 152	2 164
Reinickendorf	1 481	1 487	1 526	1 590	1 600	1 627	1 656	1 714	1 762
Einzelpläne insgesamt	21 766	21 756	22 548	22 713	23 384	23 937	25 140	25 872	26 453
31 - BV-Versammlung	43	44	41	39	38	35	39	37	41
33 - BA - Pol.-Adm. Bereich	3 441	3 415	3 387	3 498	3 632	3 794	3 988	4 159	4 244
34 - Ordnungsamt	1 155	1 134	1 140	1 170	1 188	1 215	1 259	1 325	1 302
35 - Amt für Bürgerdienste	1 279	1 336	1 415	1 412	1 420	1 434	1 535	1 574	2 001
36 - Amt für Weiterbildung u. Kultur	1 368	1 355	1 353	1 374	1 505	1 568	1 627	1 691	1 698
37 - Schul- und Sportamt	1 379	1 411	1 508	1 547	1 551	1 558	1 657	1 665	1 668
38 - Straßen- und Grünflächenamt	2 832	2 778	2 783	2 766	2 840	2 969	3 088	3 188	3 233
39 - Amt für Soziales	3 505	3 529	3 578	3 602	3 586	3 592	3 585	3 572	3 701
40 - Jugendamt	3 517	3 508	3 580	3 569	3 740	3 829	3 919	3 963	3 958
41 - Gesundheitsamt	1 591	1 597	1 642	1 660	1 739	1 785	2 184	2 376	2 229
42 - Stadtentwicklungsamt	1 288	1 282	1 294	1 272	1 306	1 318	1 363	1 401	1 393
43 - Umwelt- und Naturschutzamt	316	315	314	309	325	334	356	355	361
45 - Allg. Finanzangelegenheiten	52	52	49	49	48	43	50	49	47
95 - Parkraumbewirtschaftung ²	-	-	464	446	466	463	490	517	577

—
1 jeweils im Januar

2 Die Beschäftigten der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirksverwaltungen sind erst ab 2017 in der Grundgesamtheit enthalten.

Impressum

Herausgeber

Statistikstelle Personal
bei der Senatsverwaltung für Finanzen
Klosterstraße 59
10179 Berlin

Marcus Zager, Referatsleitung
Telefon 030 9020 - 4800

Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen

Für die Durchführung der Personalstrukturstatistik für den unmittelbaren Landesdienst Berlin wurde die Statistikstelle Personal bei der für die Überwachung und Steuerung der Personalausgaben zuständigen Senatsverwaltung, der Senatsverwaltung für Finanzen, eingerichtet. Sie ist entsprechend § 2 des Personalstrukturstatistikgesetzes organisatorisch, personell und räumlich von den anderen Organisationseinheiten getrennt und abgeschottet.

Die Statistikstelle Personal ist eine amtlich betraute Stelle zur Durchführung einer Landesstatistik im Sinne des § 16 Abs. 2 Landesstatistikgesetz.

Die Statistikstelle Personal ist zur Wahrung der Grundsätze der Neutralität, der Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit bei der Erhebung, Aufbereitung, Darstellung und Analyse der Daten verpflichtet.

Auskünfte

Kerstin Döring-Kahl
Telefon 030 9020 - 4806
E-Mail SENFINStatistikstelle@senfin.berlin.de

Intranet

www.b-intern.de/wb/statistikstelle-personal

Internet

[https://www.berlin.de/sen/finanzen/personal/
personalstatistik/artikel.13543.php](https://www.berlin.de/sen/finanzen/personal/personalstatistik/artikel.13543.php)

© Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung auch auszugsweise gestattet. Auch die Verbreitung via Internet, Intranet oder als Print ist nicht eingeschränkt und bedarf keiner ausdrücklichen Genehmigung durch die Statistikstelle Personal.

Eine Quellenangabe ist jedoch erforderlich. Die Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, ist als Herausgeber in den Quellennachweis aufzunehmen. Änderungen, Streichungen/Kürzungen oder Auslassungen, neue Gestaltungen oder sonstige Abwandlungen sind als solche kenntlich zu machen bzw. im Quellennachweis mit dem Hinweis zu versehen, dass die Daten geändert, nur als Berechnungsgrundlage verwendet oder verändert dargestellt wurden.

Allgemeine methodische Hinweise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Personalstruktur und der Personalkosten im unmittelbaren Landesdienst (Personalstrukturstatistikgesetz - PSSG) vom 2. Dezember 2004, GVBl., 60. Jg., Nr. 48 vom 14. Dezember 2004, S. 490.

Datenerhebung

In den einzelnen Personalverwaltungen dezentral vorhandene Beschäftigtendaten werden in pseudonymisierter Form über eine Schnittstelle aus dem Verfahren „Integrierte Personalverwaltung“ monatlich an die zentrale Personalstrukturdatenbank der Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen übergeben.

Stand der Ergebnisse

In die Ergebnisse sind, sofern nicht anders angegeben, die in den zwei Folgemonaten in den Personalstellen eingepflegten rückwirkenden Änderungen eingeflossen. Das heißt, Berichtsmonat und Stand liegen zwei Monate auseinander. Erst zu diesem Zeitpunkt ist ein relativ stabiler Datenstand erreicht.

Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit umfasst Beschäftigte des unmittelbaren Landesdienstes, die im Abrechnungsmodul des Verfahrens „Integrierte Personalverwaltung“ geführt werden, und zwar der

- Hauptverwaltung und der
- Bezirksverwaltungen.

Einbezogen sind die Beurlaubten und die geringfügig Beschäftigten. Seit 2014 sind die Beschäftigten der Berliner Forsten mit Tätigkeiten in der Waldbearbeitung in der Hauptverwaltung und ab Januar 2017 die Beschäftigten in der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirksverwaltungen in der Grundgesamtheit enthalten. Ab dem Berichtsjahr 2019 sind die Beschäftigten der Wehrmachtauskunftsstelle (WAS) nicht mehr in der Grundgesamtheit enthalten.

Die Beschäftigten des Verfassungsgerichtshofes werden der Hauptverwaltung zugeordnet. Sie sind dem Einzelplan 06 - Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung zugeordnet.

Nicht enthalten in der Grundgesamtheit sind die Beschäftigten

- der Verwaltung des Abgeordnetenhauses,
- des Rechnungshofes,
- des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- der Betriebe nach § 26 LHO,
- der Eigenbetriebe und
- in Ausbildung.

Beschäftigte in Ausbildung werden in den langen Reihen nachrichtlich ausgewiesen.

Genauigkeit

Die Qualität der Personalstrukturstatistik hängt wesentlich davon ab, wie die aus dem Verfahren „Integrierte Personalverwaltung“ erhobenen Merkmale vor Ort gepflegt werden. Sofern die Merkmale bedeutsam für die Bezügezahlung sind, sind sie als zuverlässig anzusehen.

Zeitliche Vergleichbarkeit

Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse über die Zeit sind mögliche Veränderungen der Grundgesamtheit u. a. durch Ein- und Ausgliederungen von Behörden/Bereichen in den bzw. aus dem unmittelbaren Landesdienst Berlin zu berücksichtigen.

Geheimhaltung und Datenschutz

Nach § 16 des Gesetzes über die Statistik im Land Berlin (Landesstatistikgesetz LStatG) sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts Anderes bestimmt ist.

Vollzeitäquivalente

Die Berechnung der Zahl der Vollzeitäquivalente erfolgt durch Aufsummieren der individuellen Arbeitszeitfaktoren der Beschäftigten. Auftretende Abweichungen sind auf Rundungen bzw. auf die Aufsummierung zu unterschiedlichen Aggregationsebenen zurückzuführen.

Alter

Es wird das Alter ausgewiesen, das von den Beschäftigten im Berichtsjahr erreicht wird.

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- [] Zahlenwert in Klammern: Zusammenfassung mehrerer Tabellenfelder
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- | grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt

Anlage 2 zum Hauptausschussbericht
hier: Stellenentwicklung bei den Berliner Senatsverwaltungen
Aufgrund von Änderungen der Ressortzuschnitten ist eine Vergleichbarkeit
nach Jahren nicht immer gewährleistet

		Stellenanteile ²⁾													
Einzelplan ¹⁾		Beamte / Tarifbeschäftigte		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
01	Abgeordnetenhaus	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		51,000	51,000	51,000	51,000	54,000	54,000	58,000	60,000	63,000	63,000	67,000	67,000
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		101,500	101,500	102,250	102,250	103,250	104,250	103,250	103,250	116,250	116,250	118,250	118,250
Abgeordnetenhaus Gesamt		152,500		152,500	153,250	153,250	157,250	158,250	161,250	163,250	179,250	179,250	185,250	185,250	
02	Verfassungsgerichtshof	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000	4,000
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		2,000	2,000	2,500	2,500	2,000	2,000	2,000	2,000	2,000	2,000	2,000	2,000
Verfassungsgerichtshof Gesamt		6,000		6,000	6,500	6,500	6,000								
03	Regierende/r Bürgermeister/in	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		134,750	134,750	154,000	154,000	156,940	183,308	202,808	202,808	217,808	222,808	111,500	111,500
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		235,720	236,720	263,720	269,280	319,125	330,695	346,195	380,635	407,135	160,810	160,810	160,810
Regierende/r Bürgermeister/in Gesamt		370,470		371,470	417,720	417,720	426,220	502,433	533,503	549,003	598,443	629,943	272,310	272,310	
05	Innenes und Sport	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		22.183,170	22.199,170	22.391,196	22.472,196	23.197,085	23.269,695	23.742,552	24.259,552	24.994,952	25.737,952	25.752,432	26.452,432
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		5.646,013	5.641,013	5.697,729	5.745,949	6.080,878	5.785,578	5.728,068	5.799,568	5.853,802	5.938,302	6.061,652	6.187,652
Innenes und Sport Gesamt		27.829,183		27.840,183	28.088,925	28.218,145	29.277,963	29.055,273	29.470,620	30.059,120	30.848,754	31.676,254	31.814,084	32.640,084	
06	Justiz und Verbraucherschutz	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		7.641,135	7.665,635	7.735,460	7.735,460	7.863,560	7.958,410	8.081,060	8.184,060	8.286,310	8.415,310	8.391,105	8.439,885
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		1.885,907	1.885,907	1.872,717	1.872,717	1.805,270	1.826,010	1.831,260	1.805,260	1.828,260	1.838,260	1.857,038	1.861,038
Justiz und Verbraucherschutz Gesamt		9.527,042		9.551,542	9.608,177	9.608,177	9.668,830	9.784,420	9.912,320	9.989,320	10.114,570	10.253,570	10.248,143	10.300,923	
07	Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen							353,750	419,250	429,250	446,250	455,250	534,150	542,150
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾							829,390	915,750	930,520	966,360	989,110	1.044,190	1.063,380
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Gesamt		1.183,140		1.335,000	1.359,770	1.412,610	1.444,360	1.578,340	1.605,530						
08	Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen							108,940	121,000	121,000	122,500	125,000	126,000	127,000
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾							180,415	199,605	202,605	232,605	253,605	263,605	270,605
Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Gesamt		289,355		320,605	323,605	355,105	378,605	389,605	397,605						
09	Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		395,370	397,370	401,275	342,275	347,025	138,275	173,025	175,525	175,025	181,025	319,228	319,228
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		257,825	258,475	262,590	262,090	267,590	198,660	211,950	214,450	237,050	248,050	566,565	593,315
Wissenschaft, Gesundheit und Pflege Gesamt		653,195		655,845	663,865	604,365	614,615	336,935	384,975	389,975	412,075	429,075	885,793	912,543	
10	Bildung, Jugend und Familie	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		23.648,282	23.598,282	20.785,914	20.786,664	19.007,124	18.915,141	17.387,767	17.460,767	16.651,817	16.783,317	32.052,648	28.404,226
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		8.703,781	8.549,951	13.408,684	14.014,684	17.433,579	17.921,255	21.054,223	22.125,172	23.081,941	23.865,755	9.675,412	14.067,412
Bildung, Jugend und Familie Gesamt		32.352,063		32.148,233	34.194,598	34.801,348	36.440,703	36.836,396	38.441,990	39.585,939	39.733,758	40.649,722	41.728,060	42.471,638	
11	Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		472,210	472,710	466,010	466,010	512,710	837,960	892,460	892,460	956,810	991,310	1.033,785	1.048,785
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		1.026,110	1.016,610	1.025,160	1.020,160	1.129,410	1.188,600	1.256,260	1.306,260	1.283,430	1.316,430	1.349,830	1.373,830
Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung Gesamt		1.498,320		1.489,320	1.491,170	1.486,170	1.642,120	2.026,560	2.148,720	2.198,720	2.240,240	2.307,740	2.383,615	2.422,615	
12	Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		565,365	565,965	591,940	590,160	623,350	275,450	285,700	297,700	323,630	325,630	328,380	329,380
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		1.361,090	1.350,709	1.410,039	1.399,559	1.398,692	558,317	635,622	663,622	698,050	717,050	720,360	721,360
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Gesamt		1.926,455		1.916,674	2.001,979	1.989,719	2.022,042	833,767	921,322	961,322	1.021,680	1.042,680	1.048,740	1.050,740	
13	Wirtschaft, Energie und Betriebe	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		197,450	197,450	208,430	207,630	219,280	208,705	221,825	221,825	224,625	229,625	242,250	248,250
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		153,228	152,228	151,701	149,501	147,816	139,816	156,730	168,730	187,000	192,000	206,200	209,200
Wirtschaft, Energie und Betriebe Gesamt		350,678		349,678	360,131	357,131	367,096	348,521	378,555	390,555	411,625	421,625	448,450	457,450	
15	Finanzen	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		5.577,183	5.617,183	5.708,500	5.686,250	5.710,600	5.946,990	6.144,670	6.157,170	6.355,970	6.548,970	6.678,220	6.805,220
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		1.240,997	1.238,997	1.735,411	1.642,911	1.434,793	1.641,393	1.572,108	1.529,358	1.492,612	1.493,612	1.546,763	1.585,763
Finanzen Gesamt		6.818,180		6.856,180	7.443,911	7.329,161	7.145,393	7.588,383	7.716,778	7.686,528	7.848,582	8.042,582	8.224,983	8.390,983	
20	Rechnungshof	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		214,000	214,000	213,000	213,000	208,000	208,000	209,000	209,000	221,000	232,000	248,000	249,000
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		34,000	34,000	33,000	33,000	37,000	37,000	36,000	36,000	37,000	38,000	25,000	25,000
Rechnungshof Gesamt		248,000		248,000	246,000	246,000	245,000	245,000	245,000	245,000	245,000	258,000	270,000	273,000	274,000
21	Beauftragte / Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen		22,000	22,000	24,000	24,000	25,000	25,000	35,000	35,000	45,000	54,000	57,000	57,000
		Planmäßige Tarifbeschäftigte ³⁾		18,000	18,000	18,000	18,000	19,000	19,000	22,000	22,000	34,000	34,000	37,000	37,000
Beauftragte / Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Gesamt		40,000		40,000	42,000	42,000	44,000	44,000	57,000	57,000	79,000	88,000	94,000	94,000	
22	Bürger- und Polizeibeauftragte / Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	Planmäßige Beamte/innen, Richter/innen						</td							

Anlage 3 zum Hauptausschussbericht
hier: Stellenbesetzungsstand zum 30.06.2023*

EP	Verwaltung	Stellen/BePos lt. Plan 2023 in VZÄ	davon unbesetzt am 30.06.2023 in VZÄ	unbesetzt in %	Bemerkungen
03	RBm - Skzl	279,81	28,31	10,12	Meldung ohne 0500 - Stabsstelle CDO und Abt. V und Abt. IV (zukünftig Epl. 03) Meldung ohne 0830 - Europa (zukünftig Epl. 03)
05	SenInnSport - Stamm	786,22	79,48	10,11	
05	SenInnSport - ehemalige Abt. V + Abt. VI	133,00	39,00	29,32	Meldung noch bei Epl. 05 (zukünftig Epl. 03)
05	SenInnSport - Polizei (Verwaltung)	3.369,75	394,00	11,69	
05	SenInnSport - Polizeivollzug	18.616,00	268,00	1,44	
05	SenInnSport - vollzugsnaher Polizeidienst	2.573,67	93,00	3,61	
05	SenInnSport - Feuerwehr (Verwaltung)	518,50	101,47	19,57	
05	SenInnSport - feuerwehrtechnischer Dienst	4.460,00	366,05	8,21	
05	SenInnSport - LABO	758,02	68,75	9,07	
05	SenInnSport - LEA	630,42	150,00	23,79	
06	SenJustV - Stamm	307,40	22,33	7,27	
06	SenJustV - Gerichte*	6.913,78	301,49	4,36	* sind 7 nachrichtliche Stellen enthalten
06	SenJustV - JVA (Verwaltung)	780,25	60,00	7,69	
06	SenJustV - JVA (Vollzug)	2.158,47	124,60	5,77	
06	SenJustV - SozDJ	155,40	14,50	9,33	
07	SenMVKU	1.522,68	146,49	9,62	
08	SenKultGZ	403,61	22,68	5,62	Meldung inkl. 0830 - Europa (zukünftig Epl. 03) Meldung inkl. 0840 und 0841 - Oberste Denkmalschutzbehörde und das Landesdenkmalamt Berlin (zukünftig Epl. 12)
09	SenWGP	587,17	70,75	12,05	Meldung inkl. 0950 - Frauen und Gleichstellung (zukünftig Epl. 11)
10	SenBJF - Stamm	2.157,03	109,55	5,08	
10	SenBJF - Schule	40.750,00	1.098,28	2,70	
11	SenASGIVA - Stamm	485,35	61,00	12,57	Meldung ohne 0950 - Frauen und Gleichstellung (zukünftig Epl. 11 - Kapitel 1180)
11	SenASGIVA - LAGeISi	203,40	72,00	35,40	
11	SenASGIVA - LAGeSo	984,57	43,00	4,37	
11	SenASGIVA - LAF	535,45	63,70	11,90	
12	SenSBW	1.049,04	96,50	9,20	Meldung ohne 0840 und 0841 - Oberste Denkmalschutzbehörde und das Landesdenkmalamt Berlin (zukünftig Epl. 12)
13	SenWiEnBe	476,95	11,50	2,41	
15	SenFin - Stamm	782,65	86,65	11,07	
15	SenFin - LVwA	598,35	51,72	8,64	
15	SenFin - LFS	121,00	22,00	18,18	
15	SenFin - VAk	87,00	13,00	14,94	
15	SenFin - Finanzämter	6.940,20	700,17	10,09	
Summe		100.125,13	4.779,97	4,77	

Anlage 3 zum Hauptausschussbericht
hier: Stellenbesetzungsstand zum 30.06.2023*

Bezirk		Stellen/BePos lt. Plan 2023 in VZÄ	davon unbesetzt am 30.06.2023 in VZÄ	unbesetzt in %
31	Mitte	2.818,77	394,67	14,00
32	Friedrichshain-Kreuzberg	1.860,19	150,55	8,09
33	Pankow	2.380,06	148,03	6,22
34	Charlottenburg-Wilmersdorf	2.146,19	254,06	11,84
35	Spandau	1.989,27	139,55	7,02
36	Steglitz-Zehlendorf	2.007,19	198,20	9,87
37	Tempelhof-Schöneberg	2.558,18	434,00	16,97
38	Neukölln	1.992,01	168,33	8,45
39	Treptow-Köpenick	2.102,97	358,00	17,02
40	Marzahn-Hellersdorf	1.943,88	314,20	16,16
41	Lichtenberg	2.093,37	164,30	7,85
42	Reinickendorf	1.675,72	98,92	5,90
Summe		25.567,80	2.822,81	11,04

Stellenbesetzungsstand per **30.06.2023**

	Stellen/BePos lt. Plan 2023 in VZÄ	davon unbesetzt am 30.06.2023 in VZÄ	unbesetzt in %
Hauptverwaltung	100.125,13	4.779,97	4,77
Bezirksverwaltung	25.567,80	2.822,81	11,04
Summe	125.692,93	7.602,78	6,05

Stellenbesetzungsstand per **31.12.2022**

	Stellen/BePos lt. Plan 2023 in VZÄ	davon unbesetzt am 30.06.2023 in VZÄ	unbesetzt in %
Hauptverwaltung	98.742,44	4.083,81	4,14
Bezirksverwaltung	25.096,72	2.730,44	10,88
Summe	123.839,16	6.814,25	5,50

Anlage 3 zum Hauptausschussbericht
hier: Stellenbesetzungsstand zum 30.06.2023*

* Nicht in der Basis Stellenbestand enthalten und somit auch nicht zu berücksichtigen sind:	
Bezeichnung	Kapitel, Titel bzw. Bereich
KMK	0991
Krebsregister	0922
ZdL	1502
Personalüberhang	xx09, 1599, 3390
Anwärter/Ausbildung	42221, 42821
Fremdfinanzierte	42231, 42830, 42831
EFRE	42896, 42897
aus zweckgeb. Einnahmen Finanzierte	42290, 42890
übernommene Ausbildungsbacheloriten	Bereich 1515 (42801 ggf. 42811; alle)
beamte Nachwuchskräfte	Bereich 2056 (42201; nur Epl 05)

4.2.1 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Kapiteln

Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Hauptverwaltung und Bezirksverwaltungen insgesamt	132 104	124 584	7 430	90	2 523	3 350	3 698	4 385	4 712	4 730
Hauptverwaltung insgesamt	105 651	100 142	5 424	85	1 838	2 485	2 765	3 351	3 674	3 671
03 - RBm - Skzl	269	235	34	-	.	.	8	12	8	11
RBm - Skzl	269	235	34	-	.	.	8	12	8	11
0300 Senatskanzlei	267	233	34	-	.	.	8	12	8	11
0309 Senatskanzlei - Personalüberhang -	2	2	-	-	.	.	-	-	-	-
05 - InnDS	31 551	30 986	563	2	245	422	585	972	1 056	1 021
SenInnDS	1 572	1 323	248	1	12	21	33	28	36	33
0500 SenInnDS - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	1 116	900	216	-	1	9	13	12	13	17
0509 SenInnDS - Personalüberhang -	19	19	-	-	1	1	1	-	4	-
0510 SenInnDS - Sport -	62	44	17	1	1	1	1	-	3	1
0511 Olympiapark Berlin	45	40	5	-	-	3	-	7	4	-
0512 Sportforum Berlin	117	107	10	-	6	3	11	6	5	10
0520 SenInnDS - Verfassungsschutz -	213	213	-	-	3	4	7	3	7	5
Polizei	24 121	23 865	255	1	154	217	346	731	823	795
0531 Polizei Berlin - Behördenleitung -	219	219	-	-	3	4	7	7	15	5
0532 Polizei Berlin - Landespolizeidirektion -	15 819	15 665	153	1	68	90	167	476	511	530
0543 Polizei Berlin - Landeskriminalamt -	3 943	3 937	6	-	19	31	73	122	127	122
0552 Polizei Berlin - Polizeiakademie -	642	642	-	-	5	9	12	20	42	33
0556 Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -	1 442	1 403	39	-	33	47	52	57	69	56
0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	2 056	1 999	57	-	26	36	35	49	59	49
Feuerwehr	4 522	4 495	27	-	52	152	169	173	160	140
0561 Berliner Feuerwehr - Behördenleitung -	127	119	8	-	3	7	6	6	5	4
0562 Berliner Feuerwehr - Direktionen -	3 381	3 379	2	-	27	105	120	130	110	99
0565 Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -	834	817	17	-	17	34	33	26	38	29
0566 Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -	180	180	-	-	5	6	10	11	7	8
LABO	743	732	11	-	23	26	30	29	25	38
0571 LABO - Leitung -	89	87	2	-	2	3	8	2	3	6
0572 LABO - Personenstands- und Einwohnerwesen -	170	168	2	-	4	11	6	8	5	13
0573 LABO - Kraftfahrzeugwesen -	466	459	7	-	13	11	16	16	15	19
0575 LABO - Entschädigungsleistungen -	18	18	-	-	4	1	-	3	2	-
LEA	593	571	22	-	4	6	7	11	12	15
0581 Landesamt für Einwanderung	593	571	22	-	4	6	7	11	12	15

1 das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamtinnen der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

2 Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Einzelplänen, Behörden der Hauptverwaltung

Unbefristet Beschäftigte,										Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden				mit 64 Jahren ¹ und älter							
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032			
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²		
4 622	4 321	4 206	4 052	40 599	32,6	2 371	1,9	42 970	34,5	Hauptverwaltung und Bezirksverwaltungen insgesamt	
3 593	3 409	3 325	3 259	31 370	31,3	1 756	1,8	33 126	33,1	Hauptverwaltung insgesamt	
13	6	6	5	94	40,0	03 - RBm - Skzl	
13	6	6	5	94	40,0	RBm - Skzl	
13	6	6	5	92	39,5	0300 Senatskanzlei	
-	-	-	-	2	100	0309 Senatskanzlei - Personalüberhang -	
1 045	1 028	1 046	998	8 418	27,2	167	0,5	8 585	27,7	05 - InnDS	
36	36	44	29	308	23,3	21	1,6	329	24,9	SenInnDS	
20	15	17	15	132	14,7	7	0,8	139	15,4	0500 SenInnDS - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	
2	2	-	-	11	57,9	3	15,8	14	73,7	0509 SenInnDS - Personalüberhang -	
-	2	7	3	19	43,2	1	2,3	20	45,5	0510 SenInnDS - Sport -	
4	4	5	-	27	67,5	2	5,0	29	72,5	0511 Olympiapark Berlin	
4	7	3	3	58	54,2	5	4,7	63	58,9	0512 Sportforum Berlin	
6	6	12	8	61	28,6	3	1,4	64	30,0	0520 SenInnDS - Verfassungsschutz -	
811	801	810	784	6 272	26,3	86	0,4	6 358	26,6	Polizei	
10	7	5	13	76	34,7	4	1,8	80	36,5	0531 Polizei Berlin - Behördenleitung -	
516	508	511	462	3 839	24,5	28	0,2	3 867	24,7	0532 Polizei Berlin - Landespolizeidirektion -	
144	142	152	162	1 094	27,8	17	0,4	1 111	28,2	0543 Polizei Berlin - Landeskriminalamt -	
40	41	36	41	279	43,5	3	0,5	282	43,9	0552 Polizei Berlin - Polizeiakademie -	
55	60	50	56	535	38,1	25	1,8	560	39,9	0556 Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -	
46	43	56	50	449	22,5	9	0,5	458	22,9	0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	
146	150	152	150	1 444	32,1	40	0,9	1 484	33,0	Feuerwehr	
3	4	4	4	46	38,7	5	4,2	51	42,9	0561 Berliner Feuerwehr - Behördenleitung -	
105	94	103	90	983	29,1	15	0,4	998	29,5	0562 Berliner Feuerwehr - Direktionen -	
32	39	37	42	327	40,0	17	2,1	344	42,1	0565 Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -	
6	13	8	14	88	48,9	3	1,7	91	50,6	0566 Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -	
36	28	25	24	284	38,8	16	2,2	300	41,0	LABO	
4	3	4	4	39	44,8	1	1,1	40	46,0	0571 LABO - Leitung -	
7	10	8	10	82	48,8	5	3,0	87	51,8	0572 LABO - Personenstands- und Einwohnerwesen -	
22	14	13	10	149	32,5	7	1,5	156	34,0	0573 LABO - Kraftfahrzeugwesen -	
3	1	-	-	14	77,8	3	16,7	17	94,4	0575 LABO - Entschädigungsleistungen -	
16	13	15	11	110	19,3	4	0,7	114	20,0	LEA	
16	13	15	11	110	19,3	4	0,7	114	20,0	0581 Landesamt für Einwanderung	

Noch: 4.2.1 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Kapiteln

Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028

06 - JustVA inkl. 02 - VerfGH	10 089	9 901	187	1	248	324	355	386	388	382
SenJustVA	287	266	21	-	5	11	11	7	8	8
0600 SenJustVA - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	212	199	13	-	3	8	8	5	5	5
0601 SenJustVA - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle)	38	31	7	-	-	1	-	-	-	-
0605 Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	16	15	1	-	1	-	-	2	1	1
0609 SenJustVA - Personalüberhang -	16	16	-	-	1	2	3	-	2	2
0614 Europäische Staatsanwaltschaft	5	5	-	-	-	-	-	-	-	-
Generalstaatsanwaltschaft	122	121	1	-	4	8	10	-	9	8
0611 Generalstaatsanwaltschaft	122	121	1	-	4	8	10	-	9	8
Staatsanwaltschaft	954	930	24	-	22	24	41	50	47	33
0612 Staatsanwaltschaft	954	930	24	-	22	24	41	50	47	33
Amtsanwaltschaft	201	197	4	-	6	5	7	7	4	15
0613 Amtsanwaltschaft	201	197	4	-	6	5	7	7	4	15
Kammergericht	577	572	5	-	17	21	16	19	19	23
0615 Kammergericht	577	572	5	-	17	21	16	19	19	23
Landgericht	868	863	5	-	14	22	20	33	45	33
0616 Landgericht	868	863	5	-	14	22	20	33	45	33
Amtsgerichte	3 487	3 462	25	-	60	97	117	132	130	127
0619 Amtsgericht Charlottenburg	400	398	2	-	3	14	17	16	8	21
0621 Amtsgericht Köpenick	139	138	1	-	2	3	1	11	4	7
0622 Amtsgericht Lichtenberg	215	215	-	-	5	11	15	11	13	9
0623 Amtsgericht Mitte	260	258	2	-	4	12	13	10	12	14
0624 Amtsgericht Neukölln	158	157	1	-	4	10	10	7	8	2
0625 Amtsgericht Pankow	194	193	1	-	7	7	4	5	14	7
0626 Amtsgericht Schöneberg	296	295	1	-	7	4	11	12	9	11
0627 Amtsgericht Spandau	211	209	2	-	4	6	4	4	7	6
0628 Amtsgericht Kreuzberg	389	388	1	-	7	8	11	15	18	15
0630 Amtsgericht Tiergarten	911	902	9	-	13	18	26	29	29	26
0631 Amtsgericht Wedding	244	242	2	-	4	2	4	12	8	7
0632 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	70	67	3	-	-	2	1	-	-	2
Verwaltungsgericht	285	280	5	-	10	4	11	12	10	11
0642 Verwaltungsgericht	285	280	5	-	10	4	11	12	10	11
Sozialgericht	355	354	-	1	7	4	5	7	17	12
0651 Sozialgericht	355	354	-	1	7	4	5	7	17	12
Justizvollzugsanstalten	2 730	2 635	95	-	97	117	108	100	88	105
0661 Justizvollzugsanstalt Plötzensee	621	584	37	-	16	33	31	29	23	22
0663 Justizvollzugsanstalt für Frauen	206	201	5	-	7	7	5	9	4	13
0664 Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	213	205	8	-	9	10	12	6	9	7
0666 Justizvollzugsanstalt Moabit	508	490	18	-	20	21	14	13	13	19
0668 Justizvollzugsanstalt Tegel	598	591	7	-	30	29	20	20	14	20
0669 Jugendstrafanstalt	321	311	10	-	12	7	15	14	16	14
0671 Jugendarrestanstalt	23	22	1	-	-	-	2	-	2	1
0672 Justizvollzugsanstalt Heidering	240	231	9	-	3	10	9	9	7	9
Soziale Dienste der Justiz	139	138	1	-	4	9	4	6	2	3
0691 Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -	139	138	1	-	4	9	4	6	2	3
Sonstige Behörden im Epl. 06 inkl. 02	84	83	1	-	2	2	5	.	9	4
0200 Verfassungsgerichtshof	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-
0641 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	78	77	1	-	2	2	5	.	9	4

¹ das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamtinnen der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

2 Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Einzelplänen, Behörden der Hauptverwaltung

Unbefristet Beschäftigte,										Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden				mit 64 Jahren ¹ und älter							
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032			
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²		

372	324	360	308	3 447	34,8	168	1,7	3 615	36,5	06 - JustVA inkl. 02 - VerfGH
16	10	10	7	93	35,0	6	2,3	99	37,2	SenJustVA
13	8	7	5	67	33,7	4	2,0	71	35,7	0600 SenJustVA - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
1	.	.	1	.	.	2	6,5	.	.	0601 SenJustVA - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle)
-	.	.	-	6	40,0	-	-	6	40,0	0605 Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt
2	.	.	1	14	87,5	-	-	14	87,5	0609 SenJustVA - Personalüberhang -
-	.	.	-	.	.	-	-	.	.	0614 Europäische Staatsanwaltschaft
5	.	.	4	65	53,7	4	3,3	69	57,0	Generalstaatsanwaltschaft
5	.	.	4	65	53,7	4	3,3	69	57,0	0611 Generalstaatsanwaltschaft
29	24	35	26	331	35,6	7	0,8	338	36,3	Staatsanwaltschaft
29	24	35	26	331	35,6	7	0,8	338	36,3	0612 Staatsanwaltschaft
8	5	11	4	72	36,5	3	1,5	75	38,1	Amtsanwaltschaft
8	5	11	4	72	36,5	3	1,5	75	38,1	0613 Amtsanwaltschaft
21	27	22	23	208	36,4	6	1,0	214	37,4	Kammergericht
21	27	22	23	208	36,4	6	1,0	214	37,4	0615 Kammergericht
40	27	31	27	292	33,8	7	0,8	299	34,6	Landgericht
40	27	31	27	292	33,8	7	0,8	299	34,6	0616 Landgericht
135	117	125	107	1 147	33,1	46	1,3	1 193	34,5	Amtsgerichte
19	18	11	12	139	34,9	12	3,0	151	37,9	0619 Amtsgericht Charlottenburg
7	3	6	10	54	39,1	1	0,7	55	39,9	0621 Amtsgericht Köpenick
11	6	9	8	98	45,6	2	0,9	100	46,5	0622 Amtsgericht Lichtenberg
15	5	11	8	104	40,3	6	2,3	110	42,6	0623 Amtsgericht Mitte
9	8	2	2	62	39,5	5	3,2	67	42,7	0624 Amtsgericht Neukölln
6	12	8	4	74	38,3	2	1,0	76	39,4	0625 Amtsgericht Pankow
12	10	15	8	99	33,6	1	0,3	100	33,9	0626 Amtsgericht Schöneberg
7	12	9	8	67	32,1	5	2,4	72	34,4	0627 Amtsgericht Spandau
16	14	14	14	132	34,0	4	1,0	136	35,1	0628 Amtsgericht Kreuzberg
27	16	28	21	233	25,8	7	0,8	240	26,6	0630 Amtsgericht Tiergarten
6	10	9	8	70	28,9	1	0,4	71	29,3	0631 Amtsgericht Wedding
-	3	3	4	15	22,4	-	-	15	22,4	0632 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg
7	4	8	7	84	30,0	3	1,1	87	31,1	Verwaltungsgericht
7	4	8	7	84	30,0	3	1,1	87	31,1	0642 Verwaltungsgericht
4	7	16	14	93	26,3	3	0,8	96	27,1	Sozialgericht
4	7	16	14	93	26,3	3	0,8	96	27,1	0651 Sozialgericht
98	97	87	77	974	37,0	79	3,0	1 053	40,0	Justizvollzugsanstalten
21	18	24	19	236	40,4	23	3,9	259	44,3	0661 Justizvollzugsanstalt Plötzensee
5	5	6	5	66	32,8	7	3,5	73	36,3	0663 Justizvollzugsanstalt für Frauen
13	9	4	3	82	40,0	7	3,4	89	43,4	0664 Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin
17	19	16	22	174	35,5	6	1,2	180	36,7	0666 Justizvollzugsanstalt Moabit
16	27	15	15	206	34,9	19	3,2	225	38,1	0668 Justizvollzugsanstalt Tegel
17	14	13	5	127	40,8	13	4,2	140	45,0	0669 Jugendstrafanstalt
1	-	2	-	8	36,4	-	-	8	36,4	0671 Jugendarrestanstalt
8	5	7	8	75	32,5	4	1,7	79	34,2	0672 Justizvollzugsanstalt Heidering
5	2	4	8	47	34,1	2	1,4	49	35,5	Soziale Dienste der Justiz
5	2	4	8	47	34,1	2	1,4	49	35,5	0691 Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -
4	.	.	4	41	49,4	2	2,4	43	51,8	Sonstige Behörden im Epl. 06 inkl. 02
-	.	.	-	1	16,7	-	-	1	16,7	0200 Verfassungsgerichtshof
4	.	.	4	40	51,9	2	2,6	42	54,5	0641 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Noch: 4.2.1 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Kapiteln

Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028
07 - UMVK	1 500	1 434	64	2	40	57	45	64	57	56
SenUMVK	1 217	1 159	56	2	30	47	36	52	45	45
0700 SenUMVK - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	125	108	17	-	1	2	2	5	5	6
0705 SenUMVK - Grundsatz -	23	20	3	-	-	-	-	1	2	-
0709 SenUMVK - Personalüberhang -	25	25	-	-	6	1	3	2	2	2
0710 SenUMVK - Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -	120	118	2	-	2	5	8	3	5	3
0720 SenUMVK - Integrativer Umweltschutz -	168	159	9	-	4	8	3	11	8	6
0730 SenUMVK - Verkehr -	196	182	13	1	2	7	3	4	2	6
0740 SenUMVK - Tiefbau -	242	237	4	1	7	8	11	16	10	5
0750 SenUMVK - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -	126	123	3	-	3	7	3	2	6	10
0770 SenUMVK - Integratives Verkehrsmanagement -	144	143	1	-	3	6	2	8	5	5
0780 SenUMVK - Verbraucherschutz -	48	44	4	-	2	3	1	-	-	2
Forsten	241	234	7	-	9	8	8	9	10	10
0751 Berliner Forsten	241	234	7	-	9	8	8	9	10	10
Sonstige Behörden im Epl. 07	42	41	1	-	1	2	1	3	2	1
0721 Fischereiamt	12	12	-	-	-	-	-	-	-	-
0732 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde BB	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-
0752 Pflanzenschutzzamt	28	27	1	-	1	2	1	-	2	1
08 - KultEuropa	442	373	65	4	11	10	14	13	18	10
SenKultEuropa	240	205	31	4	5	8	9	7	9	6
0800 SenKultEuropa - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	67	57	10	-	.	.	5	3	4	-
0809 SenKultEuropa - Personalüberhang -	11	11	-	-	1	3	-	2	-	1
0810 SenKultEuropa - Kultur -	136	113	20	3	-	3	4	2	5	4
0820 Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	6	6	-	-	.	.	-	-	-	-
0830 SenKultEuropa - Europa -	13	11	1	1	-	-	-	-	-	1
0840 Denkmalschutz und Denkmalpflege	7	7	-	-	.	.	-	-	-	-
Sonstige Behörden im Epl. 08	202	168	34	-	6	2	5	6	9	4
0812 Brücke-Museum	14	12	2	-	-	-	-	-	1	1
0813 Gedenkstätte Deutscher Widerstand	52	41	11	-	3	1	2	1	1	1
0814 Landesarchiv	74	72	2	-	2	-	1	2	3	1
0841 Landesdenkmalamt	62	43	19	-	1	1	2	3	4	1
09 - WGPG	957	854	103	-	14	28	29	30	39	36
SenWGPG	470	436	34	-	8	16	15	17	24	21
0900 SenWGPG - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	114	99	15	-	1	5	4	4	5	2
0909 SenWGPG - Personalüberhang -	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-
0910 SenWGPG - Wissenschaft -	56	53	3	-	1	-	2	3	5	3
0920 SenWGPG - Gesundheit -	155	149	6	-	5	4	2	7	8	10
0930 SenWGPG - Pflege -	63	57	6	-	-	2	2	1	3	2
0940 SenWGPG - Forschung -	34	34	-	-	1	2	5	2	-	-
0950 SenWGPG - Frauen und Gleichstellung -	42	38	4	-	-	3	-	-	-	-
Sekretariat der KMK	420	354	66	-	4	11	8	10	13	11
0991 Sekretariat der Kultusministerkonferenz	420	354	66	-	4	11	8	10	13	11
Sonstige Behörden im Epl. 09	67	64	3	-	2	1	6	3	2	4
0921 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	55	52	3	-	2	1	4	3	-	4
0922 Gemeinsames Krebsregister	12	12	-	-	-	-	2	-	2	-

¹ das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamtinnen der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

² Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Einzelplänen, Behörden der Hauptverwaltung

Unbefristet Beschäftigte,										Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden				mit 64 Jahren ¹ und älter							
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032			
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²		

51	46	37	40	493	34,4	54	3,8	547	38,1	07 - UMVK
43	38	25	33	394	34,0	45	3,9	439	37,9	SenUMVK
3	3	4	6	37	34,3	3	2,8	40	37,0	0700 SenUMVK - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
-	-	-	1	4	20,0	1	5,0	5	25,0	0705 SenUMVK - Grundsatz -
2	-	-	2	20	80,0	1	4,0	21	84,0	0709 SenUMVK - Personalüberhang -
6	5	4	1	42	35,6	8	6,8	50	42,4	0710 SenUMVK - Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -
6	7	1	1	55	34,6	5	3,1	60	37,7	0720 SenUMVK - Integrativer Umweltschutz -
10	8	7	6	55	30,2	8	4,4	63	34,6	0730 SenUMVK - Verkehr -
8	10	5	5	85	35,9	4	1,7	89	37,6	0740 SenUMVK - Tiefbau -
7	1	2	1	42	34,1	11	8,9	53	43,1	0750 SenUMVK - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -
1	3	1	9	43	30,1	4	2,8	47	32,9	0770 SenUMVK - Integratives Verkehrsmanagement -
-	1	1	1	11	25,0	-	-	11	25,0	0780 SenUMVK - Verbraucherschutz -
7	8	9	4	82	35,0	6	2,6	88	37,6	Forsten
7	8	9	4	82	35,0	6	2,6	88	37,6	0751 Berliner Forsten
1	-	3	3	17	41,5	3	7,3	20	48,8	Sonstige Behörden im Epl. 07
1	-	0721 Fischereiamt
-	-	0732 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde BB
-	-	0752 Pflanzenschutzzamt
17	13	13	16	135	36,2	11	2,9	146	39,1	08 - KultEuropa
9	5	7	7	72	35,1	2	1,0	74	36,1	SenKultEuropa
.	.	2	3	25	43,9	.	.	25	43,9	0800 SenKultEuropa - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
1	-	1	-	9	81,8	-	-	9	81,8	0809 SenKultEuropa - Personalüberhang -
3	1	4	2	28	24,8	1	0,9	29	25,7	0810 SenKultEuropa - Kultur -
.	.	-	-	0820 Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
1	1	-	2	5	45,5	-	-	5	45,5	0830 SenKultEuropa - Europa -
.	.	-	-	0840 Denkmalschutz und Denkmalpflege
8	8	6	9	63	37,5	9	5,4	72	42,9	Sonstige Behörden im Epl. 08
2	-	-	1	5	41,7	1	8,3	6	50,0	0812 Brücke-Museum
1	-	1	2	13	31,7	3	7,3	16	39,0	0813 Gedenkstätte Deutscher Widerstand
5	6	4	4	28	38,9	3	4,2	31	43,1	0814 Landesarchiv
-	2	1	2	17	39,5	2	4,7	19	44,2	0841 Landesdenkmalamt
34	29	21	29	289	33,8	33	3,9	322	37,7	09 - WGPG
14	15	10	10	150	34,4	15	3,4	165	37,8	SenWGPG
7	5	4	3	40	40,4	3	3,0	43	43,4	0900 SenWGPG - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
-	.	-	-	4	66,7	.	.	5	83,3	0909 SenWGPG - Personalüberhang -
1	2	-	-	17	32,1	1	1,9	18	34,0	0910 SenWGPG - Wissenschaft -
4	3	4	5	52	34,9	5	3,4	57	38,3	0920 SenWGPG - Gesundheit -
1	2	1	-	14	24,6	-	-	14	24,6	0930 SenWGPG - Pflege -
-	.	-	1	14	41,2	2	5,9	16	47,1	0940 SenWGPG - Forschung -
1	.	1	1	9	23,7	.	.	12	31,6	0950 SenWGPG - Frauen und Gleichstellung -
16	11	8	14	106	29,9	13	3,7	119	33,6	Sekretariat der KMK
16	11	8	14	106	29,9	13	3,7	119	33,6	0991 Sekretariat der Kultusministerkonferenz
4	3	3	5	33	51,6	5	7,8	38	59,4	Sonstige Behörden im Epl. 09
3	2	3	4	26	50,0	3	5,8	29	55,8	0921 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin
1	1	-	1	7	58,3	2	16,7	9	75,0	0922 Gemeinsames Krebsregister

Noch: 4.2.1 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Kapiteln

Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028

10 - BJF	48 995	45 044	3 883	68	976	1 268	1 328	1 431	1 597	1 668
SenBJF	1 960	1 821	124	15	44	65	62	72	77	101
1000 SenBJF - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	565	501	62	2	8	8	12	16	17	20
1009 SenBJF - Personalüberhang -	16	16	-	-	2	-	2	1	1	2
1010 SenBJF - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -	282	259	12	11	11	12	12	15	13	14
1011 SenBJF - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -	95	92	3	-	2	2	2	6	7	1
1012 SenBJF - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -	587	568	18	1	12	26	14	21	16	37
1040 SenBJF - Familie und frühkindliche Bildung -	165	156	9	-	2	3	6	5	7	14
1042 SenBJF - Jugend und Kinderschutz -	125	121	3	1	3	8	7	6	11	6
1043 SenBJF - Berliner Notdienst Kinderschutz -	125	108	17	-	4	6	7	2	5	7
Schulen	46 963	43 156	3 754	53	930	1 202	1 265	1 354	1 516	1 563
1015 SenBJF - Grundschulen -	20 134	18 111	2 010	13	374	481	505	547	644	680
1016 SenBJF - Gemeinschaftsschulen -	2 099	2 033	66	-	44	48	47	54	59	52
1018 SenBJF - Gymnasien -	8 015	7 568	445	2	151	208	217	232	242	207
1019 SenBJF - Integrierte Sekundarschulen -	7 997	7 110	858	29	148	182	202	209	233	281
1020 SenBJF - Sonderpädagogische Förderzentren -	3 634	3 457	177	-	81	114	125	140	154	150
1021 SenBJF - Berufsbildende Schulen -	4 328	4 198	125	5	109	135	139	150	156	161
1022 SenBJF - Staatliche Technikerschule -	38	37	-	1	1	5	4	2	3	3
1023 SenBJF - Staatliche Ballettschule und Schule für Ästhetik -	84	83	1	-	5	2	3	1	7	2
1024 SenBJF - Zentral verwaltete Schulen -	634	559	72	3	17	27	23	19	18	27
Sonstige Behörden im Epl. 10	72	67	5	-	2	1	1	5	4	4
1014 Berliner Landeszentrale für politische Bildung	21	21	-	-	-	-	-	1	1	1
1051 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut BB	51	46	5	-	2	1	1	4	3	3
11 - IAS	2 304	2 090	214	-	61	71	76	82	97	88
SenIAS	430	376	54	-	10	10	12	15	15	16
1100 SenIAS - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	118	100	18	-	.	1	2	.	.	8
1109 SenIAS - Personalüberhang -	6	6	-	-	.	-	-	.	.	-
1120 SenIAS - Beauftragte/r für Integration und Migration -	58	39	19	-	.	-	2	.	.	-
1140 SenIAS - Arbeit und Berufliche Bildung -	103	96	7	-	3	6	5	4	3	2
1150 SenIAS - Soziales -	145	135	10	-	3	3	3	5	6	6
Arbeitsgerichtsbarkeit	218	217	1	-	9	16	14	12	14	9
1141 Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	58	58	-	-	4	5	3	2	1	4
1142 Arbeitsgericht	160	159	1	-	5	11	11	10	13	5
LAGeSi	134	123	11	-	3	5	8	7	6	10
1145 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit -	134	123	11	-	3	5	8	7	6	10
LAGeSo	932	882	50	-	22	27	38	33	50	34
1160 LAGeSo - Leitung der Behörde und Service -	151	147	4	-	2	3	10	6	8	7
1162 LAGeSo - Gesundheit -	350	324	26	-	10	9	14	11	14	10
1164 LAGeSo - Versorgung -	265	252	13	-	4	11	10	8	23	14
1166 LAGeSo - Soziales -	166	159	7	-	6	4	4	8	5	3
LAF	590	492	98	-	17	13	4	15	12	19
1170 LAF - Leitung der Behörde und Service -	121	114	7	-	5	3	1	4	4	4
1171 LAF - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -	352	274	78	-	9	7	2	9	6	8
1172 LAF - Berliner Unterbringungsleitstelle -	117	104	13	-	3	3	1	2	2	7

¹ das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamtinnen der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

² Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Einzelplänen, Behörden der Hauptverwaltung

Unbefristet Beschäftigte,										Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden				mit 64 Jahren ¹ und älter							
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032			
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²		

1 625	1 515	1 439	1 482	14 329	31,8	1 078	2,4	15 407	34,2	10 - BJF
69	81	71	73	715	39,3	47	2,6	762	41,8	SenBJF
12	19	22	15	149	29,7	14	2,8	163	32,5	1000 SenBJF - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
2	-	1	1	12	75,0	1	6,3	13	81,3	1009 SenBJF - Personalüberhang -
9	18	15	8	127	49,0	7	2,7	134	51,7	1010 SenBJF - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -
4	4	3	6	37	40,2	1	1,1	38	41,3	1011 SenBJF - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -
27	26	20	29	228	40,1	10	1,8	238	41,9	1012 SenBJF - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -
4	8	5	6	60	38,5	7	4,5	67	42,9	1040 SenBJF - Familie und frühkindliche Bildung -
6	3	4	6	60	49,6	3	2,5	63	52,1	1042 SenBJF - Jugend und Kinderschutz -
5	3	1	2	42	38,9	4	3,7	46	42,6	1043 SenBJF - Berliner Notdienst Kinderschutz -
1 552	1 432	1 365	1 406	13 585	31,5	1 030	2,4	14 615	33,9	Schulen
673	609	614	613	5 740	31,7	407	2,2	6 147	33,9	1015 SenBJF - Grundschulen -
55	60	55	45	519	25,5	34	1,7	553	27,2	1016 SenBJF - Gemeinschaftsschulen -
212	199	169	196	2 033	26,9	165	2,2	2 198	29,0	1018 SenBJF - Gymnasien -
236	225	211	219	2 146	30,2	163	2,3	2 309	32,5	1019 SenBJF - Integrierte Sekundarschulen -
147	134	121	122	1 288	37,3	96	2,8	1 384	40,0	1020 SenBJF - Sonderpädagogische Förderzentren -
195	173	164	181	1 563	37,2	143	3,4	1 706	40,6	1021 SenBJF - Berufsbildende Schulen -
1	2	2	1	24	64,9	2	5,4	26	70,3	1022 SenBJF - Staatliche Technikerschule -
6	9	8	6	49	59,0	6	7,2	55	66,3	1023 SenBJF - Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik -
27	21	21	23	223	39,9	14	2,5	237	42,4	1024 SenBJF - Zentral verwaltete Schulen -
4	2	3	3	29	43,3	1	1,5	30	44,8	Sonstige Behörden im Epl. 10
1	1	2	-	7	33,3	1	4,8	8	38,1	1014 Berliner Landeszentrale für politische Bildung
3	1	1	3	22	47,8	-	-	22	47,8	1051 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut BB
72	70	73	66	756	36,2	52	2,5	808	38,7	11 - IAS
16	16	17	12	139	37,0	10	2,7	149	39,6	SenIAS
.	7	5	5	40	40,0	-	-	40	40,0	1100 SenIAS - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
.	-	-	-	6	100	-	-	6	100	1109 SenIAS - Personalüberhang -
.	-	-	1	6	15,4	1	2,6	7	17,9	1120 SenIAS - Beauftragte/r für Integration und Migration -
2	6	4	3	38	39,6	3	3,1	41	42,7	1140 SenIAS - Arbeit und Berufliche Bildung -
9	3	8	3	49	36,3	6	4,4	55	40,7	1150 SenIAS - Soziales -
5	11	8	8	106	48,8	5	2,3	111	51,2	Arbeitsgerichtsbarkeit
-	4	5	2	30	51,7	1	1,7	31	53,4	1141 Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg
5	7	3	6	76	47,8	4	2,5	80	50,3	1142 Arbeitsgericht
4	6	6	5	60	48,8	4	3,3	64	52,0	LAGeSi
4	6	6	5	60	48,8	4	3,3	64	52,0	1145 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit -
29	32	30	26	321	36,4	22	2,5	343	38,9	LAGeSo
5	3	6	4	54	36,7	4	2,7	58	39,5	1160 LAGeSo - Leitung der Behörde und Service -
12	11	8	9	108	33,3	8	2,5	116	35,8	1162 LAGeSo - Gesundheit -
8	11	9	9	107	42,5	5	2,0	112	44,4	1164 LAGeSo - Versorgung -
4	7	7	4	52	32,7	5	3,1	57	35,8	1166 LAGeSo - Soziales -
18	5	12	15	130	26,4	11	2,2	141	28,7	LAF
5	2	3	2	33	28,9	3	2,6	36	31,6	1170 LAF - Leitung der Behörde und Service -
8	2	7	8	66	24,1	6	2,2	72	26,3	1171 LAF - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -
5	1	2	5	31	29,8	2	1,9	33	31,7	1172 LAF - Berliner Unterbringungsleitstelle -

Noch: 4.2.1 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Kapiteln

Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028
12 - SBW	987	930	57	-	36	34	28	37	36	45
SenSBW	987	930	57	-	36	34	28	37	36	45
1200 SenSBW - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	186	178	8	-	6	3	3	5	8	7
1209 SenSBW - Personalüberhang -	7	7	-	-	-	-	-	-	-	-
1210 SenSBW - Stadtplanung -	99	96	3	-	6	6	2	7	-	3
1214 SenSBW - Gemeinsame Landesplanung -	12	10	2	-	-	-	-	-	2	-
1220 SenSBW - Städtebau und Projekte -	118	111	7	-	2	-	2	2	6	-
1230 SenSBW - Geoinformation -	113	112	1	-	4	5	6	5	5	6
1240 SenSBW - Wohnungswesen, Städterneuerung, Städtebauförderung -	161	127	34	-	9	2	6	8	5	6
1250 SenSBW - Hochbau -	160	160	-	-	6	5	5	5	5	10
1260 SenSBW - Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -	131	129	2	-	3	9	4	5	5	10
13 - WiEnBe	438	391	46	1	.	.	20	17	19	19
SenWiEnBe	438	391	46	1	.	.	20	17	19	19
1300 SenWiEnBe - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	92	80	12	-	2	4	6	5	3	3
1309 SenWiEnBe - Personalüberhang -	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
1320 SenWiEnBe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -	135	113	21	1	.	.	7	.	8	7
1330 SenWiEnBe - Betriebe und Strukturpolitik -	96	89	7	-	.	.	6	.	5	3
1350 SenWiEnBe - Energie, Digitalisierung und Innovation -	114	108	6	-	1	-	1	6	3	6
15 - Fin	8 119	7 904	208	7	191	243	277	307	359	335
SenFin	721	650	66	5	17	17	18	25	29	24
1500 SenFin - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	210	153	57	-	5	3	7	6	7	7
1502 SenFin - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -	11	9	-	2	1	-	-	-	-	1
1509 SenFin - Personalüberhang -	9	9	-	-	-	2	1	-	-	1
1510 SenFin - Vermögen -	106	101	4	1	1	4	3	.	.	4
1520 SenFin - Haushalt -	130	124	4	2	4	6	3	4	3	4
1530 SenFin - Steuern -	132	132	-	-	3	1	2	4	9	4
1540 SenFin - Landespersonal -	116	115	1	-	3	1	2	3	2	3
1547 SenFin - Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung -	7	7	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesfinanzservice	102	100	-	2	2	4	1	3	3	7
1523 Landesfinanzservice	102	100	-	2	2	4	1	3	3	7
Finanzämter	6 661	6 523	138	-	155	203	236	249	289	278
1531 Finanzämter	6 661	6 523	138	-	155	203	236	249	289	278
LVwA	598	594	4	-	13	16	21	29	36	24
1541 Landesverwaltungsamt - Leitung -	73	73	-	-	2	3	-	5	8	2
1542 Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	100	100	-	-	3	4	7	6	9	5
1543 Landesverwaltungsamt - Personalservice und integrierte Personalverwaltung -	175	171	4	-	3	4	3	8	6	6
1544 Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe -	250	250	-	-	5	5	11	10	13	11
Ehemaliger zentraler PÜ (Kap. 1599)	37	37	-	-	4	3	1	1	2	2
1599 SenFin - Personalüberhang (ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)	37	37	-	-	4	3	1	1	2	2

1 das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamten der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

2 Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Einzelplänen, Behörden der Hauptverwaltung

Unbefristet Beschäftigte,											Einzelplan Behörde/Bereich Kapitel	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden				mit 64 Jahren ¹ und älter								
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032				
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²			
29	42	38	21	346	37,2	37	4,0	383	41,2	12 - SBW		
29	42	38	21	346	37,2	37	4,0	383	41,2	SenSBW		
9	10	9	4	64	36,0	4	2,2	68	38,2	1200 SenSBW - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
.	.	-	.	4	57,1	.	.	5	71,4	1209 SenSBW - Personalüberhang -		
1	3	4	-	32	33,3	2	2,1	34	35,4	1210 SenSBW - Stadtplanung -		
.	.	-	-	5	50,0	-	-	5	50,0	1214 SenSBW - Gemeinsame Landesplanung -		
.	3	3	.	26	23,4	.	.	32	28,8	1220 SenSBW - Städtebau und Projekte -		
3	2	4	2	42	37,5	8	7,1	50	44,6	1230 SenSBW - Geoinformation -		
3	4	3	5	51	40,2	3	2,4	54	42,5	1240 SenSBW - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -		
4	12	11	4	67	41,9	7	4,4	74	46,3	1250 SenSBW - Hochbau -		
7	6	4	2	55	42,6	6	4,7	61	47,3	1260 SenSBW - Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -		
12	15	9	15	157	40,2	13 - WiEnBe		
12	15	9	15	157	40,2	SenWiEnBe		
3	5	1	6	38	47,5	-	-	38	47,5	1300 SenWiEnBe - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
-	.	-	-	1	100	-	-	1	100	1309 SenWiEnBe - Personalüberhang -		
2	.	3	2	44	38,9	1320 SenWiEnBe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -		
4	.	1	5	40	44,9	1330 SenWiEnBe - Betriebe und Strukturpolitik -		
3	5	4	2	31	28,7	3	2,8	34	31,5	1350 SenWiEnBe - Energie, Digitalisierung und Innovation -		
323	321	283	279	2 918	36,9	144	1,8	3 062	38,7	15 - Fin		
20	30	23	22	225	34,6	19	2,9	244	37,5	SenFin		
5	5	3	5	53	34,6	7	4,6	60	39,2	1500 SenFin - Politisch-Administrativer Bereich und Service -		
-	-	-	-	2	22,2	-	-	2	22,2	1502 SenFin - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -		
-	1	1	-	6	66,7	-	-	6	66,7	1509 SenFin - Personalüberhang -		
.	5	4	5	41	40,6	2	2,0	43	42,6	1510 SenFin - Vermögen -		
4	9	4	6	47	37,9	3	2,4	50	40,3	1520 SenFin - Haushalt -		
4	7	4	3	41	31,1	5	3,8	46	34,8	1530 SenFin - Steuern -		
5	3	7	3	32	27,8	2	1,7	34	29,6	1540 SenFin - Landespersonal -		
.	-	-	-	3	42,9	-	-	3	42,9	1547 SenFin - Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung -		
6	6	5	1	38	38,0	4	4,0	42	42,0	Landesfinanzservice		
6	6	5	1	38	38,0	4	4,0	42	42,0	1523 Landesfinanzservice		
277	260	223	233	2 403	36,8	104	1,6	2 507	38,4	Finanzämter		
277	260	223	233	2 403	36,8	104	1,6	2 507	38,4	1531 Finanzämter		
18	23	31	20	231	38,9	11	1,9	242	40,7	LVwA		
1	1	5	3	30	41,1	3	4,1	33	45,2	1541 Landesverwaltungsaamt - Leitung -		
3	3	4	5	49	49,0	5	5,0	54	54,0	1542 Landesverwaltungsaamt - Logistikservice -		
7	10	7	8	62	36,3	3	1,8	65	38,0	1543 Landesverwaltungsaamt - Personalservice und integrierte Personalverwaltung -		
7	9	15	4	90	36,0	-	-	90	36,0	1544 Landesverwaltungsaamt - Versorgung und Beihilfe -		
2	2	1	3	21	56,8	6	16,2	27	73,0	Ehemaliger zentraler PÜ (Kap. 1599)		
2	2	1	3	21	56,8	6	16,2	27	73,0	(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)		

4.2.3 Vorausberechnung bis 2032 der unbefristet Beschäftigten, die das 64. Lebensjahr¹ vollenden,
und Einzelplänen

Bezirk --- Einzelplan	Beschäftigte Januar 2023				Unbefristet Beschäftigte,					
	ins- gesamt	Vertragsart			die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					
		unbefris- tet	befris- tet	nicht zuzu- ordnen	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Hauptverwaltung und Bezirksverwaltungen insgesamt	132 104	124 584	7 430	90	2 523	3 350	3 698	4 385	4 712	4 730
Bezirksverwaltungen insgesamt	26 453	24 442	2 006	5	685	865	933	1 034	1 038	1 059
Mitte	3 176	2 979	197	-	72	107	99	102	101	133
Friedrichshain-Kreuzberg	2 110	1 905	205	-	57	70	79	93	87	74
Pankow	2 677	2 449	228	-	83	103	106	109	119	113
Charlottenburg-Wilmersdorf	2 207	2 020	186	1	60	77	85	99	100	92
Spandau	2 000	1 836	164	-	49	48	54	59	78	65
Steglitz-Zehlendorf	2 088	1 915	173	-	54	49	66	79	78	92
Tempelhof-Schöneberg	2 295	2 122	172	1	59	51	77	79	93	77
Neukölln	2 140	1 935	205	-	33	58	62	71	58	85
Treptow-Köpenick	2 002	1 871	128	3	51	79	82	83	87	84
Marzahn-Hellersdorf	1 832	1 723	109	-	75	83	77	99	82	86
Lichtenberg	2 164	2 027	137	-	57	76	85	98	96	98
Reinickendorf	1 762	1 660	102	-	35	64	61	63	59	60
Einzelpläne insgesamt	26 453	24 442	2 006	5	685	865	933	1 034	1 038	1 059
31 - BV-Versammlung	41	39	2	-	-	1	-	-	2	4
33 - BA - Pol.-Adm. Bereich	4 244	3 822	421	1	87	114	136	145	160	154
34 - Ordnungsamt	1 302	1 286	16	-	13	41	31	37	46	48
35 - Amt für Bürgerdienste	2 001	1 558	443	-	39	62	50	64	57	69
36 - Amt für Weiterbildung u. Kultur	1 698	1 599	99	-	44	62	65	77	79	72
37 - Schul- und Sportamt	1 668	1 560	108	-	61	53	76	84	75	90
38 - Straßen- und Grünflächenamt	3 233	3 166	65	2	116	143	149	153	154	153
39 - Amt für Soziales	3 701	3 521	180	-	79	117	115	146	144	171
40 - Jugendamt	3 958	3 768	190	-	113	110	137	143	155	139
41 - Gesundheitsamt	2 229	1 805	422	2	53	56	70	83	60	68
42 - Stadtentwicklungsamt	1 393	1 352	41	-	44	56	63	76	69	62
43 - Umwelt- und Naturschutzaamt	361	347	14	-	12	24	16	14	11	11
45 - Allg. Finanzangelegenheiten	47	45	2	-	2	5	3	-	1	1
95 - Parkraumbewirtschaftung	577	574	3	-	22	21	22	12	25	17

¹ das 61. Lebensjahr für Beamte und Beamtinnen der Polizei, des Kapitels 0559 hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich, der Feuerwehr und des Justizvollzugs; ohne Neueinstellungen nach Januar 2023

² Anteil an den unbefristet Beschäftigten im Januar 2023

im unmittelbaren Landesdienst Berlin auf der Basis der Beschäftigtenzahlen Januar 2023 nach Bezirken
der Bezirksverwaltungen

Unbefristet Beschäftigte,											Bezirk --- Einzelplan	
die im Jahr ... das 64. Lebensjahr ¹ vollenden					mit 64 Jahren ¹ und älter							
2029	2030	2031	2032	von 2023 bis 2032		bis einschl. 2022		insgesamt bis 2032				
				absolut	in % ²	absolut	in % ²	absolut	in % ²			
4 622	4 321	4 206	4 052	40 599	32,6	2 371	1,9	42 970	34,5	Hauptverwaltung und Bezirksverwaltungen insgesamt		
1 029	912	881	793	9 229	37,8	615	2,5	9 844	40,3	Bezirksverwaltungen insgesamt		
110	123	102	103	1 052	35,3	81	2,7	1 133	38,0	Mitte		
72	72	62	62	728	38,2	62	3,3	790	41,5	Friedrichshain-Kreuzberg		
108	80	92	81	994	40,6	75	3,1	1 069	43,7	Pankow		
84	83	91	66	837	41,4	42	2,1	879	43,5	Charlottenburg-Wilmersdorf		
60	61	67	67	608	33,1	53	2,9	661	36,0	Spandau		
86	64	65	68	701	36,6	45	2,3	746	39,0	Steglitz-Zehlendorf		
103	76	87	74	776	36,6	47	2,2	823	38,8	Tempelhof-Schöneberg		
79	69	53	56	624	32,2	39	2,0	663	34,3	Neukölln		
93	76	63	57	755	40,4	46	2,5	801	42,8	Treptow-Köpenick		
84	60	58	36	740	42,9	45	2,6	785	45,6	Marzahn-Hellersdorf		
98	69	59	65	801	39,5	52	2,6	853	42,1	Lichtenberg		
52	79	82	58	613	36,9	28	1,7	641	38,6	Reinickendorf		
1 029	912	881	793	9 229	37,8	615	2,5	9 844	40,3	Einzelpläne insgesamt		
2	2	1	3	15	38,5	1	2,6	16	41,0	31 - BV-Versammlung		
154	132	137	122	1 341	35,1	77	2,0	1 418	37,1	33 - BA - Pol.-Adm. Bereich		
43	45	38	61	403	31,3	20	1,6	423	32,9	34 - Ordnungsamt		
59	57	66	34	557	35,8	17	1,1	574	36,8	35 - Amt für Bürgerdienste		
61	54	44	44	602	37,6	59	3,7	661	41,3	36 - Amt für Weiterbildung u. Kultur		
78	85	75	56	733	47,0	52	3,3	785	50,3	37 - Schul- und Sportamt		
171	135	126	114	1 414	44,7	83	2,6	1 497	47,3	38 - Straßen- und Grünflächenamt		
140	125	134	124	1 295	36,8	76	2,2	1 371	38,9	39 - Amt für Soziales		
150	124	127	118	1 316	34,9	96	2,5	1 412	37,5	40 - Jugendamt		
72	59	56	55	632	35,0	66	3,7	698	38,7	41 - Gesundheitsamt		
65	56	51	37	579	42,8	45	3,3	624	46,2	42 - Stadtentwicklungsamt		
9	11	10	13	131	37,8	8	2,3	139	40,1	43 - Umwelt- und Naturschutzamt		
3	3	1	2	21	46,7	4	8,9	25	55,6	45 - Allg. Finanzangelegenheiten		
22	24	15	10	190	33,1	11	1,9	201	35,0	95 - Parkraumbewirtschaftung		

Impressum

Herausgeber

Statistikstelle Personal
bei der Senatsverwaltung für Finanzen
Klosterstraße 59
10179 Berlin

Marcus Zager, Referatsleitung
Telefon 030 9020 - 4800

Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen

Für die Durchführung der Personalstrukturstatistik für den unmittelbaren Landesdienst Berlin wurde die Statistikstelle Personal bei der für die Überwachung und Steuerung der Personalausgaben zuständigen Senatsverwaltung, der Senatsverwaltung für Finanzen, eingerichtet. Sie ist entsprechend § 2 des Personalstrukturstatistikgesetzes organisatorisch, personell und räumlich von den anderen Organisationseinheiten getrennt und abgeschottet.

Die Statistikstelle Personal ist eine amtlich betraute Stelle zur Durchführung einer Landesstatistik im Sinne des § 16 Abs. 2 Landesstatistikgesetz.

Die Statistikstelle Personal ist zur Wahrung der Grundsätze der Neutralität, der Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit bei der Erhebung, Aufbereitung, Darstellung und Analyse der Daten verpflichtet.

Auskünfte

Kerstin Döring-Kahl
Telefon 030 9020 - 4806
E-Mail SENFINStatistikstelle@senfin.berlin.de

Intranet

www.b-intern.de/wb/statistikstelle-personal

Internet

[https://www.berlin.de/sen/finanzen/personal/
personalstatistik/artikel.13543.php](https://www.berlin.de/sen/finanzen/personal/personalstatistik/artikel.13543.php)

© Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung auch auszugsweise gestattet. Auch die Verbreitung via Internet, Intranet oder als Print ist nicht eingeschränkt und bedarf keiner ausdrücklichen Genehmigung durch die Statistikstelle Personal.

Eine Quellenangabe ist jedoch erforderlich. Die Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, ist als Herausgeber in den Quellennachweis aufzunehmen. Änderungen, Streichungen/Kürzungen oder Auslassungen, neue Gestaltungen oder sonstige Abwandlungen sind als solche kenntlich zu machen bzw. im Quellennachweis mit dem Hinweis zu versehen, dass die Daten geändert, nur als Berechnungsgrundlage verwendet oder verändert dargestellt wurden.

Allgemeine methodische Hinweise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Personalstruktur und der Personalkosten im unmittelbaren Landesdienst (Personalstrukturstatistikgesetz - PSSG) vom 2. Dezember 2004, GVBl., 60. Jg., Nr. 48 vom 14. Dezember 2004, S. 490.

Datenerhebung

In den einzelnen Personalverwaltungen dezentral vorhandene Beschäftigtendaten werden in pseudonymisierter Form über eine Schnittstelle aus dem Verfahren „Integrierte Personalverwaltung“ monatlich an die zentrale Personalstrukturdatenbank der Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen übergeben.

Stand der Ergebnisse

In die Ergebnisse sind, sofern nicht anders angegeben, die in den zwei Folgemonaten in den Personalstellen eingepflegten rückwirkenden Änderungen eingeflossen. Das heißt, Berichtsmonat und Stand liegen zwei Monate auseinander. Erst zu diesem Zeitpunkt ist ein relativ stabiler Datenstand erreicht.

Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit umfasst Beschäftigte des unmittelbaren Landesdienstes, die im Abrechnungsmodul des Verfahrens „Integrierte Personalverwaltung“ geführt werden, und zwar der

- Hauptverwaltung und der
- Bezirksverwaltungen.

Einbezogen sind die Beurlaubten und die geringfügig Beschäftigten. Seit 2014 sind die Beschäftigten der Berliner Forsten mit Tätigkeiten in der Walddarbeit in der Hauptverwaltung und ab Januar 2017 die Beschäftigten in der Parkraumbewirtschaftung in den Bezirksverwaltungen in der Grundgesamtheit enthalten. Ab dem Berichtsjahr 2019 sind die Beschäftigten der Wehrmachtauskunftstelle (WAST) nicht mehr in der Grundgesamtheit enthalten.

Die Beschäftigten des Verfassungsgerichtshofes werden der Hauptverwaltung zugeordnet. Sie sind dem Einzelplan 06 - Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung zugeordnet.

Nicht enthalten in der Grundgesamtheit sind die Beschäftigten

- der Verwaltung des Abgeordnetenhauses,
- des Rechnungshofes,
- des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- der Betriebe nach § 26 LHO,
- der Eigenbetriebe und
- in Ausbildung.

Beschäftigte in Ausbildung werden in den langen Reihen nachrichtlich ausgewiesen.

Genauigkeit

Die Qualität der Personalstrukturstatistik hängt wesentlich davon ab, wie die aus dem Verfahren „Integrierte Personalverwaltung“ erhobenen Merkmale vor Ort gepflegt werden. Sofern die Merkmale bedeutsam für die Bezügezahlung sind, sind sie als zuverlässig anzusehen.

Zeitliche Vergleichbarkeit

Bei einem Vergleich der Auswertungsergebnisse über die Zeit sind mögliche Veränderungen der Grundgesamtheit u. a. durch Ein- und Ausgliederungen von Behörden/Bereichen in den bzw. aus dem unmittelbaren Landesdienst Berlin zu berücksichtigen.

Geheimhaltung und Datenschutz

Nach § 16 des Gesetzes über die Statistik im Land Berlin (Landesstatistikgesetz LStatG) sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts Anderes bestimmt ist.

Vollzeitäquivalente

Die Berechnung der Zahl der Vollzeitäquivalente erfolgt durch Aufsummieren der individuellen Arbeitszeitfaktoren der Beschäftigten. Auftretende Abweichungen sind auf Rundungen bzw. auf die Aufsummierung zu unterschiedlichen Aggregationsebenen zurückzuführen.

Alter

Es wird das Alter ausgewiesen, das von den Beschäftigten im Berichtsjahr erreicht wird.

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- [] Zahlenwert in Klammern: Zusammenfassung mehrerer Tabellenfelder
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... Angabe fällt später an
- | grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt